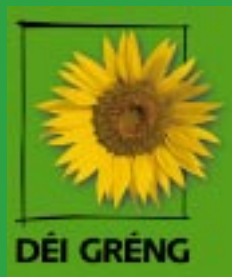


PROGRAMM FIR D'CHAMBERWALE VUM 13. JUNI 1999

NEI LEIT - NEI LÉISUNGEN



E GUDDE WALKAMPF GËT ET NËT FIR NÄISCHT.
DÉI GRÉNG SI KENG RÄICH PARTEI.
MIR SIN OP ÄEREN DON UGEWISEN.

CCP: 120420-43

STËCHWUERT «CHAMBERWALEN '99».

Sommaire

Präambel	5
I. Grün steht für eine andere Wirtschaftspolitik	9
II. Solidarität neu begründen	25
III. Umwelt- und Naturschutz	43
IV. Gesellschaftspolitik	59
V. Bildungspolitik	81
VI. Frauenpolitik für eine emanzipatorische Gesellschaft	91
VII. Außen- und Sicherheitspolitik	99



Präambel

Neue Herausforderungen brauchen neue Lösungen

Die zunehmende Vernetzung der Weltwirtschaft, die fortschreitende Integration Europas und die globalen Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung bilden den Handlungsrahmen für die Politik im nächsten Jahrhundert, auch in Luxemburg. Diese neuen Herausforderungen sind nicht zu meistern mit Konzepten von gestern und vorgestern. Wir brauchen dazu neue Lösungen.

Die heutige Gesellschaft fußt auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und auf der Zerstörung der natürlichen Grundlagen. DÉI GRÉNG wollen diese sozial ungerechte und ökologisch bedenkliche Gesellschaft überwinden. Wir wollen dementsprechend Demokratie und Partizipation ausbauen, die Wirtschaft strukturell tiefgreifend ökologisieren und demokratisieren, den Sozialstaat durch Erneuerung absichern und, nicht zuletzt, die natürlichen (Über-)Lebensgrundlagen erhalten.

Die seit den 80er Jahren vorherrschenden Denkschemen neoliberaler Ausrichtung, die eine Gesellschaft durchsetzen wollen, in welcher das Recht des Stärkeren zum obersten Prinzip wirtschaftlichen Handelns erhoben wird, müssen spätestens seit den rezenten Krisenerscheinungen in den Weltteilen, wo die marktfundamentalen Musterschüler das absolute Sagen hatten, grundsätzlich in Frage gestellt werden. Die rezenten Wahlen in England, Italien, Frankreich und Deutschland zeigen, dass die Mehrheit der europäischen Bevölkerung sich diesen ultraliberalen Tendenzen widersetzt.



Wenn Politik wieder gestalten und verändern will, braucht sie Leitbilder. Die Leitbilder grüner Politik sind Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Solidarität und Gleichberechtigung.

Nachhaltigkeit bedeutet die gleichwertige Berücksichtigung von wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten in unserem Handeln. Wir wollen heutige Bedürfnisse befriedigen, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu schmälern. Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet demokratische, menschenwürdige und ökologisch verträgliche Produktionsverfahren für zukunftsfähige Produkte und Dienstleistungen. Soziale Nachhaltigkeit bedeutet die Beteiligung aller an gesellschaftlicher Arbeit und die Anerkennung dieser Arbeit durch die Gesellschaft. Nachhaltigkeit erfordert ein Bildungssystem, das jungen Menschen die Chancen einer beruflichen Zukunft eröffnet und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Nachhaltigkeit ist auch eine globale Aufgabe. Unser Land muss seine Verantwortung für internationalen Klimaschutz ebenso übernehmen wie für eine gerechte Verteilung des wirtschaftlichen Reichtums zwischen den Ländern des Nordens und des Südens. Nachhaltigkeit bedeutet auch, die Gesellschaft dahingehend zu demokratisieren, dass Bürgerrechte für alle im gleichen Masse garantiert sind, dies unabhängig von konfessioneller Zugehörigkeit, respektiv philosophischen Ansichten oder ethnischer Herkunft. Wir wollen Demokratie und Solidarität ausbauen und wir betrachten das interkulturelle Zusammenleben als eine Chance für unser Land. Und nicht zuletzt bedeutet Nachhaltigkeit eine Politik, die den Frieden sichert, die Menschenrechte achtet und sich für eine gleichberechtigte Teilnahme der Länder des Südens und Ostens an wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung einsetzt. Dies sind unsere Visionen von einer humanen Gesellschaft im nächsten Jahrhundert.

Ziele, Konzepte, Reformwille – dies sind die drei Tragsäulen einer zukunftsfähigen Politik. Wer sich Ziele setzt, muß sich auch Wege und Mittel geben, um dorthin zu gelangen. In unserem hier vorliegenden Wahlprogramm werden diese Wege und Mittel ausführlich dargelegt. Es sind alternative, konkrete Konzepte, die schrittweise umgesetzt werden können. DÉI GRÉNG haben den erforderlichen politischen Willen zu einer entschlossenen Reformpolitik.

Unsere Kritik an der Regierung ist tiefgreifend: während 15 Jahren haben CSV und LSAP lediglich versucht, den politischen Alltag zu verwalten und haben dabei versäumt, die Zeichen der Zeit zu verstehen und die Weichen neu zu stellen. Der akute Notstand im Pflegebereich, der Mangel an Schul- und Spitalinfrastrukturen sind weder gottgegeben noch dem Zufall zuzuschreiben, sondern das Resultat einer mangelhaften und teilweise inexistenten Langzeitplanung. Die Mittel dazu waren vorhanden, denn keine Regierung hat je zuvor über so massive finanzielle Mittel verfügt wie diese. Allein in der letzten Legislaturperiode lagen die Einnahmen real 41 Milliarden über den in den Budgets vorgesehenen. Ein Großteil davon wurde für einige Prunkprojekte ausgegeben oder in den einseitigen Ausbau des Straßennetzes investiert. Hier wurden falsche Prioritäten gesetzt



und falsche Konzepte entwickelt (siehe Industriemülldeponie Haebicht), die jahrelang von der Regierung hartnäckig verteidigt worden sind, bis sie sich von selbst als sinnlos erweisen.

Vor allem in der Umweltpolitik herrscht seit dem Antritt der CSV-LSAP-Regierung politischer Stillstand. Das Versagen dieser Regierung in der Umweltpolitik wird zuletzt besonders deutlich an dem Unvermögen, unser Steuersystem zu ökologisieren. Die auch von dieser Regierung in ihrer Antrittserklärung vielbeschworene Vernetzung der Ökologie mit allen Haushaltsressorts hat nicht stattgefunden. Durch diese groben Versäumnisse wurden für die Lebensqualität der Menschen wichtige Entscheidungen nicht getroffen und es wurden große Chancen verpasst, um die Wirtschaft nachhaltig zu diversifizieren.

DÉI GRÉNG möchten der politischen Kurzsichtigkeit der CSV-LSAP-Regierung eine Dynamik entgegensetzen, die nachhaltige gesellschaftliche Veränderungen möglich macht. Seit ihrer Gründung vor gut 15 Jahren haben sie sich von einer reinen Oppositionspartei hin zu einer Gestaltungspartei entwickelt. Wir wollen diese gesellschaftlichen Veränderungen mittragen und mitgestalten, deshalb sind wir auch bereit, politische Verantwortung zu übernehmen. Für uns ist Politik aber kein Selbstzweck: es geht nicht um Postenverteilung, sondern um die konkrete Umsetzung von programmatischen Inhalten. Sollte dies nicht möglich sein, bevorzugen wir eine wirksame und konstruktive Oppositionsrolle. DÉI GRÉNG sind eine unverbrauchte Partei, mit neuen Lösungen, die von neuen Frauen und Männern getragen werden, die aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens kommen. Sie verdienen Ihr Vertrauen.



I. Grün steht für eine andere Wirtschaftspolitik

In einem Punkt sind sich die meisten Wirtschaftsanalysen gegenüber der Zukunft des Wirtschaftsstandortes Luxemburg einig: die europäische Integration und Harmonisierung wird die bisher von Luxemburg maximal ausgeschöpften Souveränitätsnischen nach und nach verschwinden lassen. Es ist also höchste Zeit, nach anderen, neuen Standbeinen zu suchen, auf die Luxemburg seine wirtschaftliche Zukunft aufbauen könnte. Eines davon ist der systematische Aufbau des Ökosektors, von der ökologischen Landwirtschaft über eine eigene Energieproduktion und ein umweltgerechtes Verkehrswesen bis hin zu Recycling und einer hochspezialisierten und innovativen Forschung. Die ökologische Umstellung und Ausrichtung der eher traditionellen Wirtschaftssektoren wie Industrie, Handwerk, Handel und Tourismus können ebenfalls zu einer langfristigen Absicherung des Standortes Luxemburg beitragen, genau so wie der (hoch)qualifizierte Dienstleistungsbereich.

Die luxemburgische Wirtschaft wird sich einem strukturellen Wandel unterziehen müssen, wenn sie sich weiterhin behaupten soll. Die Wirtschaftsstruktur weist nämlich seit jeher zwei Merkmale auf, die auch als Schwachpunkte bezeichnet werden können: das Maß an Monolithismus und an geographischer Konzentration. Der Schwerpunkt hat sich zwar von der Stahlindustrie zum Finanzplatz und vom Süden zum Zentrum hin verlagert, aber die Struktur bleibt ähnlich ausgeprägt: das Finanzzentrum beschäftigt 10% der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, erwirtschaftet 20% des Bruttosozialproduktes und zahlt 30% der Steuereinnahmen. Jeden Tag pendeln 30% aller Arbeitskräfte in die Hauptstadt und zurück.

Wir stellen diesem Zustand zwei Konzepte entgegen: Diversifizierung und Dezentralisierung. Diversifizierung im Sinne einer ökologischen Restrukturierung der Wirtschaft mit Ausbau der oben erwähnten Sektoren, wobei umweltschädliche Wirtschaftszweige in einem sozial verträglichen Maße schrumpfen würden. Dezentralisierung bedeutet, über eine ausgewogene geographische Streuung hinaus, die Einbindung in lokale und regionale Wirtschaftsräume.

Wenn Politik gestalten und verändern will, braucht sie Leitbilder. Unsere Leitbilder für eine neue Politik sind: Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Gleichberechtigung. Nur diese Leitbilder können die Rechte und Zukunftschancen von künftigen Generationen sichern.

Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet zukunftsfähige Produkte und ökologisch verträgliche Produktionsverfahren. Dafür müssen Arbeitskosten gesenkt und der Verbrauch natürlicher Ressourcen verteuert werden. Nur zukunftsfähige Produkte werden auf Dauer Exportchancen sichern. Ökologisches Umsteuern sichert nicht nur unsere Lebensgrundlagen, sondern auch die Grundlagen der Wirtschaft.

Soziale Gerechtigkeit statt Ausgrenzung erfordert, Arbeit zu teilen: Erwerbsarbeit, private Arbeit, gesellschaftliche Arbeit und freigewählte Tätigkeiten. Soziale Nachhaltigkeit erfordert aber auch die Beteiligung aller an gesellschaftlicher Arbeit und die Anerkennung dieser Arbeit durch die Gesellschaft.

Soziale Nachhaltigkeit erfordert, daß die sozialen Sicherungssysteme fit gemacht werden für das nächste Jahrhundert. Soziale Sicherheit kann nicht länger fast ausschließlich aus Erwerbseinkommen finanziert werden. Wir brauchen eine bedarfsdeckende, steuerfinanzierte soziale Grundsicherung. Zur ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit gehört auch die verstärkte MitarbeiterInnenbeteiligung an Unternehmen, die die Verteilungsgerechtigkeit verbessert.

Umwelt- und Naturschutz Basis der ökologischen Wirtschaft

Das Wirtschaftswachstum um jeden Preis stößt an seine Grenzen: ökologisch und ökonomisch. Längst sind die Auswirkungen lokaler Umweltdesaster global. Die ökologischen Kosten des wilden Wachstums werden weltweit spürbar.

Umweltschutz steht heute nicht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Längst sicher geglaubte Errungenschaften der Umweltbewegung werden wieder in Frage gestellt. Die Lebensqualität droht im härter gewordenen globalen Wettkampf um immer höhere Profite für eine wachsende Minorität der Bevölkerung auf der Strecke zu bleiben.

Der Schutz der Umwelt muss im eigenen Interesse wie in dem der künftigen Generationen Priorität haben, gerade auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

In der CSV-LSAP-Regierung herrscht umweltpolitischer Stillstand.



Diesem umweltpolitischen Stillstand setzen DÉI GRÉNG ein gerechtes Reformkonzept der Nachhaltigkeit entgegen.

Wirtschaftliche Entwicklung und Bewahrung der Natur sind nur gemeinsam zu bewältigen. Das ist der Grundgedanke einer nachhaltigen Wirtschaftsweise. Nachhaltige Entwicklung bedingt nicht nur einen Wechsel des Wirtschaftskurses, sondern tiefgreifende, politische und gesellschaftliche Veränderungen.

**Nachhaltige
Umweltpolitik
schafft Arbeit**

Umweltschutz ergibt sich nicht von alleine – es braucht intelligente, zukunftsfähige Anreiz- und Lenkungsinstrumente. Mit einer ökologisch-sozialen Steuerreform werden die Weichen in Richtung einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Entwicklung gestellt: der Ressourcenverbrauch wird drastisch reduziert. Eine ökologisch-soziale Steuerreform verringert nicht nur den Umweltverbrauch, sie sichert und schafft auch Arbeitsplätze, weil mit ihrem Aufkommen die Lohnnebenkosten niedrig gehalten werden können, respektive ein wichtiges finanzielles Instrumentarium geschaffen werden kann um Umschichtungen in der Finanzierung des sozialen Sicherungssystems vorzunehmen.

Unser Gesamtkonzept einer ökologisch-sozialen Steuerreform besteht aus zwei Einnahme- und drei Verwendungssäulen, welche für den Staat in der Summe aufkommensneutral sind. Auf der Einnahmeseite stehen:

**Für eine ökologische
Steuerreform**

- Einführung einer Energiesteuer (auf Strom, Gas und Heizöl);
- Erhöhung der Mineralölsteuer und Einführung einer Schwerverkehrsabgabe (mit Ausnahme der Eisenbahn) (siehe auch ökologische Verkehrspolitik“).

Auf der Verwendungsseite stehen:

- Senkung, respektive Stabilisierung der Lohnnebenkosten;
- Finanzierung der Verkehrswende, des Ausbaus von Bus- und Bahnverkehr;
- Finanzierung der Energiewende (Schaffen eines Energiefonds).

Ein Innovationsschub in Energiespartechiken und Zukunftsenergien wie Wind, Wasser, Sonne und Biomasse schafft neue Arbeitsplätze, weil Energieimporte ersetzt werden durch Investitionen und Wertschöpfung in Luxemburg. Durch die Energiesteuer verteuert sich der Energieverbrauch, höhere Preise bilden Anreize zum Energiesparen. Schadstoffhaltige und das Klima verändernde Emissionen werden so in der Tendenz gesenkt.

Energiespartechiken für die Effizienzrevolution, Strom und Wärme durch Wind, Sonne und Biogas, moderne Verkehrssysteme für Bus und Bahn, neue Bau- und Werkstoffe, langlebige und reparaturfreundliche Produkte, neue Dienstleistungen und vieles mehr – all dies eröffnet einer kreativen Wirtschaft eine große Chance und wird neue Arbeitsplätze schaffen.

Eine aufkommensneutrale Energiesteuer bedeutet Kostenentlastung für innovative und arbeitsintensive Industrien. Sie bewirkt keine generelle Erhöhung des Steueraufkommens und soll sozialverträglich und wirtschaftsfördernd gestaltet werden. Bisher lief eine Kostensenkung für die meisten Unternehmen darauf hinaus, menschliche Arbeitskraft durch Maschinen, d.h. durch Energieverbrauch zu ersetzen. Niedrige Lohnnebenkosten und höhere Energiepreise bedeuten hingegen, daß die Unternehmen, wenn sie Kosten senken wollen, verstärkt über eine Reduzierung der Energiekosten, also über den effizienten Energieeinsatz nachdenken würden, statt Menschen arbeitslos zu machen. Niedrige Arbeitskosten fördern arbeitsintensive Branchen, z.B. das Baugewerbe, das Handwerk oder den Dienstleistungssektor.

DÉI GRÉNG treten für die Einführung einer Energiesteuer in zwei Stufen ein. In diesem Zusammenhang unterstützen wir die Vorgehensweise, die im Auftrag vom *Mouvement écologique* vom Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH für Luxemburg ausgearbeitet wurde. Auf nationaler Ebene könnte kurzfristig ein Einstieg in die ökologische Steuerreform umgesetzt werden und für weitergehende Schritte soll Luxemburg sich offensiv auf EU-Ebene einsetzen.

Für die erste Phase, die sogenannte Übergangsphase, unterstützen DÉI GRÉNG das vom *Mouvement écologique* vorgeschlagene Modell: *„Es wird vorgeschlagen, für Wirtschaft und Haushalte eine aufkommensneutrale Gestaltung vorzusehen. Dies soll in der Weise geschehen, dass die aufgebrachten Mittel der Haushalte und der Wirtschaft (...) vollständig in Form von Kompensationen zurückfließen. Für die Kompensationen der Wirtschaft wird empfohlen, erstens energieintensiven Unternehmen die zusätzlichen Steuern auf Heizöl und Erdgas in Höhe von 75% zurückzuerstatten und zweitens für die gesamte Wirtschaft nicht-energetische Abgaben zu senken, z.B. indem der Beitrag der Industrie zur Finanzierung des Sozialsystems (vor allem die voraussehbaren Erhöhungen) partiell über die Einführung einer Öko-Steuer mitfinanziert wird. Für die privaten Haushalte wird eine Kompensationsform empfohlen: Eine Direktzahlung an alle Haushalte in Form eines Ökobonus, die energiesparendes Verhalten sowie eine umweltschonende Mobilität belohnt.“* (in: Energiesteuerkonzept für Luxemburg, Gutachten des Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie im Auftrag von *Mouvement écologique*, 10.98).

Aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit sind für besonders energieintensive Industrien gewisse Kompensationen vorzusehen. Allerdings muss auch das Solidarprinzip z.B. bei der anteiligen Finanzierung der Pflegeversicherung sichergestellt werden. Deshalb ist von einer totalen Befreiung von Energieabgaben für energieintensive Betriebe abzusehen.

Bei der ökologischen Steuerreform soll besonders darauf geachtet werden, dass Energie, die über Atomkraft produziert wird, mit einem zusätzlichen Abgabenzuschlag belegt wird: dies wegen der Gefahren, die von der Atomenergie ausgehen. Alle erneuerbaren Energiequellen sind von der Energiesteuer ausgenommen. Diese Ausnahmeregelung soll einen Förder- und Innovationsschub zugunsten der erneuerbaren Energien bewirken.



Ökologiepolitik erschöpft sich nicht im Umweltschutz. Sie ist die entscheidende zukunftsichernde Querschnittsaufgabe der Gesellschaft. DÉI GRÉNG fordern eine ökologische Finanz-, Wirtschafts-, Verkehrs- und Forschungspolitik, damit volkswirtschaftliche Interessen wie der Umweltschutz zu betriebswirtschaftlichen Interessen werden.

Die Zukunft beginnt heute. Wer bei den Zukunftstechnologien die Nase vorn haben möchte, muß heute ökologische Innovationen anstoßen.

Damit sich umweltverträgliches Verhalten für alle lohnt und ökologisch innovative Produkte einen Absatzmarkt finden, muß der Staat die Rahmenbedingungen ändern. Umweltschutz in einer globalen Weltwirtschaft ist nicht einfacher geworden. Staatliches Handeln bleibt unverzichtbar, um die ökologischen Probleme zu bewältigen. DÉI GRÉNG fordern deshalb einen nationalen Umweltplan. Er soll alle gesellschaftlichen Gruppen an einen Tisch bringen, um Ziele und Maßnahmen auf dem Weg zur nachhaltigen Gesellschaft zu erarbeiten und der Industrie für Innovation und Forschung entsprechende Anregungen und Investitionssicherheit zu geben.

Der Umweltmarkt ist und bleibt auf absehbare Zeit ein Wachstumsmarkt. Er wird einer der größten Absatzmärkte des nächsten Jahrhunderts sein. Der Kosten-Nutzen-Effekt der Umwelttechnologien wird sich wesentlich verbessern durch die allmähliche Ablösung der *End-of-pipe*-Technologien durch integrierte Umweltschutzverfahren. Die Entwicklung des Umwelttechnologie-Standortes Luxemburg wird einen bedeutenden Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung des Landes und, darüber hinaus, der Großregion leisten. Sie bietet die Chance, ein neues Modell Luxemburg zu entwickeln, das den hohen sozialen Anforderungen des Landes auf qualitative Weise entspricht.

Die Strategie verspricht doppelten Gewinn: einerseits Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze durch den Aufbau einer neuen Branche, andererseits Durchdringung der anderen Sektoren mit den Produkten und Verfahren eben dieses neuen Bereiches und somit eine messbare Ökologisierung der traditionellen Wirtschaft Luxemburgs.

En neie Modell Lëtzebuerg

Der zukünftige Umweltstandort Luxemburg soll sowohl auf den geschützten Markt der Großregion als auch auf den internationalen Markt ausgerichtet sein. In regionalen Technologieparks sollen neue flexible Produktionsweisen sowie umweltgerechte und sozialverträgliche Produkte, Verfahren und Dienstleistungen durch Kooperation und Wissensaustausch zwischen kleineren und mittleren, räumlich zusammengefaßten, innovationsfreudigen Betrieben entstehen. Die Bevorzugung von neuen, angepaßten Produkten und Dienstleistungen gegenüber standardisierten Massenartikeln reduziert das Risiko der Verlagerung der Herstellungsorte und erhöht den Bedarf an qualifizierten Arbeitsplätzen.

Die Kommodo-Inkommodo-Prozedur muß zu einem effizienten Baustein für den Aufbau des Umweltstandortes genutzt werden. Eine ausreichende Anzahl an adäquat ausgebildeten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen sowie die notwendige logistische Ausstattung

Konzept zum Aufbau eines Umwelttechnologie- Standortes



werden dem Umweltministerium eine völlig neue Ausrichtung geben. Dies schafft die Voraussetzung um aus der defensiven, rein repressiven Rolle herauszutreten und sich als Umweltagentur zu betätigen, in der dann Beratung und Öffentlichkeitsarbeit mindestens den gleichen Stellenwert haben wie die reine Ueberwachungsfunktion zur Einhaltung der Umweltgesetze.

Der gesetzliche Nachholbedarf im Bereich Öko-Audit muss schnellstens behoben werden. Es gilt vor allem, das Verfahren auf die spezifischen Wirtschaftsbranchen und Betriebsgrößen Luxemburgs auszurichten und Pilotprojekte auch in den Gemeinden und staatlichen Verwaltungen zu initiieren und aktiv zu unterstützen.

Die Wirtschaftsförderung muß gezielt auf zukunftsfähige Produkte und Produktionsverfahren ausgebaut werden. Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung sind zu erproben und anzuwenden. In Zukunft muß mit der Natur gerechnet und das Bruttosozialprodukt zu einem Ökosozialprodukt erweitert werden.

Ein offensives Marketing für den Umweltstandort sowohl nach innen (in der Großregion) als auch nach außen (weltweit, z.B. durch die luxemburgischen Botschaften) soll Investoren, Produzenten und Produzentinnen, Käufer und Käuferinnen gewinnen.

Regelmäßige Großveranstaltungen wie Hearings oder Umwelttechnologiemessen sollen den Fortschritt dokumentieren und hinterfragen. Die Kooperation zwischen den Unternehmen ist zu fördern. Für die Schaffung einer starken Vorbildfunktion ist der gegenseitige Wettbewerb im Erreichen von Umweltstandards durch *Öko-Ranking* anzutreiben.

Staat und Gemeinden sollen durch eine ökologische Politik und die dadurch bedingten öffentlichen Aufträge den Strukturwandel unterstützen. Öffentliche Investitionsprogramme für Umweltschutz leisten nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Wiederherstellung oder Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, sondern sie können auch in verschiedenen wirtschaftlichen Umweltbranchen den nötigen Impuls für ökologische Innovation bringen.

Klein- und Mittelbetriebe

Eine ökologisch und sozial ausgerichtete Wirtschaftspolitik sollte den Klein- und Mittelbetrieben eine besondere Wichtigkeit zumessen, die spezifischen Probleme des Mittelstandes besser erkennen und diesem Sektor systematisch Schutz und Unterstützung zukommen lassen.

Schon vom Prinzip her ist eine Wirtschaftsstruktur, die auf eine Vielzahl von kleineren Einheiten aufbaut, einer auf Monopole und Oligopole ausgerichteten Struktur vorzuziehen. Um der tendenziellen Konzentration entgegenzusteuern, muß gewährleistet sein, daß von unten her ständig neue Betriebe nachwachsen. Und nicht zuletzt entspricht dies viel eher dem Prinzip der Dezentralisierung.

Im letzten Jahrzehnt hat sich herausgestellt, daß ein großer Teil der neuen Arbeitsplätze

im mittelständischen Sektor und nicht in der Großindustrie geschaffen wurde. Außerdem sind Klein- und Mittelbetriebe anpassungsfähiger und deshalb krisenfester als die großen bürokratischen Einheiten. Auf der anderen Seite sind sie auch in erheblichem Maße den Risiken von wachsender Konzentration und internationaler Konkurrenz ausgesetzt. Dies ist aber nicht unbedingt wünschenswert, so daß die mittelständischen Unternehmen einen besseren und höheren Schutz verdienen als große multinationale Unternehmen, die auf dem Weltmarkt operieren. Insbesondere für ein kleines Land wie Luxemburg ist es wichtig, dass die Abhängigkeit von wenigen multinationalen Großkonzernen durch die Förderung von Klein- und Mittelunternehmen abgefedert wird.

Der Staat muß die nötigen Rahmenbedingungen und Begleitmaßnahmen schaffen, um den Klein- und Mittelbetrieben eine ökologische Rekonversion möglich zu machen ohne soziale Einbußen hinnehmen zu müssen. Sozialdumping und unlautere Konkurrenz sollten konsequent bekämpft werden; das gilt besonders für die Bereiche Handwerk, Handel und das Gaststättengewerbe. Auch die Förderung von Unternehmensgründungen sollte zu einer Priorität werden. Schließlich gilt es, die allgegenwärtige Bürokratie einzudämmen, Prozeduren zu vereinfachen und eine wirksame, aber transparente Gesetzgebung für mittelständische Unternehmen zu schaffen.

Die Verkürzung und Umverteilung der Arbeitszeit sowie der ökologische Umbau sind wohl geeignete Mittel, um gegen die Arbeitslosigkeit anzukämpfen, aber ihr Potential wird unzureichend sein, um die Vollbeschäftigung wieder herzustellen. Aus diesem Grund ist es notwendig, neue Arbeitsplätze zu schaffen, die umweltpolitischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen entsprechen, welche vom privaten Markt bisher stark vernachlässigt wurden. Der sogenannte «3.Sektor», eigentliches Bindeglied zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor, umfasst eine Vielzahl von Kleinunternehmen und selbstverwalteten Genossenschaften mit assoziativem Charakter, deren Tätigkeiten nicht (ausschließlich) auf dem Profit basieren. In Italien gibt es mittlerweile 130.000 dieser Kooperativen und in Frankreich sind über 1 Million Menschen in dieser «sozialen Ökonomie» beschäftigt.

Neue Beschäftigungsfelder tun sich hier auf, sowohl im Bereich Umwelt und Lebensqualität als auch im Nachbarschaftsdienst (*services de proximité*) und im sozio-educativen Bereich im allgemeinen. Diese lokalen Beschäftigungsinitiativen könnten eine Menge Vorteile bringen: Verbesserungen im sozialen und ökologischen Bereich, Förderung des sozialen Zusammenhalts und Schaffung von neuen, existenzsichernden und stabilen Arbeitsplätzen.

Selbstverständlich bedingt der Ausbau dieses 3. Sektors staatliche Beihilfen unter Form von regelmäßigen Subventionen, wenigstens in der Anfangsphase und solange die teilweise Selbstfinanzierung unzureichend ist.

Ausbau der sozialen Ökonomie und des 3. Sektors

In Luxemburg besteht in dieser Hinsicht ein großer Nachholbedarf. Wohl gab es eine interministerielle Arbeitsgruppe, die in ihrem Ende 1995 vorgelegten Bericht zur Schlußfolgerung kam, in diesem Bereich gäbe es noch ein erhebliches Potential. Seither ist aber sehr wenig unternommen worden, um diese Einsicht in Tatsachen umzusetzen.

DÉI GRÉNG fordern in dieser Hinsicht zwei Initiativen vom Gesetzgeber und von der Regierung:

- die Schaffung eines gesetzlichen Rahmens, in dem diese Unternehmen der «sozialen Ökonomie» ihre Tätigkeiten voll entfalten könnten; dies bedingt die gesetzliche Anerkennung eines besonderen rechtlichen Statuts, das sich am französischen Beispiel der *entreprises d'insertion* und am belgischen Beispiel der *société à finalité sociale* ableiten ließe;
- die Schaffung eines speziellen Fonds zur Förderung dieser «sozialen Ökonomie»; dieser Fonds müßte eine erste Starthilfe gewährleisten sowie einen Teil der Verwaltungskosten decken, insofern die Selbstfinanzierung unzureichend ist.

Wege zu neuen Arbeitsverhältnissen

Im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung kann Umweltschutz in vielen Bereichen Arbeitsplätze schaffen, gerade im Dienstleistungsbereich. Dadurch wollen wir u.a. jene Arbeitsplätze ersetzen, die infolge des ökologischen Strukturwandels entfallen. Darüber hinaus gehören zur nachhaltigen Entwicklung Arbeitszeitverkürzungen, um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

Das in unserer patriarchalen Gesellschaft vorherrschende Normalarbeitsverhältnis beruht auf Vollzeitarbeit, von der Ausbildung bis zur Rente. Diese Vollzeitarbeit blieb aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung stets Männern vorbehalten. Letztere weigern sich bis jetzt größtenteils, ihre volle Verantwortung für Haus- und Familienarbeit zu übernehmen. Doch auch diese männliche Erwerbsbiographie gerät zunehmend ins Wanken. Inzwischen gibt es eine Vielzahl von ungeschützten Arbeitsformen und -verhältnissen. Dazu gehören Heim- und Telearbeit, geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit. Davon betroffen sind vor allem Frauen, doch droht diese Tendenz zusehends auch auf männlich besetzte Arbeitsplätze überzugreifen. Was oft harmlos als Flexibilisierung der Arbeit bezeichnet wird, heißt im Klartext, daß die Existenzsicherung und die soziale Absicherung der Betroffenen weitgehend in Frage gestellt ist.

Eine Neudefinition der Arbeit muß aber nicht unbedingt negativ sein. Flexibel arbeiten kann auch für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen von Vorteil sein, insofern diese Flexibilisierung unter Bedingungen stattfindet, die den Beschäftigten eine bessere Aufteilung von Haus- und Erziehungsarbeit ermöglicht oder bessere Ausgangsbedingungen für eine kreative persönliche Entfaltung schafft. Vollbeschäftigung muß daher neudefiniert werden. Eine gesicherte, bezahlte Arbeit muß nicht mehr gleichbedeutend sein mit einer



kontinuierlichen und starren Arbeitszeitorganisation. Mit der Schaffung intelligenter Arbeitszeitmodelle können Urlaubskonten, Sabbatjahre oder die Änderung der Referenzzeiten zu interessanten Neugestaltungen der Arbeitszeiten für Betriebe und ArbeitnehmerInnen führen. So könnte eine Neugestaltung letzteren neue Möglichkeiten im Bereich sozialer und kultureller Aktivitäten eröffnen.

Werden Arbeitszeiten gekürzt und Überstunden abgebaut, können zusätzliche Stellen geschaffen werden. Wegen der immer stärkeren Rationalisierung in den Betrieben durch Einsatz neuer Kommunikationsmittel muß in Zukunft eine gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit vorgenommen werden.

DÉI GRÉNG wollen in der kommenden Legislaturperiode alles daran setzen, in Luxemburg wie in Europa, damit die Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich Realität wird. In diesem Kontext wollen wir aber besonders darauf achten, dass Klein- und Mittelbetriebe bei der Arbeitszeitverkürzung nicht zu sehr belastet werden. Wir schlagen daher spezielle Hilfsmaßnahmen bei der Arbeitszeitverkürzung in Form von Steuervergünstigungen für diese Betriebe vor.

Durch die heute betriebene Flexibilisierungsstrategie ohne Arbeitszeitverkürzung steuern wir auf eine Dauerstressgesellschaft zu, in welcher der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft nicht mehr gewährleistet ist. Diese einseitige Strategie ist unmenschlich für die Betroffenen. Mehr Arbeitszeitflexibilität für die Unternehmen führt zur Steigerung der Produktivität und spart Kosten. Unter dem Gesichtspunkt der Beschäftigungswirksamkeit, der Humanisierung der Arbeitswelt und im Sinne einer gerechten Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit kommt es in den kommenden 5 Jahren vor allem auf die Koppelung der Flexibilisierung der Arbeitszeit mit einer Verkürzung der Arbeitszeiten an. In diesem Kontext wollen DÉI GRÉNG auch dafür sorgen, daß rechtlich abgesicherte Arbeitszeitoptionen eingerichtet werden. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen müssen ihre Arbeitszeit entsprechend ihrer jeweiligen Lebenssituation so einteilen können, daß sich Erwerbs- und Familienarbeit verbinden lassen.

Immer noch bestehen erhebliche Unterschiede in der Behandlung von Männern und Frauen, was Gehälter, Einstellungen und Beförderungen betrifft. Frauen sind ebenfalls proportional stärker als Männer von Arbeitslosigkeit betroffen. Luxemburg befindet sich unter den Schlußlichtern, was den Anteil der Frauen an der Gesamterwerbsquote angeht. Spätestens nach dem EuGH-Urteil von November 1997 hindert nichts mehr die EU-Staaten daran, Quotenregelungen zugunsten von Frauen im öffentlichen Dienst einzuführen, der damit eine Vorreiterfunktion zu erfüllen hat.

Die Überstunden müssen abgebaut werden. Die Begrenzung der Überstundenzahl und ein möglichst konsequenter Freizeitausgleich lassen einen nicht unerheblichen Beschäftigungseffekt erwarten.

Immer noch werden sozial wenig verträgliche Arbeitszeiten, wie vor allem Nacht- und Wochenendarbeit, vorrangig finanziell durch Zulagen und nicht durch Freizeitausgleich entschädigt. Sowohl sozial- als auch beschäftigungspolitische Gründe sprechen jedoch für das Prinzip des Freizeitausgleichs. Weder gesundheitliche Belastungen noch soziale Einschränkungen lassen sich letztendlich durch Geld kompensieren.

Für eine europäische Beschäftigungspolitik

Die Internationalisierung der Märkte schränkt die Reichweite nationaler Beschäftigungspolitik ein. DÉI GRÉNG setzen deshalb auf eine stärkere Koordination der nationalen Beschäftigungspolitiken. Um die Erwerbslosigkeit in Europa effektiv zu bekämpfen, fordern wir einen "Europäischen Pakt für Beschäftigung, Solidarität und Ökologie" mit bindenden Verpflichtungen für die Mitgliedsstaaten. Dabei setzen wir vorrangig auf gemeinsame Schritte zur Harmonisierung der Arbeitszeitverkürzung.

DÉI GRÉNG setzen sich für einen europäischen Investitionsfonds ein, der arbeitsplatzschaffende Infrastrukturprojekte finanzieren und neue Jobs schaffen soll. Dabei sollten besonders dezentrale Netzwerke gefördert werden: Ausbau der Schiene im Regionalverkehr, erneuerbare Energien, nichtkommerzielle und öffentlich-rechtliche Angebote in Multimedia- und Informationsnetzwerken, Umweltschutz, Stadterneuerung und Ausbau von Dienstleistungsangeboten im Sozial- und Kulturbereich. Bestehende Fonds müssen umstrukturiert und gemäß diesen Kriterien wirksam eingesetzt werden.

Durch die EU-Förderpolitik sollen Nachhaltigkeit, Beschäftigung und Gleichstellung von Frauen gefördert werden. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze muß bei der Vergabe von EU-Strukturfördermitteln Vorrang haben. Ein "Öko-Audit", das die Nachhaltigkeit garantiert, ist unverzichtbar. Mindestens ein Drittel der Ressourcen für Strukturförderung soll für lokale Entwicklung und lokale Beschäftigung gebunden werden.

Umsteuern Die Berücksichtigung der Familie im Steuerrecht

Eine Reform der Familienbesteuerung ist längst überfällig. Nicht die Ehe an sich bedarf besonderer Begünstigung durch den Staat, sondern das Zusammenleben mit Kindern muß unterstützt und gefördert werden. Das Ehegattensplitting in seiner heutigen Form ist eine Steuervergünstigung, die nicht mehr mit dem Verweis auf den garantierten Schutz von Ehe und Familie, wie es von konservativer Seite üblich ist, aufrechterhalten werden kann. Familienpolitik soll in einer Gesellschaft, die sich stark gewandelt hat, und in welcher es viele Formen des Zusammenlebens gibt, nicht über das Steuersystem, sondern durch andere Sozialtransfermethoden abgewickelt werden. Eine solche Politik erlaubt ein viel selektiveres Vorgehen.

Als Lösungsziel sehen wir die Individualbesteuerung an. Ein solches System, das nur auf der Besteuerung des individuellen Einkommens fußt, würde der heutigen veränderten Gesellschaft, in der es viele Formen des Zusammenlebens gibt, eher gerecht werden. Wir sind uns aber bewusst, dass das heutige Sozialsystem über Jahrzehnte mit dem Prinzip

des Ehegattensplittings zusammengewachsen ist. Das Splittingsystem begünstigt jedoch Haushalte mit hohem doppeltem Einkommen weit mehr als solche mit niedrigem Einkommen. Bei einer Individualbesteuerung könnten die zusätzlichen Belastungen von Personen, welche mit Kindern zusammenleben, ohne Weiteres über nicht besteuerte Sozialtransfers abgegolten werden. Das rezente Herabsetzen der Steuerermäßigung für die im Haushalt lebenden Kinder und das damit gekoppelte Heraufsetzen des Kindergeldes stellt einen ersten, zaghaften Schritt in diese Richtung dar.

Ein Steuersystem soll einfach und transparent sein. Durch eine Unzahl verschiedenster Sonderabschreibungsmöglichkeiten wird das Tarifsystem jedoch für viele Bürger und Bürgerinnen kaum noch überschaubar. DÉI GRÉNG verlangen eine klare und transparente Tarifstruktur und bevorzugen eine niedrige Steuerprogression gegenüber Sonderabschreibungsmöglichkeiten, die letztendlich nur zum Ziel haben, den Steuerdruck insgesamt zu verringern. Steuergerechtigkeit bedeutet für DÉI GRÉNG auch gleiche Rechte und Chancen gegenüber dem System für alle Steuerzahler und -zahlerinnen. Vom Abschreibungsdschungel profitieren vor allem diejenigen, die erstens über hohe Einkommen verfügen und zweitens auch fähig sind, sich in diesem Dschungel zurechtzufinden. Spezielle Belastungen der Haushalte, sei es für Ausbildung, außergewöhnliche Ausgaben oder solche, die mit der Ausführung des Berufes zu tun haben, sollen, soweit dies nur möglich ist, durch spezielle staatliche Subventionsmechanismen ausgeglichen werden und nicht über das Steuersystem.

Das Steuersystem transparenter gestalten

Steuerpflichtige haben das Recht, ihre Rechtsverhältnisse so zu gestalten, dass sie die Steuerlast im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten verringern können. Es handelt sich dann um legale Steuerflucht (*évasion fiscale*). Davon ist die illegale Steuerhinterziehung (*fraude fiscale*) zu unterscheiden. Sie ist unter Strafe gestellt. Klar ist, dass mit den Mitteln des Steuerstrafrechts nicht sichergestellt werden kann, dass alle Steuerhinterziehungen verhindert oder entdeckt werden. Auch sind Steuerhinterziehungsquoten schwer feststellbar. Unbekannt sind die Dunkelziffern unentdeckter Steuerstraftaten und auch die Schätzungen der sogenannten Schattenwirtschaft sind schwer aufzustellen.

Steuerhinterziehung

Immer wieder unternommene Versuche, das Phänomen zu beschreiben und zu bemessen, weisen allerdings auf einen klaren Handlungsbedarf hin. Sie sollen dem wachsenden Bürgergefühl begegnen, Steuern und Abgaben würden nicht mehr gerecht erhoben. Legale Schlupflöcher wie Steuersparmodelle, Verlustvorträge und Standortvorteile, gekoppelt mit Gewinnverschiebungen oder mit illegal am Fiskus vorbeigeschleusten Geschäften international verknüpfter Industrie- oder Finanzunternehmen stehen in keinem Verhältnis zu den Möglichkeiten des an der Quelle besteuerten Lohnabhängigen.

Wenn in der Wirtschaft ein diametraler Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital vorherrscht, kann das Steuerrecht natürlich nicht als moralische Anstalt angesehen werden.

Und doch hängt die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates davon ab, inwieweit er dem Anspruch genügt, Steuern möglichst gerecht zu erheben. Um diesen Anspruch abzustützen, müsste die Politik klare Zeichen setzen und sich folgende Mittel geben: zuständige Verwaltungen, die so organisiert sind, dass sie auch Möglichkeiten haben, Steuerstraftaten festzustellen; dazu gehören ausreichendes, gut vorbereitetes Personal, moderne Informationssysteme, rationale Arbeitsweisen sowie eine steuerstrafrechtliche Abstützung, die Steuervergehen nicht mehr als einfache Kavaliersdelikte behandelt, sondern als klar ausgewiesene Straftaten.

Steuern im internationalen Kontext

Das europäische Steuerdumping, das seit einigen Jahren verschärft eingesetzt hat, und das mit den extrem niedrigen Körperschaftsteuersätzen in Holland, Irland und der Schaffung von steuerlichen Sonderzonen wie z.B. in Belgien seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht hat, muss ein Ende finden. Diese Spirale nach unten, v.a. bei den Betriebssteuern (die, falls sie fortgeführt wird, unweigerlich eine starke Erhöhung der unsozialen indirekten Steuern bewirken wird), ist aus umverteilungspolitischen Erwägungen nicht zu rechtfertigen. Außerdem raubt sie den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten langsam aber sicher die finanzielle Substanz. Endergebnis sind extreme Sparmaßnahmen vor allem im sozialen und ökologischen Bereich. Diese Entwicklung muß gestoppt werden. Auf EU-Ebene muss eine Steuerharmonisierung auf allen Ebenen durchgeführt werden, die für alle Steuern Minimalsätze festlegt. Luxemburg darf sich im Kontext einer gesamt-europäischen Steuerharmonisierung auch nicht der Einführung einer minimalen Quellensteuer widersetzen, auch wenn wir uns darüber klar sein müssen, dass damit gewisse Souveränitätsnischen für den Luxemburger Finanzplatz verloren gehen. Dies ist aus Sicht der sozialen Gerechtigkeit (Besteuerung der Kapitaleinkommen gegenüber Lohneinkommen) richtig und ist mittel- bis langfristig auch wirtschaftspolitisch im Interesse Luxemburgs (Steuerdumping).

Tobin-Steuer zur Eindämmung der Spielcasinomentalität

Die Ohnmacht der Politik gegenüber den *global players* der Finanzsysteme muss durchbrochen werden. Es darf nicht länger so sein, dass unverantwortliche FinanzspekulantInnen sinnvolle und für die Menschheit nützliche politische und wirtschaftliche Projekte durch ihre übermächtige Spekulationskraft zu Fall bringen. Ein deregulierter Kapitalfluss mit seinen abrupten Richtungsänderungen und chaotischen Kursausschlägen schadet der materiellen Wirtschaft. Als Maßnahme zur Bekämpfung rein spekulativer Kapitalbewegungen treten DÉI GRÉNG auf internationaler Ebene für die Einführung eines Steuersatzes auf allen Devisentransaktionen ein. Diese nach ihrem amerikanischen Erfinder, dem Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger James Tobin benannte Steuer auf spekulativem Devisenhandel kann natürlich nur auf internationaler Ebene oder wenigstens auf EU-Ebene eingeführt werden, da ein Alleingang eines Staates wenig Einfluss auf die Spekulation hat.



Die Einnahmen aus der Tobinsteuer sollten, falls sie auf internationaler Ebene eingeführt wird, einen eigenen UNO-Fonds speisen. Mit diesem Geld könnte dann ein Teil der Auslandsschulden der ärmsten Länder der Welt beglichen werden. Im Gegenzug zahlen diese Länder einen Teil der somit getilgten Auslandsschulden in ihrer nationalen Währung in einen Gegenwertfonds ein, aus dem sozial und ökologisch sinnvolle Projekte finanziert werden. Dies würde die ärmsten Länder der Welt nicht nur von ihren enormen Auslandsschulden befreien, sondern sie hätten damit außerdem Schritte zu sozialen und ökologischen Reformen eingeleitet, die ihre nachhaltige Entwicklung fördern und somit auch einen Beitrag zur notwendigen ökologischen und sozialen Harmonisierung auf Weltebene geleistet.

Der neoliberalen Strategie, den Staat auf seine *law and order*-Funktion zu reduzieren widersetzen DÉI GRÉNG sich kategorisch. Aus sozialen Ursachen ist der weitere Bestand eines funktionsfähigen Staates zur Regulierung von Wirtschaft und Gesellschaft eine absolute Notwendigkeit. DÉI GRÉNG widersetzen sich allen Versuchen einen wilden Kapitalismus aufzubauen nach dem Motto "der Markt löst alle Probleme von selbst". Durch diese Versuche entsteht eine Gesellschaft nach dem Recht des Stärkeren, die langfristig kaum Bestand haben kann. Deshalb sind DÉI GRÉNG gegen jede wilde Privatisierung staatlicher Dienstleistungen.

In diesem Sinne sind DÉI GRÉNG gegen die von verschiedenen Seiten geplante Teil-Privatisierung der Telekomdienste. Die Aufspaltung von Post und Telekom riskiert erhebliche Nachteile für die privaten Verbraucher und Verbraucherinnen, die nicht vermögend sind, zu bringen. Die moderne Kommunikationsgesellschaft muss zugänglich für alle Bürgerinnen und Bürger sein.

Auch die öffentlichen Verkehrsträger müssen unter gesellschaftlicher Kontrolle bleiben. Sie dürfen nicht ausschließlich nach Profitkriterien funktionieren, da sie eine wichtige allgemeine Dienstleistungsrolle im Interesse der Menschen zu spielen haben.

Der von der CSV-LSAP-Regierung in den letzten 5 Jahren betriebene Abbau im öffentlichen Dienst hat das Vertrauensverhältnis zwischen den öffentlichen Beamten und Beamtinnen und dem Arbeitgeber Staat stark beeinträchtigt. In dieser Hinsicht hat die CSV-LSAP-Regierung dem Land großen Schaden zugefügt, da die wichtige Verwaltungsreform nur mit und nicht gegen die dort Beschäftigten gelingen kann.

Moderne Personalpolitik mit mehr Eigenverantwortung der Beschäftigten und leistungsgerechten Aufstiegschancen muß Vorschrifts- und Obrigkeitsdenken sowie starre Hierarchien ersetzen. Die Verwaltungsreform muß zur Frauenförderung genutzt werden. Dazu gehören nicht nur Gleichstellung und Quotierung. Wir wollen qualifizierte Mischarbeitsplätze, Modelle für flexible Wochenarbeitszeiten, Arbeitszeitkonten, Sabbatjahre,

Für einen effizienten öffentlichen Dienst und gegen neoliberale Privatisierungen

Eine qualitative Tarifpolitik für den öffentlichen Dienst

Altersteilzeit und verbesserte Möglichkeiten für den Berufsaus- und wiedereinstieg einführen.

DÉI GRÉNG engagieren sich für die kommenden 5 Jahre zu folgender Tarifpolitik für den öffentlichen Dienst:

- Durchführung einer Gehälterrevision;
- Rücknahme des Pensionsübergangsregimes, respektive Gewährung eines Ausgleiches für verlorene Rechte, vor allem auf qualitativer Ebene für die aktiven Beamten;
- Wiedereinführung der Spezialregime für den öffentlichen Dienst (frühzeitige Pensionierung von Beamten, die spezielle Sicherheitsdienste ausführen, respektive unter extremen Schichtbedingungen arbeiten müssen);
- Der Staat als wichtiger Arbeitgeber muß eine Vorreiterrolle bei der Schaffung neuer Arbeitszeitmodelle spielen. Seine Tarifstrategie für den öffentlichen Dienst muß in Zukunft im wesentlichen auf qualitativen Angeboten beruhen.

Die Finanzierung der Reformen

Die nächste Regierung wird sich genötigt sehen ausgedehnte Reformen in mehreren Bereichen durchzuführen. Es handelt sich unter anderem um:

- die Verbesserung und den Ausbau öffentlicher und kollektiver Infrastrukturen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und soziale Betreuung;
- das Einleiten von Umstellungs- und Restrukturierungsprogrammen in den Bereichen öffentlicher Transport, Energie und Abfallverwertung.

Die Erhaltung und Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen verlangt sehr kurzfristig das Einstellen und die Ausbildung von zusätzlichem Personal in vielen Bereichen und Verwaltungen (Umwelt, Steuerwesen, öffentliche Macht, Gesundheit, Bildung u.a.m.).

DÉI GRÉNG sind sich bewusst, dass die vorgeschlagenen Reformen einen nicht unerheblichen Finanzierungsrahmen benötigen werden. Um die Finanzierung dieser Politik zu gewährleisten, schlagen wir vor, gleich mehrere, zwar unterschiedliche, jedoch sich ergänzende Wege zu beschreiten (Stellenwert abnehmend):

- 1 die Eingriffe der öffentlichen Hand haben sich den Prinzipien der Durchschaubarkeit und der Vereinfachung der Verwaltungsverfahren zu unterwerfen; die öffentlichen Haushalte (Staat und Gemeinden) müssen einer strengen Abschätzung unterworfen werden, im Sinne einer Vermeidung doppelter Verwendungen und Vergeudungen, um so Haushaltseinsparungen zu gewährleisten;



- 2 im Rahmen der von DÉI GRÉNG befürworteten Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte wird es möglich sein erhebliche Geldmittel durch interne Umverteilungen verfügbar zu machen; es ist anzumerken, dass die Praxis der systematischen Unterschätzung der öffentlichen Einnahmen und die Tatsache, dass die hier entstehenden Überschüsse der direkten Kontrolle der gesetzgebenden Gewalt (Parlament) entzogen werden, den Grundprinzipien eines Rechtsstaats widersprechen;
- 3 das sehr niedrige Niveau unserer öffentlichen Schuld gewährt einen großen finanziellen Spielraum; unser Land kann, unter strikter Einhaltung der Maastricht-Kriterien, über das Mittel der öffentlichen Anleihe die Finanzierung von öffentlichen Investitionen sowie von Zukunftsprojekten, welche weitestgehend den zukünftigen Generationen zugute kommen, vornehmen;
- 4 sollten die drei erstgenannten Vorgänge sich als unzureichend erweisen um die Finanzierungsbedürfnisse zu stillen, so befürworten DÉI GRÉNG, an Stelle einer Erhöhung der Einkommenssteuer, einen Steueraufschlag auf dem Energie- und Ressourcenverbrauch sowie auf Vermögen und auf Kapitalerträgen.



II. Solidarität neu begründen

Die Bereitschaft, Solidarität neu zu begründen und zu fördern, entscheidet über die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Die grüne Antwort auf den gesellschaftlichen Wandel der letzten Jahrzehnte ist eine auf Selbstbestimmung, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit gerichtete Neuorientierung der Sozialpolitik. Denn durch den Strukturwandel in der Arbeitswelt, die zunehmende Internationalisierung und das Aufbrechen traditioneller familiärer Bindungen haben sich die Rahmenbedingungen für eine gerechte Verteilung von Chancen und für soziale Sicherheit verändert. Der Sozialstaat muß so umgebaut werden, daß er den wachsenden Anforderungen gerecht wird.

Politik und Gesellschaft müssen ein Klima schaffen, in dem nicht die schrankenlose Konkurrenz zählt, sondern gegenseitige Anerkennung und Hilfe im Mittelpunkt stehen. Mit unseren Leitideen und Konzepten für die Erneuerung des Sozialstaats wollen wir in den Dialog mit den im sozialen Bereich tätigen Institutionen und Trägern treten. Dabei ist die Anerkennung und Beteiligung derjenigen wichtig, die sich hauptamtlich und ehrenamtlich sozial engagieren.

**Für eine gerechte
und zukunftsfähige
Gesellschaft**

Solidarischer Umbau des Sozialstaats

Der Sozialstaat braucht grundlegende Strukturreformen. Grundlinien unserer Sozialpolitik sind eine stärkere Orientierung am Bedarf, die Einbeziehung aller in die Solidarsysteme, die Verbesserung der Einnahmesituation der Sozialversicherungen durch erhöhte Zuschüsse aus Steuermitteln.

DÉI GRÉNG wollen ein soziales Netz schaffen, das die Menschen in den Zeiten absichert, in denen sie ihren Lebensunterhalt aus eigenen Kräften nicht bestreiten können. Das Verhältnis der Sicherungssysteme zwischen Phasen der Erwerbsarbeit und denen mit anderen Beschäftigungen muß flexibel sein und ineinandergreifen. Nur eine moderne Sozialpolitik, der dies gelingt, kann ihrer Aufgabe gerecht werden, im Zusammenspiel mit der Arbeitsmarktpolitik soziale Sicherheit und gerechte Chancen für alle zu gewähren.

Das von DÉI GRÉNG vorgeschlagene Grundsicherungsmodell und die Schaffung einer flächendeckenden sozialen Infrastruktur, den sozialen Bürgerämtern, die sich an den Erfordernissen der Betroffenen orientieren, sind unsere sozialpolitischen Reformschwerpunkte. Dazu gehört eine aktive Politik zugunsten von Menschen mit Kindern und eine tragfähige Alterssicherung. Wir stehen für ein solidarisches und leistungsfähiges Gesundheitssystem ebenso wie für eine Neuorientierung in der Wohnungspolitik.

Selbstbestimmung

Solidarische Politik ist mehr als reine Fürsorge. Die Möglichkeit und Befähigung zur Selbstbestimmung des Einzelnen ist eines der Leitprinzipien grüner Politik. Das gilt für alle gesellschaftlichen Gruppen, auch für die vermeintlich Schwachen. Wir fordern, daß Kinder und Jugendliche als eigenständige Persönlichkeiten anerkannt werden und dass eine für Kinder zuständige Ombudsperson, die von einem Ombudskomitee unterstützt wird, deren Interessen gegenüber von Familienmitgliedern, staatlichen Instanzen usw vertritt. Die Gleichberechtigung und Gleichstellung von Behinderten und Pflegebedürftigen ist für uns selbstverständlich. Behinderung und Pflegebedürftigkeit dürfen nicht weiter dazu führen, daß Menschen in ihrer selbstbestimmten Lebensführung beschnitten werden. In Luxemburg lebende Ausländer und Ausländerinnen sowie Flüchtlinge dürfen auch in der Sozialpolitik nicht diskriminiert werden.

Soziale Infrastruktur stärken: das soziale Bürgeramt

Zentrales Element aktiver Sozialpolitik ist die Sicherstellung einer vielfältigen sozialen Infrastruktur. Beratungsstellen, Jugendzentren, Freizeit- und Betreuungsangebote sind wichtige Bausteine, um Selbstbestimmung und gegenseitige Unterstützung zu ermöglichen. Gerade in diesem Bereich hat sich eine Fülle von Eigeninitiativen und selbstverantwortlichen Trägern herausgebildet. Sie zu stärken und zu unterstützen ist Bestandteil grüner Sozialpolitik. Damit auch die Gemeinden ihre eigenen Aufgaben in diesen Bereichen besser wahrnehmen können, müssen insbesondere ihre finanziellen Spielräume ausgeweitet werden. Wir fordern deshalb ein neues Rahmengesetz, das die sozialen Kompetenzen der Gemeinden endlich klar definiert und stärkt.



Zugleich schlagen DÉI GRÉNG vor, flächendeckend soziale Bürgerämter zu schaffen (multidisziplinäre Verwaltungsstrukturen oder *guichet unique*), die über das umfangreiche Angebot an Sozialdienstleistungen auf kommunaler und nationaler Ebene informieren und in diesem Bereich auch weitervermitteln. Diese kommunale oder regionale Anlaufstelle soll den Bürgern und Bürgerinnen nicht nur in Verwaltungsangelegenheiten zur Seite stehen, sondern das dem Bürgeramt angegliederte Sozialteam, bestehend aus qualifizierten Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen, soll den Gemeindemitgliedern individuelle Hilfestellungen in den unterschiedlichsten Bereichen anbieten, z. B. im Bereich der Ausarbeitung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Arbeitsvermittlung, in der Seniorenhilfe, bei Schulproblemen der Kinder oder der Vermittlung von Kindertagesstättenplätzen oder Gastfamilien.

DÉI GRÉNG wollen das soziale Netz gegen Armut auf eine neue Grundlage stellen. Wir wollen mit unserer Grundsicherung den sozio-kulturellen Mindestbedarf für alle decken, die über kein ausreichendes Einkommen oder Vermögen verfügen, unabhängig von Nationalität und Aufenthaltsstatus.

Ein soziales Netz gegen die Armut: das grüne Grundsicherungsmodell

Das grüne Modell der Grundsicherung beinhaltet ein individuelles Recht auf die Grundsicherung für in Luxemburg wohnhafte Menschen der nachfolgenden Kategorie: Berufstätige, Rentenbezieher und -bezieherinnen, Arbeitsunfähige, Arbeitslose, Inhaftierte, Studenten und Studentinnen sowie alleinerziehende, nicht berufstätige Elternteile mit Kleinkindern, welche aufgrund geographischer oder zeitlicher Umstände (Unvereinbarkeit von Arbeitszeiten mit Kinderkrippenzeiten) keiner bezahlten Arbeit nachgehen können, unabhängig von ihrem Alter oder von einschränkenden Aufenthaltsbedingungen. Grundsicherungsbezieher und -bezieherinnen sollen automatisch kranken- und rentenversichert werden.

Der Staat muss sich verpflichten, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen anzubieten, sowie Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme auszuarbeiten, welche arbeitsfähigen Personen den Wiedereinstieg ins Berufsleben erleichtern. Eine Diskriminierung durch Leistungskürzungen von Personen, welche nicht in der Lage sind von den diesbezüglichen Programmen Gebrauch zu machen, lehnen wir hingegen ab.

Um den Grundsicherungsberechtigten die Verwaltungsgänge zu erleichtern, soll das Bürgeramt die Anträge auf Grundsicherung in Zusammenarbeit mit dem Sozialteam aufnehmen und an die betroffenen Stellen weiterleiten.

Das Leben mit Kindern wird in unserer Gesellschaft eher erschwert statt gefördert. DÉI GRÉNG setzen sich für Rahmenbedingungen ein, die es Müttern und Vätern und besonders Alleinerziehenden ermöglichen, bei einer persönlichen Entscheidung für Kinder weiter am gesellschaftlichen Leben, z.B. durch Erwerbsarbeit, teilzunehmen.

Solidarität zwischen den Generationen neu begründen: Familien entlasten

Neben dem Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz muß auch für Kinder unter drei Jahren und Schulkinder ein vielseitiges Betreuungsangebot offenstehen, wobei den Gemeinden dafür finanzielle Spielräume eröffnet werden müssen.

Damit Familie und Beruf vereinbar sind, müssen Eltern flexibler auf die Bedürfnisse ihrer Kinder und die Anforderungen von Beruf und Gesellschaft reagieren können. Die im *Plan d'action national* (PAN) vorgesehenen Regelungen betreffend den Elternurlaub sind günstig. DÉI GRÉNG schlagen zusätzlich für alle Berufstätigen die Einführung eines Anspruchs auf ein Zeitkonto von drei Jahren vor, gekoppelt mit dem Recht auf Wiedereinstieg.

Neue Lebens- und Erwerbsverläufe berücksichtigen

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Lebensläufe von Männern und Frauen grundlegend verändert: der typische berufstätige Mann, der das ganze Berufsleben beim gleichen Betrieb angestellt ist und eine ununterbrochene Berufskarriere hat, ist nicht mehr die Regel. Ebenso ist die Zahl der berufstätigen Frauen in dieser Zeit ständig angewachsen; dabei ist vor allem die Zahl jener Frauen gestiegen, die teilzeitbeschäftigt sind oder nach einer erziehungsbedingten Pause den Wiedereinstieg ins Berufsleben gewagt haben. Diesen veränderten Lebensläufen müsste auch die Rentenmethodik Rechnung tragen. Durch die Anerkennung von Bildungs- und Weiterbildungsphasen und die vollständige Anerkennung von Kindererziehungszeiten könnten dem Rentensystem realistischere Lebens- und Erwerbsverläufe zugrunde gelegt werden. Niedrige Rentenbeiträge aufgrund von Teilzeitbeschäftigung sollten aufgestockt werden, besonders "schlechte" Versicherungsjahre ausgeklammert werden. Diese Veränderungen würden sich besonders für Frauen auswirken, die so (höhere) eigenständige Rentenansprüche erwerben könnten.

Zur Sicherung des individuellen Lebensstandards sollte die gesetzliche Rentenversicherung so ausgebaut werden, daß eine Höher- und Weiterversicherung erleichtert wird.

DÉI GRÉNG begrüßen, dass die luxemburgische Regierung endlich Schritte unternommen hat, um die europäischen Richtlinien betreffend die Wahrung der Rechte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bei betrieblichen Altersvorsorgesystemen abzusichern. DÉI GRÉNG sind allerdings der Meinung, dass auch in diesem Bereich die Bedingungen um Rentenansprüche aufrechtzuerhalten sich an unsteten Erwerbsverläufen mit Unterbrechungen orientieren müssen und die maximalen Wartezeiten dementsprechend kurz sein müssen. Im Falle eines Arbeitgeberwechsels sollte der Gesetzgeber insbesondere die Aufrechterhaltung respektive die Übertragung von Betriebsrentenansprüchen gegenüber dem Rückkauf von Rechten bevorzugt behandeln. Zudem dürften bei einer Übertragung der Rentenansprüche an den Rentenfonds eines neuen Arbeitgebers die Rechte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in keiner Weise geschmälert werden. Für kleine und mittlere Unternehmen müssen neue Spielräume geschaffen werden, damit sie ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen entsprechende Angebote machen können.



Das luxemburgische Sozialsystem zeichnet sich dadurch aus, dass alle in Luxemburg wohnhaften Menschen im Prinzip sozialversichert sein müssen, wobei nicht berufstätige Ehepartner oder -partnerinnen - es handelt sich größtenteils um Frauen - sowie Kinder, Studenten und Studentinnen bei dem berufstätigen Elternteil mitversichert sind. Nun haben die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte gezeigt, dass die Ernährerfamilie, die diesem Sozialmodell zugrunde lag, für die Mitversicherten heute einen nur ungenügenden Versicherungsschutz bietet. Aus diesem Grunde fordern DÉI GRÉNG die obligatorische, eigenständige Sozialversicherung aller erwachsenen Einwohner und Einwohnerinnen Luxemburgs, auch jener, die kein eigenes Erwerbseinkommen haben. Auf diese Weise wäre gewährleistet, wenn zudem Bildungs- und Weiterbildungszeiten sowie Kindererziehungszeiten vollständig angerechnet würden, dass langfristig alle Menschen über eine vollständige Versicherungskarriere verfügen würden. Somit könnten wenigstens für die Zukunft Härtefälle, wie sie sich heute aufgrund von Scheidungssituationen ergeben, vermieden werden.

Individuelle Versicherungsrechte einführen

Im vergangenen Jahr wurde die ständig wachsende Zahl der Invalidenrenten sowohl im Arbeiterregime als im Privatbeamtenregime zum Politikum. Das Durchschnittsalter, in dem eine Invalidenrente zugesprochen wird, ist zwischen 1960 und 1995 um rund 4 Jahre gefallen. DÉI GRÉNG sind der Meinung, dass man diesbezüglich den veränderten Arbeitsverhältnissen, in denen Stress, Arbeitsintensität und zusätzlich der durch drohende Arbeitslosigkeit bedingte Druck massiv zugenommen haben, Rechnung tragen muss. DÉI GRÉNG fordern deshalb, auch in diesem Zusammenhang, im Interesse der Gesundheit der berufstätigen Bevölkerung, die längst überfällige Reduzierung der Lebensarbeitszeit, also eine Reduzierung der Wochen- oder Jahresarbeitszeit, da nur auf diese Weise die Zahl der durch Invalidität aus dem Arbeitsprozess ausgekoppelten Menschen gesenkt werden kann: mehr Lebensqualität schon in jungen Jahren und die Förderung der Gesundheit während des ganzen Berufslebens würden sicherlich zu erheblichen Einsparungen in diesem Bereich führen.

Arbeitszeitverkürzung als Mittel gegen hohe Invaliditätsraten

Die Gewährleistung einer solidarischen Altersvorsorge - und insbesondere die Absicherung gegen Altersarmut - ist eine der entscheidenden Aufgaben der Sozialpolitik. Die gesetzliche Rentenversicherung und der Generationenvertrag werden in Zukunft aus dem Gleichgewicht geraten, weil die demographische Entwicklung bei gleicher Beschäftigung zu einer Abnahme der Beitragszahler und -zahlerinnen und zu einer Zunahme der Rentner und Rentnerinnen führen wird.

Existenzsicherung im Alter für alle

Gleichzeitig sind schon heute viele Renten, insbesondere von Frauen, zum Leben nicht ausreichend. Auf der anderen Seite kann von der jungen Generation nicht verlangt werden, steigende Beiträge für die heutigen RentnerInnen aufzubringen, wenn fraglich ist, ob sich Rentenansprüche später überhaupt noch realisieren lassen. Wir wollen daher das

Rentensystem umfassend reformieren, Frauen eine eigenständige Rente sichern und die Lasten zwischen den Generationen neu verteilen.

DÉI GRÉNG halten dabei an einer solidarisch finanzierten Alterssicherung fest. Primäres Ziel ist eine existenzabsichernde Rente für alle. Die heutige erhebliche Differenzierung der Rentenhöhen muß durch die Erhöhung der mindestsichernden Elemente zugunsten einer wirksamen Vermeidung von Altersarmut verringert werden.

Neue Finanzierungsanteile - das soziale Netz durch eine Wertschöpfungs- komponente sichern

Bei nicht mehr (so stark) wachsendem Beschäftigungsvolumen, aber eher steigenden Anforderungen an das System der sozialen Sicherung kann dieses nicht mehr allein auf der Erwerbsarbeit gegründet sein. Zusätzliche Zuschüsse aus Steuermitteln (Ökosteuern) müssen ebenso hinzutreten wie mittelfristig eine Teilfinanzierung über die betriebliche Wertschöpfung. DÉI GRÉNG fordern die mittelfristige Ersetzung des auf den Lohnkosten berechneten Arbeitgeberanteils der Sozialversicherung durch eine Bruttowertschöpfungssteuer, d.h. eine Steuer auf dem von den Betrieben erwirtschafteten Mehrwert. So würden beschäftigungsintensive Betriebe (z.B. Klein- und Handwerksbetriebe) entlastet, kapital- und technologieintensive Betriebe aber stärker in das System der sozialen Verantwortung einbezogen. Das würde zudem der wirtschaftlichen Situation der einzelnen Betriebe Rechnung tragen. Die Bruttowertschöpfungssteuer müßte allerdings so ausgerichtet sein, daß sie nicht als Investitionsbremse wirkt.

Leistungen der obligatorischen Rentenversicherung

DÉI GRÉNG sind der Meinung, dass der ersten Säule der sozialen Sicherheit, der obligatorischen, vom Staat organisierten Altersversorgung, auch in Zukunft eine prioritäre Stellung zukommt. Über diese erste Säule sollte angestrebt werden, dass alle in Luxemburg ansässigen Menschen eine Altersgrundsicherung (heutige *majorations forfaitaires* der Alterspensionen) erhalten, welche langfristig in etwa dem Niveau des garantierten Mindesteinkommens entsprechen könnte. DÉI GRÉNG werden sich deshalb in den nächsten Jahren für eine konsequente und massive Erhöhung des Anteils der *majorations forfaitaires* in den Pensionsansprüchen aussprechen, da diese proportional zu den geleisteten Berufszeiten berechnet werden. Da DÉI GRÉNG sich zudem für eine Erweiterung der anzurechnenden Erziehungs-, Bildungs- und Weiterbildungszeiten aussprechen, werden insbesondere Personen, welche zur Zeit nur unvollständige Dienstzeiten haben, auf diese Weise in den Genuss einer höheren Altersrente kommen.

Um die Spannweite der Altersrenten nicht noch weiter auszudehnen, sprechen DÉI GRÉNG sich konsequent gegen eine Heraufsetzung des Anteils der *majorations proportionnelles* an der Gesamrente aus. DÉI GRÉNG wehren sich gegen Rentenanpassungen, bei denen bevorzugt die Rentenansprüche von Personen mit hohem Einkommen und vollständigen Dienstzeiten angehoben werden, Bezieher und Bezieherinnen von Mindesteinkommen und Personen mit lückenhaften Berufslaufbahnen hingegen ziemlich leer ausgehen. Zugleich wehren DÉI GRÉNG sich gegen ein neuerliches Heraufsetzen des Bei-



tragsmaximums, da den Mehreinnahmen an Versicherungsbeiträgen, welche in diesem Falle kurzfristig von Besserverdienenden geleistet würden, langfristig entsprechend höhere Altersrenten für diese Gehälterklasse gegenüber stehen würden. Zum einen sind DÉI GRÉNG nicht der Meinung, dass das Ziel der obligatorischen Rentenversicherung die Auszahlung von Pensionen in einer Größenordnung von über 250.000.- LUF ist. Personen, welche Einkommen in dieser Größenordnung haben, können problemlos private Zusatzaltersversicherungen abschließen, wenn sie im Alter das Einkommensniveau des Berufslebens in etwa halten wollen. Zum anderen würde eine regelmäßige Heraufsetzung der Maximalrente die Lebensfähigkeit der obligatorischen Rentenversicherung für die weitere Zukunft mit Sicherheit beeinträchtigen.

Damit der Impact der betrieblichen Rentenversicherungen im Vergleich mit dem öffentlichen Pensionsregime besser einzuschätzen ist, fordern DÉI GRÉNG - für alle in Luxemburg ansässigen Pensionempfänger und -empfängerinnen - eine Aufstellung und Analyse der kumulierten Rentenbezüge aus der obligatorischen Rentenversicherung, aus zusätzlichen Altersversorgungen der betrieblichen Rentenversicherungen (2. Säule) sowie aus privaten Rentenversicherungen (3.Säule).

Die frühzeitige, kritische Auseinandersetzung der Grünen mit der Pflegeversicherung konnte manche Fehlentscheidungen vermeiden helfen. DÉI GRÉNG werden auch in der Anlaufphase der Pflegeversicherung ein Auge auf die Ausführungsbestimmungen haben.

Die Festsetzung des Geldwerts (*valeur monétaire*) auf 1.500.- LUF, ließ viele Befürchtungen hinsichtlich einer mangelhaften Qualität der Pflegedienstleistungen schwinden. Tatsächlich stellt sich heute eher die Frage, ob nicht, angesichts der daraus erfolgenden sehr hohen Bezüge, welche an Familienangehörige, welche die Pflege übernehmen, ausbezahlt werden können, eine strengere Kontrolle garantiert sein müsste, ob der pflegebedürftige Mensch auch in dem Maße professionelle Hilfe bekommt, wie er sie benötigt. Zugleich stellt sich die Frage, ob die definitiven Zulassungen (*agrément*s) zur Ausübung eines Pflegedienstes im Rahmen der Pflegeversicherung nicht strengeren als den heutigen, für die provisorische Zulassung geltenden Kriterien unterliegen müssten, was die Qualifikation der einzelnen bei den Leistungsträgern angestellten Personen angeht. Wenn die Mindestnormen betreffend die Qualifizierung des Pflegepersonals zu niedrig angesetzt werden (auch dies ist schlussendlich eine finanzielle Frage), so dass auch wenig geschultes Personal Pflegebereiche übernehmen kann, die einer intensiven Qualifikation und Professionalität bedürfen, dann kann auch die in vielen Punkten nachgebesserte Pflegeversicherung für die Pflegebedürftigen noch zu einer massiven Verschlechterung des Leistungsangebotes führen.

DÉI GRÉNG werden sich jedenfalls dafür einsetzen, dass der enge, auf die körperliche Grundpflege reduzierte Pflegebegriff zu Gunsten eines ganzheitlichen Pflegebegriffes aufgegeben wird, in den physische, psychische, pädagogische und soziale Aspekte ein-

Pflegeversicherung mit qualitativen Standards umsetzen

fließen. Die Individualität und die Selbstbestimmung pflegebedürftiger Menschen müssen oberste Priorität erfahren.

Zu gleicher Zeit klagen DÉI GRÉNG das Recht der Pflegebedürftigen ein, sich den von ihnen gewünschten Pflegedienst aussuchen zu dürfen. Auch im Bereich der Pflegeversicherung muss das Recht auf freie Wahl des Behandelnden oder Pflegedienstes gewährleistet sein.

Verschiedene Beispiele der nahen Vergangenheit haben gezeigt, dass mit Einführung der Pflegeversicherung nicht alle Missstände in diesem Bereich implizit behoben wurden. So gibt es noch immer einen erwähnenswerten Notstand in Bezug auf die Zahl der freien Pflegebetten. DÉI GRÉNG fordern deshalb eine sofortige Bestandsaufnahme der tatsächlichen Bedürfnisse, welche von allen betroffenen Ministerien gemeinsam erstellt werden soll, sowie, daran anschließend, die Aufstellung eines Fünfjahresplanes zur Erstellung der tatsächlich notwendigen Pflegeheime. Jeder Mensch hat das Anrecht auf einen Pflegeplatz gemäß denselben Aufnahmekriterien, wobei sowohl pflegerische als auch soziale und familiäre Kriterien berücksichtigt werden müssen. Aus diesem Grund fordern DÉI GRÉNG die Erstellung einer nationalen Liste zur Aufnahme in die Pflegeheime, wobei darauf geachtet werden sollte, dass den pflegebedürftigen Menschen ein Pflegeplatz in ihrer Region zugewiesen wird. Diese Liste sollte von der für die Pflegeversicherung zuständigen CEO (cellule d'évaluation et d'orientation) verwaltet werden, da hier die Informationen über die Pflegebedürftigkeit der Menschen am besten eingeschätzt werden können. Zugleich müsste das Effektiv der CEO kurzfristig massiv aufgestockt werden, damit einerseits eine kurzfristige Neubewertung der Pflegebedürftigen und andererseits eine nachträgliche Kontrolle der Qualität sowohl der von den Pflegediensten als von Familienangehörigen erbrachten Dienstleistungen möglich wird.

Behinderung - Integration statt Ausgrenzung

Menschen, deren körperliche oder geistige Fähigkeiten eingeschränkt sind, gelten als Behinderte. Sie benötigen die uneingeschränkte Hilfe und Toleranz der Gesellschaft, um ein selbständiges und gleichberechtigtes Leben innerhalb der Gesellschaft führen zu können, doch der Prozeß ihrer Eingliederung in die Gesellschaft kommt nur schleppend voran.

Die Pflegeversicherung erleichtert die finanzielle Lage verschiedener Gruppen von Behinderten. Allerdings muss der Staat seine Verantwortung übernehmen und sowohl die gesetzlichen Rahmenbedingungen als auch die nötigen Infrastrukturen schaffen.

DÉI GRÉNG fordern eine weitgehende Auflösung der Sonderstrukturen (*éducation différenciée, ...*) zugunsten einer Integration der Behinderten in den allgemeinen Schulbetrieb sowie die Integration von Wohnungen für geistig Behinderte in existierende Wohngruppen. Werkstätten für Behinderte sollen vor allem ein Ort der Ausbildung und des Lernens werden. Integrationsbetriebe, in denen Behinderte und Nichtbehinderte zusammen arbeiten, müssen gefördert werden.

Wir setzen uns für eine neue Kultur des Wohnens ein, d.h. Wohnungen und ihre Grundrisse müssen an den Bedürfnissen der Bewohner und Bewohnerinnen orientiert sein und veränderte Familienverhältnisse und Lebensformen berücksichtigen. Dazu gehört ganz besonders die Berücksichtigung der Lebens- und Arbeitsweise von Familien und Frauen sowie Alten und Kranken. Die Gründung von nachbarschaftlichen Trägern, Wohnungsgenossenschaften und Gruppenbauprojekten soll unterstützt werden. Nur so kann die Anonymität vieler Wohnverhältnisse aufgebrochen werden. Die besondere Förderung integrierten Wohnens muß beachtet werden.

Wir wollen nicht nur ein Höchstmaß an bezahlbarem Wohnraum erhalten und eine tragbare Mieten- und Wohnkostenbelastung sichern, sondern auch die Nachbarschaft stärken, das Wohnumfeld verbessern und eine soziale und ökologische Entwicklung von Stadt und Region fördern. Für DÉI GRÉNG ist dies ein grundsätzlicher Bestandteil der Sozialpolitik.

Aus Gründen der Nachhaltigkeit, der Energieeinsparung, der Ressourcenschonung, der Deponieentlastung, der Handwerksförderung, der vorsorglichen Gesundheitspolitik (Präventivmedizin) und den sich daraus ergebenden Einsparungen im Gesundheitswesen, treten DÉI GRÉNG für eine prioritäre Förderung der Renovierung von Altbauten und von baubiologischen Maßnahmen ein. Hier könnte und müsste die öffentliche Hand als größter Auftraggeber im Bausektor vorbildlich und beispielhaft agieren.

Soziale und ökologische Wohnungs- und Baupolitik

In der Charta von Ottawa schlug die Weltgesundheitsorganisation 1986 unter dem Begriff «Gesundheitsförderung» einen neuen Weg vor. Darin kommt ein ganzheitliches Denken mit einem umfassenden biologisch – psychologisch – soziologischem Verständnis von Krankheit und Gesundheit zum Ausdruck. Die Ottawa-Charta versteht unter Gesundheitsförderung einen Prozess, der es allen Menschen ermöglichen soll, ein höheres Maß an Selbstbestimmung über ihre Gesundheit bzw Krankheit zu erhalten und sie damit zur Stärkung ihrer Gesundheit zu befähigen. Grundlegende Bedingungen von Gesundheit sind in diesem Sinne angemessene Ernährungs- und Wohnbedingungen, Bildung, Chancengleichheit, nachhaltiger Umgang mit Naturressourcen sowie eine möglichst gesunde Lebens- und Arbeitswelt.

Von einer solchen Konzeption von Gesundheit und Gesundheitsförderung ist unsere Gesellschaft jedoch noch sehr weit entfernt. Für DÉI GRÉNG gibt es eine Reihe von Teilschritten, die in diese Richtung führen. Eine der unabdingbaren Voraussetzungen wäre die Umsetzung einer zielgerichteten, gesundheitlichen Präventivpolitik, die neben individuellen Fehlverhalten auch deren gesellschaftliche Ursachen thematisieren würde und sich für gesamtgesellschaftliche, gesundheitsfördernde Lebens- und Arbeitsbedingungen einsetzen würde. Ebenso müsste die ganzheitliche Medizin, welche die Krankheit als sichtbaren momentanen Ausdruck einer Störung der körperlichen, seelischen und geistigen Entwicklung des Einzelnen in seinem sozialen Umfeld betrachtet, der traditionellen

Auswege aus der Krise des Gesundheitswesens

Medizin gleichgestellt werden. Aus diesem Grund sollte ein gesetzlicher Rahmen für die Anerkennung sogenannter «sanfter Therapien» wie z. B. Akupunktur, Homeopathie, Osteopathie, Chiropraxis geschaffen werden. Sowohl in der Ursachenanalyse als auch therapeutisch soll die Individualität des Kranken im Mittelpunkt stehen.

Zugleich ist eine Umstrukturierung des Arztwesens in Richtung konsequente und permanente, interdisziplinäre Zusammenarbeit mit neuen Tarifmodellen (Bezahlung nach Zeiteinheiten oder Patienten- und Patientinnenbudget statt nach durchgeschleusten Patienten- und Patientinnenzahlen) z. B. nach dem Modell der *maisons médicales* mit gleichzeitiger Stärkung der Rolle des Hausarztes und der Hausärztin (*généraliste*) als erste und hauptsächliche Anlaufstelle für Kranke eine absolute Notwendigkeit. In diesem Zusammenhang hat eine Reform der Medizinausbildung und der Krankheitsberufe im Sinne einer pluridisziplinären Zusammenarbeit, Verstärkung und Anpassung der medizinischen Weiterbildung an die neuen Erfordernisse (vor allem Präventivmedizin und Umweltmedizin) absolute Priorität. Der Staat sollte in regelmäßigen Abständen eine Bestandsaufnahme der Resultate der Vorsorge- und Impfkampagnen (Kosten-Nutzenverhältnis, Auswirkungen) machen. Durch eine differenzierte Bestandsaufnahme über den Medikamentenkonsum soll eine selektivere Verschreibung von Medikamenten ange-regt und unterstützt werden.

Für eine gesunde Lebens- und Arbeitsumwelt

Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Gesundheitspolitik betrifft alle Lebensbereiche. Umweltbelastung, gesundheitliche Risiken am Arbeitsplatz, psychosozialer Streß und Diskriminierungen stellen individuell nur schwer beeinflussbare Krankheitsauslöser dar. Dies hat sich in einer der Gesundheit aller Menschen dienlichen Gesamtpolitik widerzuspiegeln. Wir wollen, daß die Förderung der Gesundheit zum Leitbild der Gesundheitspolitik wird. Sie muß heilenden, rehabilitativen und pflegerischen Maßnahmen vorangestellt werden und an den krankheitsverursachenden Verhältnissen ansetzen.

Durch die verstärkte Förderung der Gentechnik wird der Einsatz übertriebener High-Tech-Medizin verstärkt. In ihren Möglichkeiten weit überschätzt, hat die Gentechnik im Einzelfall bei einigen Medikamenten und Diagnostika einen bedingten Nutzen. Den Risiken muß durch größtmögliche Transparenz und Kontrolle der Forschung, eine begleitende Risikoforschung und eine Verschärfung des Haftungsrechtes soweit wie möglich begegnet werden. Wir wollen eine Umverteilung der öffentlichen Forschungsgelder, um auch alternative Heilmethoden zu fördern und zu entwickeln. Das Schüren nicht erfüllbarer Hoffnungen auf Heilung schwerkranker Menschen lehnen wir als unredlich und unverantwortlich ab.

Für eine erweiterte Konzeption der Präventivmedizin

Die bisher vorherrschende Konzeption von Präventivmedizin ist von ihrem Ansatz her viel zu reduziert, um eine wirklich effiziente Prävention von Krankheiten leisten zu können. Allein auch der Vergleich der budgetären Mittel, die der Präventivmedizin einerseits, der

kurativen Medizin andererseits zur Verfügung gestellt werden, belegen den immer noch absolut untergeordneten Stellenwert heutiger Präventivmedizin.

Weil viele Menschen, Junge und Alte, durch Unwissenheit die Auseinandersetzung mit sich, ihrem Körper und ihrer Umwelt meiden, müssten viel stärker Gesundheitspsychologie und Gesundheitskommunikation als Instrumente eingesetzt werden. Diesbezügliche Informations- und Aufklärungsarbeiten sollten dezentral und bürgernah in Zusammenarbeit mit den Sozialteams der Bürgerämter organisiert werden.

Zur *médecine scolaire* müssten umweltmedizinische Aufgaben wie z.B. Analysen von Schulräumen auf Formaldehyd oder andere gesundheitsgefährdende Substanzen gehören. In Zusammenarbeit mit der Umweltambulanz müsste eine diesbezügliche Aufklärungsarbeit mit den Eltern der Kinder geleistet werden. Gerade Kinder- sowie Schulärzten und -ärztinnen müsste eine wichtigere Rolle in Sachen Aufklärung und Prävention umweltbedingter Kinderkrankheiten zukommen. In diesem Sinne ist eine grundlegende Reform und Reorganisation der *médecine scolaire* absolut notwendig.

Weltweit hat in den vergangenen 20 Jahren die chronische Belastung mit Umweltchemikalien im alltäglichen sogenannten Niedrig-Dosis-Bereich weiter zugenommen. Mit der Schaffung der Umweltambulanz im Jahre 1994 und der stärkeren Miteinbeziehung umweltmedizinischer Analysen durch das Staatslaboratorium wurden auch hierzulande erste Schritte zur Verwirklichung umweltmedizinischer Zielsetzungen in die Wege geleitet. DÉI GRÉNG sind allerdings der Meinung, dass eine personelle und infrastrukturelle Erweiterung der *médecine de l'environnement* und des Staatslaboratoriums notwendig ist, um alle Gebiete der Umweltmedizin umfassend abdecken zu können.

Präventiv fordern wir eine eingehende Prüfung von Produkten und Substanzen vor ihrer Marktzulassung ebenso wie die schnellstmögliche Substitution von «Altlasten-Substanzen» durch unbedenkliche Ersatzstoffe.

Zugleich fordern DÉI GRÉNG Weiterbildungsangebote im Bereich Umweltmedizin für niedergelassene Ärzte und Ärztinnen sowie eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit ausländischen Forschungseinrichtungen. Die Übernahme von spezifischen umweltmedizinischen Leistungen (Diagnostik und Therapien) durch die Krankenkassen drängt sich auf, damit weitergehende umweltmedizinische Leistungen nicht das Privileg einer gutbetuchten Schicht bleiben, sondern allen Bevölkerungsschichten zugänglich werden.

Wichtig als Anlaufstelle und in ihrer Funktion als Beratung sind in dieser Hinsicht ohne Zweifel auch Selbsthilfe- sowie Patienten- und Patientinneninitiativen. Im Sinne einer wohlverstandenen Konzeption der *droits et devoirs des bénéficiaires de soins* verdienen auch solche Initiativen eine stärkere Unterstützung.

Umwelterykrankungen endlich ernstnehmen

Arbeits- und Gesundheitsschutz, betriebliche Gesundheitsförderung

Vor einigen Jahren wurde endlich ein Gesetz zur Arbeitsmedizin und zum Schutz der Gesundheit am Arbeitsplatz verabschiedet. Trotzdem kann höchstens in Ansätzen von einer verbesserten Lage auf dem Gebiet des betrieblichen Gesundheitsschutzes gesprochen werden.

Noch immer gibt es vermeidbare Unfälle am Arbeitsplatz, noch immer verbleiben die Krankheitsfolgekosten aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen auf zu hohem Niveau. Und zu den bekannten Arbeitsplatzrisiken wie Lärm, Heben von Lasten, Umgang mit chemischen Gefahrenstoffen usw. sind neue Belastungen psychischer Natur hinzugekommen. In diesem Sinne beinhaltet der in Gewerkschaftskreisen oft zitierte Satz "*in den Betrieben bläst ein immer rauherer Wind*", nicht allein die Kritik an zunehmend autoritären Betriebsführungsstilen, sondern gleichfalls die Klage über die zunehmende psychische Belastung der Beschäftigten durch Zeitdruck, Arbeitsverdichtung, Überstunden, Nacht- oder Schichtarbeit oder die um sich greifende Angst um den Arbeitsplatz.

Entgegen dem herrschenden, marktradikalen Zeittrend, der alles reinen Wirtschaftlichkeitsüberlegungen unterwirft, bekräftigen DÉI GRÉNG weiterhin die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Humanisierung der Arbeitswelt und in diesem Sinne einer Verbesserung der Arbeitsschutzregelungen wie einer präventiven betrieblichen Gesundheitsförderung unter Beteiligung und Mitbestimmung der Beschäftigten.

Notwendige Verbesserungen oder Ergänzungen der bestehenden gesetzlichen Regelungen müssen zum Beispiel auf folgenden Gebieten erfolgen:

- Verpflichtung der Betriebsleitung zu einer umfassenden Gefährdungsbeurteilung durch gefährliche Arbeitsstoffe entsprechend der neuen EU-Agenzien-Richtlinie (Gefahrstoff-Richtlinie);
- Verpflichtung zur Beseitigung oder Minimierung solcher Risiken durch Verbote oder drastisch eingeschränkte Verwendungsmöglichkeiten von krebserregenden, allergisierenden, neurotoxischen, erbgutverändernden und fruchtschädigenden Substanzen;
- rechtliche Regelungen, aber auch Förderung (Beihilfen) bei betrieblichen Konversionsprogrammen (Einsatz von Ersatzstoffen usw.);
- ausführliche Informationspflicht gegenüber den Beschäftigten, z.Bsp. in Bezug auf den Zugang zu allen Sicherheitsdatenblättern;
- Festlegung verbindlicher Arbeitsplatzgrenzwerte unterhalb tolerierter europäischer Mindeststandards (EU-Gefahrstoffrichtlinie) unter Berücksichtigung der besonderen Risiken von neurotoxischen Schadstoffgemischen;
- Stärkung der Position der Arbeitsmediziner und -medizinerinnen und Verbesserung ihrer Ausbildung und Weiterbildung, auch auf dem Gebiet von Präventivmedizin, Psychosomatik und Umweltmedizin. Ähnliches gilt für die medizinischen Dienste des



“contrôle médical” in Bezug auf die Problematik der Anerkennung von Berufskrankheiten und Invalidität;

- verstärkte Mitbestimmung der Betriebsausschüsse und Belegschaften über betriebliche Gesundheitsförderung (“Gesundheitszirkel”, Aktion “gesunder Betrieb”);
- verschärfte Kontrollen der Betriebe und gegebenenfalls verschärfte Strafen zwecks Respektierung der auferlegten Arbeitsschutzbestimmungen bei gleichzeitiger Beratung über mögliche Alternativen.

DÉI GRÉNG lehnen Gentechnik in der Medizin weiterhin im Grundsatz ab. Wir respektieren jedoch den Einsatz der Gentechnik bei Medikamenten, Diagnostik und Grundlagenforschung, wenn die heutige Medizin den Betroffenen keine Alternative bietet. Den Plänen, über eine EU-Patentierungsrichtlinie Eigentumsrechte und Verwertungsmonopole über Gene und Teile des menschlichen Körpers festzuschreiben, setzen wir unseren entschiedenen Widerstand entgegen. Das mit der Gentechnik verbundene Menschenbild gefährdet die Menschenwürde und das Recht auf körperliche Unversehrtheit.

**Gentechnologie - nein,
aber.....**

DÉI GRÉNG wollen ein demokratisches Gesundheitssystem. Dies bedeutet eine umfassende Mitbestimmung der Versicherten und einen Ausbau der Rechte und des Schutzes von Patienten und Patientinnen. Die solidarische Absicherung aller Risiken im Krankheitsfall muss ein Grundpfeiler des Sozialstaates bleiben. Die Zuzahlungen der Patienten und Patientinnen dürfen nicht weiter ausgebaut werden, um zu verhindern, dass sich über den Weg der Patienten- und Patientinnenbeteiligungen eine Zweiklassenmedizin einnistet.

**Für ein demokratisches
und solidarisches
Gesundheitssystem**

Die gesundheitliche Versorgung muß sich an strengen Qualitätskriterien messen lassen, die der demokratischen Kontrolle unterliegen. Dies dient dem Patienten- und Patientinnenschutz, verhindert unsinnige Maßnahmen und spart zudem Ausgaben ein.

Die aktuelle Reform der Psychiatrie reduziert sich auf das Schlagwort Dezentralisierung. In den 4 Schwerpunktkrankenhäusern werden zusätzliche Betten geschaffen und die Betroffenen bekommen ein Recht auf regionale Betreuung. Damit verschwindet zum Teil auch die negative Bewertung, die ein psychisch Kranker durch eine psychiatrische Behandlung erfährt, weil diese im Fall einer Internierung nur im Hôpital Neuropsychiatrique möglich ist. Dezentralisierung bedeutet für DÉI GRÉNG darüber hinaus den Ausbau komplementärer Strukturen (betreutes Wohnen und Arbeiten, teilstationäre Behandlungen, Beratungsstellen usw.).

**Eine Reform der
Psychiatrie drängt
sich auf**

Der psychisch kranke Mensch ist durch seine Krankheit in seinen Lebenschancen wesentlich behindert. So erfährt er ein erhöhtes Risiko des Arbeitsplatzverlustes. Er hat größere

Schwierigkeiten Fuß zu fassen als gesunde Menschen, wodurch er sich isoliert und somit den Kontakt mit der Außenwelt verliert. Diese Symptome werden durch die langjährige Unterbringung in einer geschlossenen Anstalt verstärkt und führen zu einer sekundären Behinderung mit Anstaltssyndrom, Institutionalismus oder Hospitalismus mit Regression und Kommunikationsverlust.

DÉI GRÉNG fordern eine reelle Gleichstellung zwischen physischer und psychischer Krankheit: die soziale Integration psychisch kranker Menschen muss gefördert werden durch die Schaffung flexibler Arbeitsplätze für Menschen mit unterschiedlicher Belastbarkeit, durch die materielle Absicherung der Betroffenen und durch eine generelle Förderung ihrer Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben.

Der Ausbau dezentraler Strukturen mit kleinen Einheiten, welche von außen gut zugänglich sind, sowie komplementärer Strukturen (betreutes Wohnen und Arbeiten) muss aus Sicht von DÉI GRÉNG solange eine politische Priorität bleiben, bis auch für psychisch Kranke das Recht auf Intimität und eigenen Wohnraum gegeben ist. Zugleich muss ein fließender Übergang vom stationären über den teilstationären und komplementären zum rehabilitativen Bereich garantiert sein. Zusätzlich müssen spezifische Strukturen für die Geronto-Psychiatrie und Psychogeriatric geschaffen werden. Zugleich müssen Beratungsstellen mit multi-professioneller Ausbildung geschaffen werden und ein Krisendienst initiiert werden.

Da die seit Jahren anhängigen Verordnungen betreffend die Personalmindestnormen im sozio-therapeutischen Bereich noch immer nicht verabschiedet wurden, ist bis dato nicht gewährleistet, dass die unterschiedlichen - im speziellen die privaten - Leistungsanbieter Personal mit der notwendigen Fachausbildung und Spezialisierung einsetzen, um den Pflegebedürftigen eine qualitativ abgesicherte Pflege zu garantieren. Dies wirkt sich auch auf die Qualität der Pflege von psychisch Kranken aus, für die eine individuelle Betreuung mit Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse des Kranken sehr wichtig ist, ebenso wie das Miteinbeziehen aller Personengruppen, die an der Versorgung des Kranken beteiligt sind.

Der Spitalplan

Der im Juli 1998 im Parlament verabschiedete *plan hospitalier* verdient es nicht eine Reform genannt zu werden. Wohl stehen Milliardenbeträge zur Verfügung um längst fällige Infrastrukturinvestitionen nachzuholen. Organisation und Ausrichtung unseres Medizinwesens wurden jedoch nicht, im positiven Sinne, in Frage gestellt. Welche Erwartungen haben die Menschen in Bezug auf ihre medizinische Versorgung? Welche Dienste muss ein Spital erbringen? Nach welchen Kriterien soll die regionale Streuung der Spitalinfrastrukturen organisiert werden? Welche Schnittstellen müssen die Rettungsdienste im Kontext der regionalen Streuung aufweisen?

Diese zukunftsweisenden Fragen wurden im 98er Spitalplan entweder überhaupt nicht oder mit dem *status quo* beantwortet. DÉI GRÉNG bedauern, dass auf diesen so wichtigen Fragen wiederholt Parteiinteressen die Debatte über das qualitativ Notwendige und Optimale überlagert haben.

DÉI GRÉNG treten prinzipiell für eine Förderung der öffentlichen Krankenhausträger ein. Eine globale Reform unseres Gesundheitswesens muss aber auch die privaten Institutionen einbeziehen. Genauso müssen die Funktionen der regionalen Spitäler kritisch analysiert werden. DÉI GRÉNG sind der Meinung, dass nur eine tiefgreifende Debatte über die Qualität der gebotenen medizinischen Leistungen die geeignete Antwort auf die Fragen nach den steigenden Kosten im Gesundheitswesen bringen kann. DÉI GRÉNG befürworten die optimale Qualitätssicherung in allen Einrichtungen. Dies genießt absolute Priorität vor regionalen oder konfessionellen Erwägungen. Die Debatte über die Regionalisierung der Spitäler muss einhergehen mit der Debatte über die Spezialisierung der bestehenden Infrastrukturen. In diesem Sinne wollen wir Kosteneffizienz als Grundlage für langfristige Qualitätssicherung.

So wäre es z.B. sinnvoll, auch neue Spezialisierungen – eine neue interdisziplinäre “Diabetes-Einheit” oder “Umweltmedizinereinheit” – regional zu betrachten, auch mit Blick auf den Saar-Lor-Lux-Raum.

DÉI GRÉNG werfen auch die Frage auf, ob es sinnvoll ist die abwechselnden Rettungsdienste (*services d'urgences*) in der vorliegenden Form beizubehalten. Eine Spezialisierung dieser Einheiten in weniger Häusern, regional abdeckend, im Verbund mit dem Rettungshubschrauber der *Air Rescue* und einer anzustrebenden Professionalisierung der *protection civile*, erhöht die Qualität der Notdienste und sorgt für Kosteneffizienz.

Hinsichtlich der Ausstattung der Kliniken mit apparativer Diagnostik bedauern DÉI GRÉNG den Wildwuchs der vergangenen Dekaden (z.B. Scanner-Ausstattung). In Bezug auf die neue Gerätediagnostik (vier Magnetresonanzapparate, sogenannte RMI) sollten die Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit gezogen werden. DÉI GRÉNG plädieren für ein schrittweises und differenziertes Vorgehen. In einem ersten Schritt wäre es sinnvoll nur 2 statt der geplanten 4 RMIs zur Erkennung von strukturellen Läsionen, Gewebeschäden und Tumoren anzuschaffen. Im Sinne einer verbesserten präventiven Medizin fordern wir auch die Installation einer SPECT-Einheit (*Single-Photon-Emission-Computers-Tomography*). Diese ermöglicht eine bessere Früherkennung von neurotoxischen Hirn-Perfusionsstörungen und von Hirnstammrezeptorschädigungen bei Umweltkranken, psychisch Kranken und auch im Bereich der Arbeitsmedizin (“umweltmedizinische Einheit”). Bei Bedarf kann gegebenenfalls eine weitere RMI eingegliedert werden.

Insgesamt treten DÉI GRÉNG ein für ökologischere, patienten- und kinderfreundlichere Spitäler. Ökologie steht in diesem Zusammenhang für ökologische Bauweisen und gesundheitsverträgliche Innenaustattungen und Desinfektionsmittel (z.B. Vermeiden von Formaldehyd, Glykolethern, chlorierten Lösemitteln und Insektiziden), ökologische Pro-

duktbeschaffung (z.B. Vermeiden von PVC) und Abfallvermeidung und -verwertung, gesundheitsfördernde Ernährung, vor allem aus ökologischem Anbau. In diesem Sinne und aus präventiven gesundheitspolitischen Überlegungen könnten gleichfalls in den Spitälern selbst, besonders für Kranke mit verlängerter Liegedauer, Vorträge über gesunde Ernährung oder über baubiologisch unproblematische Innenaustattungen von Wohnungen usw. gehalten werden.

Rechte der Kranken

Im Sinne einer stärkeren Einbeziehung der Patienten in die Verantwortung für die eigene Gesundheit und im Sinne einer gesellschaftlichen Beziehung zwischen medizinischen Dienstleistern und Kranken begrüßen DÉI GRÉNG die nun vorgesehene neue Regelung der *droits et devoirs des bénéficiaires de soins*, wobei das Recht auf breiteste Information und Mitbestimmung des Patienten im Vordergrund stehen muss. Dies gilt für alle Ebenen der Gesundheitsdienste, sowohl die stationären als auch die ambulanten.

Zu den grundlegenden Rechten von Kranken gehört für DÉI GRÉNG das Recht auf weitestgehende Schmerzfreiheit. In diesem Sinne treten DÉI GRÉNG ein für patientenorientierte Schmerztherapien nicht nur auf Palliativstationen sondern auch in den Intensivstationen der bestehenden Spitalinfrastrukturen und bei der Betreuung zu Hause.

Euthanasie

Euthanasie heißt für DÉI GRÉNG, das Recht eines jeden Menschen frei über Zeitpunkt und Umstände seines Ablebens zu entscheiden. Jeder Mensch muss das Recht haben frei zu bestimmen, ob er weiterleben will oder nicht, ob sein Leben für ihn noch lebenswürdig scheint oder nicht.

Erfolgt die Euthanasie auf ausdrücklichen und wiederholten Wunsch der Patientin oder des Patienten und wird sie mit mindestens zwei Ärztinnen oder Ärzten abgesprochen, soll keine strafrechtliche Verfolgung mehr stattfinden.

Wir treten für eine Entkriminalisierung der Euthanasie und die juristische Anerkennung des biologischen Testaments ein.

Staatslaboratorium

DÉI GRÉNG bedauern, dass aufgrund langjähriger falscher Prioritätensetzung der CSV-LSAP-Regierung bis Ende 1998 kein Neubau des Staatslaboratoriums realisiert wurde. Auch lag bis Ende 1998 kein fertiges Entwicklungskonzept für diese längst überfällige Institution vor.

DÉI GRÉNG drängen auf die schnellstmögliche Realisierung eines solchen Entwicklungskonzeptes, das das Staatslaboratorium in seiner Rolle als nationales Referenzlaboratorium im Gesundheitswesen stärken muss. Erforderlich sind neue oder erneuerte Infrastrukturen, verbesserte apparative Diagnostikmöglichkeiten und eine angemessene Personalpo-



litik um neuen Herausforderungen – d.h. umwelt- und arbeitsmedizinischen Analysen – gewachsen zu sein.

Wir fordern eine klare Trennung zwischen einerseits medizinischen Analysen – *chimie biologique, hématologie, microbiologie, anatomie pathologique* – im Rahmen eines nationalen *Institut de Biologie médicale* und andererseits gesundheitlichen Kontrollaufgaben des Staates im zu schaffenden *Institut de Contrôle de la Santé*. Aufgaben dieses Instituts wären die Kontrolle von Medikamenten und Laboranalysen, Lebensmittel sowie die Analytik im Bereich der Umwelt und Arbeitsmedizin. Auch umweltepidemiologische Fragestellungen sollten stärkere Berücksichtigung finden.

Drogenpolitik und Drogengesetzgebung pendeln zwischen Kriminalisierung und Bemitleidung hin und her. Ein Strafrecht, das seit fast 25 Jahren nicht nur den Verkauf, sondern auch den Drogenbesitz und –konsum verbietet, macht die Einnahme von Drogen zum modernen Sündenfall. Nicht zuletzt weil in den Haftanstalten die Einrichtungen fehlen, um diese Politik konsequent durchzuziehen, aber auch weil die Tatsache immer deutlicher wird, daß Repression nicht zur Heilung führt, gewinnen nicht-repressive Einrichtungen wie Therapieplätze, Entziehungsmöglichkeiten oder Methadonprogramme immer mehr an Terrain.

Die Gesetzgebung aber ist die alte geblieben. Diese setzt weiterhin auf technische Verbesserung bei der Repression.

Der Fächer vom einmaligen Ausprobieren über den regelmäßigen Genuß bis hin zur zwanghaften Suchtbefriedigung ist breit. Suchtverhalten reduziert sich nicht auf Rauschmittel, denn Sucht ist ein zwanghaftes Verhalten, das auf menschliche Ängste zurückgeht. Doch dieser Tatsache wird auf der Ebene der Gesetzgebung kaum Rechnung getragen. Die bestehenden Verbote, die für alle illegalen Drogen die gleichen sind, verhindern nur Transparenz, aber nicht den Konsum, und schon gar nicht möglichen Mißbrauch. So führt etwa die Dämonisierung der Wirkung von Cannabis zu Unglaubwürdigkeit bei der Warnung vor anderen Substanzen, besonders bei Jugendlichen. Banalisiert durch mehr oder weniger freie Konsummöglichkeit werden dagegen so gesundheits- und sozialschädigende Drogen wie Tabak, Alkohol oder Pharmaka.

Vor allem junge Menschen ohne Unrechtsbewußtsein werden immer noch häufig der Strafverfolgung unterzogen und so marginalisiert. Oft bedeutet der Kontakt mit der Polizei, auf den eventuell ein Aufenthalt in Dreibern folgt, einen viel schlimmeren Eingriff in das Leben der Jugendlichen als ihr Drogenkonsum. Und das Argument, reiner Verbrauch werde nicht mehr bestraft, greift eh nicht, wenn fast jeder Heroinkonsument *dealt*, um seinen Konsum zu finanzieren.

**Für eine humane
Drogenpolitik -
Verantwortung
statt Repression**



Eine grundlegende Reform der Drogenpolitik muß so ausgelegt sein, daß der Überlebensfähigkeit der abhängigen Menschen Vorrang eingeräumt wird. Bei dieser Drogenpolitik dürfen sogenannte «legale» Drogen wie Tabak und Alkohol, um nur diese zu nennen, nicht ausgeklammert werden. Auch diese Drogen müssen in der verantwortungsbewussten Reformpolitik von DÉI GRÉNG eingebunden werden. Ziel einer grünen Drogenpolitik in diesem Sinne ist eine Schadensbegrenzung und der verantwortungsbewusste Umgang mit allen Drogen. Das heißt konkret, dass besonders den Jugendlichen eine vorbeugende Aufklärung über die gesundheitlichen Risiken angeboten werden muss. In diesem Sinne treten DÉI GRÉNG für die sofortige Umsetzung der EU-Direktive über das Tabakwerbeverbot ein.

DÉI GRÉNG treten für die Legalisierung von Cannabis ein, um die gefährliche Verbindung des Haschisch- und Heroinmarktes zu lösen. Das Angebot an bestehenden Entzugsmöglichkeiten, an Therapiestellen und an Plätzen im Methadonprogramm muß ausgebaut werden.

Der Konsum und Besitz kleinerer Mengen illegaler harter Drogen soll entkriminalisiert werden, sowie die ärztlich kontrollierte Freigabe von Heroin zugelassen werden. Nicht Abstinenz, sondern vorrangig die Schadensminimierung ist Ausgangspunkt einer ärztlich kontrollierten Abgabe, sie beinhaltet aber auch die mittel- bis langfristige Perspektive einer möglichen Rückführung der Klientel zu einem drogenfreien Leben.

Wir fordern eine ehrliche und vorurteilsfreie Prävention und pragmatische Drogenhilfen wie Therapie, Sprizentausch, eine Ausweitung der Methadon- und die Sicherung der Codeinbehandlung, Räume zum risikominimierten Drogenkonsum und die ärztlich kontrollierte Drogenabgabe für langjährig Abhängige. Auch die Durchführung von Analysen synthetischer Drogen (Ecstasy u.a.) ist ein wirksames Mittel der Schadensbegrenzung und Risikominimierung.



III. Umwelt- und Naturschutz

Wer die Regierungserklärung von 1994 mit den Tatsachen vergleicht, kann nur zu einer Schlußfolgerung gelangen: diese CSV-LSAP-Regierung hat in Sachen Umweltpolitik kläglich versagt. Die Bilanz ist absolut negativ und die Regierungskoalition muß sich den Vorwurf der Untätigkeit und des Nichteinhaltens politischer Versprechen gefallen lassen. Umwelt- und Naturschutz wurden gern als Aushängeschild genutzt, in der Praxis aber wurden sie nie zum Bestandteil, geschweige denn zu einer Priorität der Regierungspolitik.

Die in der Regierungserklärung von 1994 versprochene systematische Anwendung der Prinzipien von Vermeidung und Umwelthaftung (pollueur-payeur), die Transparenz und der freie Zugang zu allen Umweltdaten, der Ausbau Luxemburgs zu einem zukunftssträchtigen Standort für Umwelttechnologien, die Förderung des Öko-Audits, die neue Wasserschutzgesetzgebung und die Einführung der Ökosteuer, alles dies sind nur leere Worte geblieben.

Die Zerstörung des *Gréngewald*, größtes zusammenhängendes Waldgebiet Luxemburgs, zeigt eindeutig den geringen Stellenwert, den diese Regierung dem Umwelt- und Naturschutz beimißt. Keine zusammenhängenden Konzepte in Sachen Energiepolitik oder zur Bekämpfung der Ozon- und Treibhausproblematik, dafür aber Milliarden für den Straßenbau, wie die *Nordstrooss*, und andere fragwürdige Großprojekte, das sind die Realitäten heute.



Diese Wachstumsgesellschaft stößt allmählich an ihre ökologischen Grenzen. Die Auswirkungen der Umweltdesaster werden weltweit spürbar. Unser Land, so klein es auch ist, kann und darf sich seiner Verantwortung nicht entziehen. Deshalb braucht Luxemburg eine neue, eine nachhaltige Umweltpolitik, welche tatsächlich den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen in den Mittelpunkt stellt.

Ökologische Innovation schafft neue Arbeitsplätze

Trotz aller Warnungen werden unsere begrenzten Naturre Ressourcen immer weiter aufgebraucht bzw. zerstört. Das ist unverantwortlich und darf nicht länger hingenommen werden. Wenn wir unsere Lebensgrundlagen nachhaltig, das heißt langfristig und sozial gerecht absichern wollen, dann müssen wir Produktion und Konsum so umsteuern und ausrichten, daß sie den ökologischen Prinzipien und Erfordernissen gerecht werden. Die ökologische Modernisierung sichert auf Dauer auch die Grundlagen unserer Wirtschaft, weil sie ökologische Zukunftsmärkte erschließt und damit neue Arbeitsplätze schafft. In der Umweltbranche sind in Deutschland, Dänemark oder der Schweiz Hunderttausende von neuen Arbeitsplätzen entstanden.

Auch Luxemburg sollte die Möglichkeiten nutzen und in den nächsten Jahren den Ökosektor zu einem neuen Standbein der Wirtschaft entwickeln. Die ökologische Modernisierung kann unserem Land nur Vorteile bringen, unter anderem weil es seine Wettbewerbsfähigkeit verbessert. Um diese Entwicklung zu beschleunigen, brauchen wir eine ökologische Steuerreform, die gleichzeitig umweltfreundliches Verhalten belohnen und Beschäftigung fördern soll. Arbeit muß billiger, Umwelt- und Energieverbrauch teurer werden. Die schrittweise Einführung einer Ökosteuer auf Energie ist ein marktwirtschaftlicher Anreiz, ressourcenschonende Verfahren und Produkte zu entwickeln, Produktion und Konsum mehr auf nachwachsende Rohstoffe und Recyclingverfahren zu konzentrieren. Ein Teil der Einnahmen aus der Ökosteuer soll zur Finanzierung der ökologischen Rekonversion im Energie- und Transportsektor dienen. Auch diese Investitionen sichern und schaffen neue Arbeitsplätze. Die Erhebung einer Energiesteuer soll aber hauptsächlich dazu dienen, eine Stabilisierung und eventuell eine Senkung der Lohnnebenkosten zu ermöglichen. Eine Senkung würde steigende Nettolöhne bedeuten und einen Anreiz neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Der Staat muß sich dazu verpflichten, gezielte Förderprogramme für Unternehmen auszuarbeiten, um diese auf dem Weg der ökologischen Modernisierung zu unterstützen. Das Öko-Audit als Umweltmanagement- und Kontrollverfahren soll schrittweise ausgebaut und späterhin sogar zur Pflicht für Groß- und Mittelbetriebe werden.

Landesplanung endlich ernst nehmen

Wenn in Luxemburg Landesplanung *de facto* inexistent ist, so liegt es nicht vorrangig daran, dass die gesetzliche Basis oder die nötigen Instrumente fehlen. Bestehende Richtlinien wurden ganz einfach nicht in die Praxis umgesetzt, das Landesplanungsgesetz von 1974 wurde kaum angewandt und die verschiedenen Absichtserklärungen und Studien verstauben in den Schubladen der Regierung.

Die Ursachen der unkoordinierten und fehlerhaften Entwicklung liegen darin, daß das Landesplanungsgesetz undemokratisch ausgelegt ist, ohne Beteiligung der Gemeinden und der Bevölkerung. Ein ausgeprägtes sektorielles Denken auf Regierungs- und Verwaltungsebene sowie eine falsche Auslegung des Begriffs der Gemeindeautonomie haben somit eine Koordinierung und eine vernetzte Vorgehensweise letztendlich verhindert.

Damit Landesplanung in Luxemburg überhaupt eine Chance hat, ist es dringend nötig, eine breit angelegte, demokratische Debatte zum Thema *Wéi e Lëtzebuerg fir muer* zu führen, mit dem erklärten Ziel, ein nachhaltiges Luxemburg zu definieren. Basis einer solchen Diskussion müssen eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme über die aktuelle Umweltsituation sowie Szenarien betreffend die Entwicklung im wirtschaftlichen und sozialen Bereich sein. Das Resultat einer solchen Vorgehensweise wäre die Festlegung eindeutiger Zielsetzungen in den einzelnen Bereichen und die Ausarbeitung von konkreten Instrumenten und Programmen. Diese müssen alsdann in die Neufassung des *programme directeur* einfließen, dessen Aussagen sowohl für Ministerien und Verwaltungen als auch für Gemeinden bindend sein müssen.

Eine Reform und eine Abstimmung der Gesetze von 1974 betreffend die Landesplanung, von 1937 betreffend die kommunale Bebauung sowie von 1982 über den Naturschutz müssen zu einer gesunden Mischung von nationalen Vorgaben und regionaler und kommunaler Autonomie führen. Durch eine demokratische Reform der Gemeindegremien sollen die nötigen strukturellen Mittel für eine verstärkte regionale Zusammenarbeit bereitgestellt werden. Eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzen mit vor allem der Einführung eines Regionalfonds muß die nötigen finanziellen Anreize für eine kohärente Regionalpolitik schaffen.

Eine nachhaltige Entwicklung ist nicht nur mit einem wirtschaftlichen Umbau auf nationaler oder europäischer Ebene anzugehen, sondern auch im Rahmen einer innovativen Regionalpolitik. Voraussetzung dazu ist eine ausgewogene Dezentralisierung der wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsinstanzen, etwa nach einem differenzierten Modell von Regionalstrukturen (Naturparks, Regionalparks, Kommunalverbände). Instrumente einer regionalen Wirtschaftspolitik sind u.a. kommunale Verbände, privatwirtschaftliche Fördergesellschaften, soziale Netzwerke und nicht zuletzt grenzüberschreitende Initiativen mit erweiterten Entscheidungsbefugnissen. Die Beteiligung der betroffenen Bevölkerung ist ein wichtiger Faktor für den Erfolg regionaler Entwicklungspolitik.

In den letzten Jahren hat es eine Reihe von positiven Ansätzen einer koordinierten Regionalpolitik gegeben: als Beispiele seien hier nur die Naturparks oder die verstärkte Zusammenarbeit in ländlichen Kantonen wie Redingen oder Clerf erwähnt. Anstehende Projekte wie die Einführung einer regionalen Trambahn, die Umnutzung der Industrieböden im Süden oder das Aufstellen eines Konzeptes für eine *Nordstad* bieten Gelegenheit genug, sich verstärkt Gedanken über eine zukünftige Entwicklung einzelner Regionen zu machen.

In diesem Sinne muss die regionale Zusammenarbeit über die Grenzen hinaus in den kommenden Jahren konsequent gefördert werden. Dies gilt sowohl im politischen und wirtschaftlichen als auch im sozialen und kulturellen Bereich.

Ökologische Verkehrspolitik für eine zukunftsfähige Mobilität

Landesplanung kann auch einen wesentlichen Beitrag zu einer ökologischen Verkehrspolitik leisten, dadurch, dass sie hilft zusätzliche Verkehrsbewegungen zu vermeiden. Landesplanung, wie DÉI GRÉNG sie verstehen, gekoppelt mit der von uns gewünschten Dezentralisierung unterschiedlicher öffentlicher Dienststellen, ist ein wesentlicher Beitrag zur Verkehrsvermeidung. Die daraus resultierende Verkürzung der Verkehrswege ist auch ein Gewinn an Lebensqualität.

Die Umweltbelastungen des heutigen Verkehrs zwingen uns zum Handeln. Die CO₂-Emissionen, aber auch die Abgas-, Lärm- und Gesundheitsgefahren des Verkehrs müssen verringert werden. Die Maßnahmen dieser Regierung, die sich wie keine andere je zuvor dem Straßenbau verschrieben hat, gehen jedoch in die genau entgegengesetzte Richtung. Mehr Umweltschutz bedeutet bessere Mobilität.

DÉI GRÉNG wollen ein umwelt- und sozialverträgliches und gleichzeitig auch wirtschaftlich effizientes Verkehrssystem. Wir wollen eine sanfte Mobilität und eine integrierte Verkehrsplanung, die dem Umweltverbund, das heißt dem Zusammenwirken von Zu-Fuß-Gehen, Radfahren und öffentlichem Transport, die Priorität einräumt. Dieser Umweltverbund soll die 4 Funktionen Wohnen-Arbeiten-Einkaufen-Freizeitgestaltung auf umwelt- und sozialgerechte Art und Weise zusammenbringen. Wir brauchen deswegen einen kundennahen, qualitativ hochwertigen öffentlichen Transport, bessere Bedingungen für die Fußgänger und eine wesentliche Erhöhung des Fahrradanteils am *modal split* durch konsequente Maßnahmen (zügige Realisierung des nationalen Radwegenetzes, dessen Einbindung ins europäische Routennetz sowie Förderung der kommunalen Anbindungen, Einsetzung einer oder eines Fahrradbeauftragten im Transportministerium sowie Aufstockung des zuständigen Personals in den betroffenen Ministerien, Anpassung des *code de la route*, ...). Erste wichtige Schritte in Richtung Umweltverbund sind die Schaffung einer nationalen Mobilitätszentrale und die bessere Vernetzung der unterschiedlichen Verkehrsträger. Das Einzugsgebiet des öffentlichen Transports wird durch das Fahrrad als Zubringer wesentlich erhöht. DÉI GRÉNG treten ein für die Schaffung und Förderung eines allgemeinen Verkehrsclubs.

Es bedarf einer grundlegenden Reform der Strukturen und einer Neugewichtung zwischen der Straßenbauverwaltung und dem Transportministerium. Die legalen und verwaltungstechnischen Kompetenzen des gesamten Verkehrsmanagement müssen prioritär vom Transportministerium gewährleistet werden.

Dem Straßenbau sind in den letzten Jahren gewaltige finanzielle Mittel zugeflossen, im öffentlichen Transport hingegen wurde immer nur geknausert. Wir sprechen uns gegen den Bau von zusätzlichen neuen Autobahnen und Schnellstraßen aus und wir widerset-



zen uns zusätzlichen Spuren oder Spurverbreitungen auf bestehenden Autobahnen oder Schnellstraßen. Wir befürworten ein Überdenken des vorliegenden Programms zum Bau von Umgehungsstraßen. Bessere Kosten-Nutzenrechnungen sollen dazu beitragen, Straßenbauprojekte auf ihre Umweltauswirkungen zu untersuchen. Absolute Priorität genießt die zügige Umsetzung des BTB-Konzeptes: dazu gehört auch ein Konzept zur Verbesserung der regionalen und lokalen Bus- und Bahnverbindungen sowie die kontinuierliche Integration des (zu schaffenden) Radwegenetzes. DÉI GRÉNG fordern: alle Dörfer über 300 Einwohner sollen im Stundentakt per Bus an den nächstgelegenen Bahnhof oder das nächstgelegene Zentrum angeschlossen sein. Die Einführung von regelmäßig verkehrenden Nachtbussen an den Wochenenden, die alle Ecken des Landes bedienen sollen, ist unerlässlich.

Die schrittweise Reduzierung des Autoverkehrs ist eine absolute Notwendigkeit geworden, ganz besonders im innerstädtischen Bereich. Die Handlungsmöglichkeiten der Gemeinden für mehr Verkehrssicherheit und Verkehrsberuhigung sind zu erweitern. Geschwindigkeitsbegrenzung innerorts auf Tempo 30 ist flächendeckend durchzusetzen - für innerörtliche Sammelstraßen soll Tempo 50 gelten - im Interesse der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer und um den immer lästiger werdenden Verkehrslärm zu bekämpfen. Tempo 30 innerorts ist auch eine Grundvoraussetzung für die Förderung des Fahrrads als attraktives Verkehrsmittel. Ein Umstieg auf das Fahrrad kann jedoch nur erfolgen, wenn zusätzliche Maßnahmen innerorts umgesetzt werden wie z.B. Anlegen von Radstreifen auf Tempo-50-Straßen, Aufstellflächen für Radfahrer an Kreuzungen, Aufstellen von Fahrradabstellanlagen, Installieren einer Radwegbeschilderung.

Kommunale und regionale Verkehrskonzepte und deren Umsetzung sollen nur dann mit staatlichen Geldern subventioniert werden, wenn diese Konzepte alle Träger des Umweltverbundes einschließen und deren Entwicklung vorantreiben. Straßenbauprojekte müssen alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigen.

DÉI GRÉNG treten ein für eine verstärkte Sicherheitspolitik im Straßenverkehrsbereich. In diesem Sinne treten wir u.a. ein für:

- eine verstärkte Förderung der Sensibilisierungs- und Informationsarbeit;
- eine Förderung gezielter Projekte für Jugendliche, wie z.B. Discobusse;
- die sofortige Einführung des Punkte-Führerscheins;
- verstärkte Geschwindigkeitskontrollen innerorts;
- ein allgemeines Verkaufsverbot von Alkoholgetränken an Tankstellen in den Abendstunden;
- eine EU-weite Reduzierung des erlaubten Alkoholgehalts im Blut;
- die allgemeine Gurtpflicht, auch für Kinder unter 3 Jahren.

Die Verkehrserziehung darf sich nicht auf den Primärschulbereich beschränken, sondern muss auch in den post-primären Schulbereich integriert werden.

DÉI GRÉNG fordern weiterhin eine Einschränkung des Gütertransits auf unseren Straßen. Ein Nachtverkehrsverbot für LKWs wäre ein erster Schritt dazu. DÉI GRÉNG sind der Meinung, dass im Prinzip Güterverkehr auf einer Distanz über 150 km auf die Schiene verlegt werden soll. Um einen Teil des Güterverkehrs dauerhaft auf die Schiene zu verlagern, brauchen wir auch eine moderne Güterverkehrslogistik und -infrastruktur, die sich in einem regionalen und internationalen Verkehrsnetz optimal einbinden läßt. Tatsache ist auch, dass derzeit die Kosten des LKW-Transports insgesamt zu niedrig sind (billiger Treibstoff, Billiglöhne, Straßennetz wird aus der öffentlichen Hand finanziert). Teilweise nehmen LKW-Fahrer auf internationalen Transitstrecken Umwege von 200-300 Kilometern in Kauf um in Luxemburg billig zu tanken. Trotz solcher Umwege bleibt ihre Fahrt dank Tanktourismus rentabel. Den Schaden hat die Umwelt. Das Prinzip der Transportvermeidung soll die Politik bei ihrer Gestaltung dieses Sektors leiten.

DÉI GRÉNG wollen den Flugverkehr mindern, um die Lebensqualität der Anwohner zu erhalten. Deshalb treten wir ein für eine strenge Einhaltung des Nachtflugverbotes. Jeder weitere Ausbau des Flughafens und der Bodeninfrastruktur ist abzulehnen. Fluganbieter sollen über die Einführung einer EU-weiten Kerosensteuer (Akzisen und Mehrwertsteuer) an den anfallenden Umweltkosten beteiligt werden. Beim Personentransport soll im Kurzstreckenbereich (Brüssel, Frankfurt, Paris usw.) das Bahnangebot qualitativ verbessert werden um somit eine attraktive und umweltverträgliche Alternative zum Fliegen zu bieten. Wir bedauern, dass Luxemburg bei der Frage der Anbindung an das internationale Hochgeschwindigkeitsschiennetz außen vor gelassen wurde. Solche Züge fahren westlich, nördlich, östlich und südlich an Luxemburg vorbei. Eine verbesserte, schnellere Bahnverbindung zwischen den drei europäischen „Hauptstädten“ Brüssel-Luxemburg-Straßburg und in Richtung Rheintal ist unbedingt erforderlich.

Die Energiewende ist notwendig und machbar

Der sorglose Umgang der Industrienationen mit der Energie ist nicht mehr länger tragbar. Energiewirtschaft auf Basis von Atomkraft und Verbrennung fossiler Energieträger in Großkraftwerken hat keine Zukunft. Sie ist riskant, verschwenderisch und wird allmählich zu einer Bedrohung für den gesamten Planeten wegen des zunehmenden Treibhauseffektes und den Risiken der Kernenergie. Luxemburg als europäischer Spitzenreiter beim Pro-Kopf-Verbrauch von Energie darf sich hier seiner Verantwortung nicht entziehen.

Die Erfolgsmeldungen der Regierung über erzielte CO₂-Reduktionen sind eine Illusion. Lässt man die durch den Umstieg der ARBED auf Elektroöfen erzielten CO₂-Reduktionen weg, zerplatzt der Traum einer luxemburgischen Klimaschutzpolitik wie eine Seifenblase. Da der Energieverbrauch in allen Sektoren kontinuierlich zunimmt, wird der CO₂-Ausstoß mit Ausblick auf 2010 wieder zunehmen. Wir brauchen also sofort eine wirkliche Wende in der Energiewirtschaft, um diese Tendenzen umzukehren. Sie ist auch



machbar, falls der politische Wille dazu aufgebracht wird. Wir setzen auf neue, dezentrale Strukturen in der Energiewirtschaft, auf sparsamen und rationellen Umgang mit Energie und auf regenerative Energiequellen. Die grüne Energiewende schützt das Klima und schafft neue Arbeitsplätze in Forschung, Produktion, beim Handwerk und in der Forst- und Landwirtschaft. Durch die konsequente Nutzung lokaler Ressourcen wie z.B. Holz oder Biogas kann eine bedeutende Wertschöpfung erfolgen.

Wir brauchen ein nationales Energiekonzept, um eine integrierte Planung zu ermöglichen. Zuerst gilt es, das gewaltige Energiesparpotential zu nutzen. Ohne Verlust an Lebensqualität kann durch rationelle Energienutzung wie z.B. der Wärmedämmung, der Stromeinsparung und der wirksameren Energienutzung fast die Hälfte unseres derzeitigen Verbrauchs eingespart werden. Um dieses Potential zu erschließen, wollen wir eine schrittweise und vorhersehbare Ökosteuer einführen.

Wir fordern den Einstieg in die Sonnenenergiewirtschaft. Durch eine konsequente und gezielte Förderung der erneuerbaren Energien wie Sonne, Wind, Wasser und Biomasse, dezentral und flächendeckend, können wir die Energiewirtschaft zu einem wichtigen Standbein der luxemburgischen Wirtschaft ausbauen, anstatt der Atomlobby und anderen in- und ausländischen Stromvertreibern in Monopolstellung ausgeliefert zu bleiben.

Wir fordern, dass bis zum Jahr 2010, mindestens 15% des gesamten Stromverbrauchs aus inländischer Produktion aus erneuerbaren Energien stammen. Für den verbleibenden Importstrom soll über unsere Energieversorgungsunternehmen sichergestellt werden, dass ebenfalls bis zum Jahr 2010 mindestens 15% aus regenerativen Energiequellen stammen. Außerdem soll beim Einkauf auf dem europäischen Strommarkt auf Atomstrom verzichtet werden.

Aber auch im Bereich der konventionellen Energien ließe sich noch viel machen, z. B. durch den Bau von dezentralen kleinen und Kleinst- Blockheizkraftwerken (gleichzeitige Strom- und Wärmeproduktion mit optimaler Energieausnutzung). Der Bau angepasster Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerke mit maximaler Wärmeausnutzung soll frühestens nach dem Erstellen des nationalen Energiekonzeptes geprüft werden.

Beim geplanten Gas- und Dampfturbinenkraftwerk soll eine nach wirtschaftlichen und ökologischen Aspekten optimierte Wärmeauskopplung im Raum Esch/Alzette und Beles erfolgen. Ebenso soll das Wirtschaftsministerium eine klare Strategie erstellen um die Ansiedlung von zukunftsweisenden Industrien und Gewerben, die einen Bedarf an Abwärme haben, für den Standort zu interessieren. Zusätzlich sollte ein Energiesparprojekt für die betroffenen Gemeinden durchgeführt werden, bei dem Strom und Wärme in dem Maße eingespart werden, so dass indirekt ein Gesamtwirkungsgrad von ca. 85% erreicht wird.

Das Klimaschutzproblem darf nicht mehr einzig und allein Sache des Umweltministeriums sein, sondern muss im gleichen Maße Hauptziel der Bemühungen eines Energieministe-

riums sein. Zwischen beiden Ministerien muss in dem Sinne eine größtmögliche Zusammenarbeit erfolgen, welche Initiativen in andere Ministerien und Verwaltungen und in die Gemeinden überträgt.

Zur Umsetzung der Energiewende ist es, neben der Einführung der notwendigen Öko-steuer, besonders wichtig effiziente, bürgernahe und von einseitigen Interessen (z.B. Energieversorger) unabhängige Strukturen neu zu gründen (Schaffen eines Energiespar-fonds), bzw. bestehende zu unterstützen.

Liberalisierungen des Strom- und Gasmarktes

Bei den geplanten Liberalisierungen des Strom- und Gasmarktes ist sicherzustellen, dass die erzielten Gewinne durch reduzierte Gestehungspreise für Strom und Gas nicht ausschließlich den großen industriellen Energieverbrauchern und/oder den Energieversorgern zukommen. Diese Gewinne sollten vielmehr gezielt genutzt werden um die zu erwartenden *effets pervers* durch die reduzierten Energiepreise und damit einhergehende niedrigere Anreize für Energieeinsparungen zu kompensieren, um die Energiewende mitzufinanzieren, sowie um andere wichtige soziale Aufgaben zu finanzieren

DÉI GRÉNG treten nach wie vor für den europa- und weltweiten Ausstieg aus der Atomwirtschaft ein.

Umweltschonende Landwirtschaft - gesunde Lebensmittel

Die Agrarpolitik der Europäischen Union und der luxemburgischen Regierung stößt bei den Verbrauchern und Verbraucherinnen, bei den Bauern und Bäuerinnen auf zunehmende Ablehnung. Der Verlust von Arbeitsplätzen, sinkende Einkommen bei den konventionel arbeitenden Bauern und Bäuerinnen, Massentierhaltung, Lebensmittelskandale und ein undurchsichtiger Subventionsdschunzel machen deutlich: die Wende zu einer zukunftsfähigen und ökologisch ausgerichteten Landwirtschaft ist überfällig.

Der landwirtschaftliche Sektor spielt eine wichtige Rolle als Arbeitsplatzbeschaffer, und dies nicht nur im ländlichen Raum: im Schnitt kommen auf eine(n) Aktive(n) im bäuerlichen Betrieb drei weitere Arbeitsplätze im vor- und nachgelagerten Bereich. Waren in Luxemburg 1975 noch 14.873 Personen in 6.213 landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt, so sind es 1995, also 20 Jahre später, nur noch 7.234 Personen in 3.180 Betrieben und der weitere Rückgang ist schon vorprogrammiert.

Die Verträge von Maastricht und Amsterdam haben nichts an der EU-Zielsetzung «Mehr produzieren mit weniger Arbeitskräften» geändert. Heute, wo die EU ein bedeutender Netto-Exporteur im Agrarsektor geworden ist, 20 Millionen Arbeitslose zählt und der Konsument und die Konsumentin Qualität verlangen, ist diese Orientierung nicht mehr vertretbar !

DÉI GRÉNG teilen weitestgehend die Stellungnahmen der luxemburgischen Bauernverbände zum Agrarkapitel der Agenda 2000 der EU-Kommission. Die Vorstellungen der



EU-Kommission bedeuten keineswegs eine Reorientierung der GAP (Gemeinsame Agrar-Politik), sondern sind eine weitere Verschärfung der bisherigen Niedrigpreispolitik bei gleichzeitiger Ausweitung der Prämienzahlungen zur direkten Einkommensstützung an die Bauernbetriebe. 1997 machten diese Prämienzahlungen im Schnitt 60% der Einkommen der luxemburgischen landwirtschaftlichen Betriebe aus.

Die EU-Kommission rückt nicht ab von ihrer bisherigen exportorientierten Weltmarktstrategie, die einer sozialorientierten, nachhaltigen und umweltgerechten Agrarpolitik diametral entgegenläuft. Es handelt sich hier um eine verdeckte Dumpingpolitik: mit Hilfe der direkten Einkommenstransfers an ihre Bauern drücken die reichen Länder (USA, EU) die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise unter die Produktionskosten; die solchermaßen verbilligten Nahrungsmittel, auf den Weltmarkt exportiert, tragen dazu bei, den Bauernfamilien in der Dritten Welt ihre Existenzgrundlage zu entziehen. Zusammen mit den luxemburgischen Bauernverbänden lehnen DÉI GRÉNG die Fortsetzung dieser Dumpingpolitik radikal ab.

DÉI GRÉNG fordern eine andere Agrarpolitik. Wir wollen die Streichung der kontinuierlichen Produktivitätssteigerung als oberstes Ziel der EU-Agrarpolitik. Neue Zielrichtung soll die Absicherung möglichst vieler Arbeitsplätze in den bäuerlichen Betrieben sowie die Förderung einer umweltfreundlichen und standortgerechten Agrarproduktion werden.

Dies setzt kostendeckende Erzeugerpreise, d.h. Preise, die nicht unter den realen Gesteuerungskosten angelegt werden, sowie eine ausreichende und gerechte Entlohnung aller bäuerlichen Arbeit voraus, auch in den Bereichen der Landschaftsgestaltung und des Umweltschutzes. Umweltfreundliche Produktionsweisen, insbesondere die biologische Landwirtschaft, sind arbeitsintensiver und verdienen auch deshalb eine besondere Unterstützung. Übrigens erlaubt geltendes EU-Recht schon heute umweltschonende Landwirtschaft finanziell zu fördern.

Zur Verwirklichung der oben genannten Ziele sind verschiedene Methoden anwendbar: z. B. eine Koppelung der Direktzahlungen an die Arbeitskräfte im Betrieb (statt wie bisher an die Flächen und Tierbestände), das Festsetzen von Bestandsobergrenzen in Verbindung zu Mindestnormen betreffend die Flächenausstattung der tierhaltenden Betriebe, ein Verbot von Massentierhaltung u. a.

DÉI GRÉNG wollen eine selbständige Festsetzung der agrarpolitischen Maßnahmen durch die Regionen. Eine Regionalisierung der Agrarpolitik im Respekt der regionalen, landwirtschaftlichen Besonderheiten widerspricht nicht dem Gedanken der politischen Verständigung in Europa. Sowohl die Konsumenten als auch die Produzenten haben Interesse an der Erhaltung eines vielfältigen und nahen Erzeugungs- und Vermarktungsangebotes (Direktvermarktung, lokale Märkte für Qualitätsprodukte, usw.). In diesem Bereich hat Luxemburg Möglichkeiten, die es auszuschöpfen gilt.

DÉI GRÉNG lehnen weiterhin den Anbau und Import von genmanipulierten Pflanzen aufgrund der noch immer nicht abschätzbaren Risiken für die Umwelt und die Gesundheit und einer totalen Abhängigkeit der Bauern von multinationalen chemischen und pharmazeutischen Konzernen ab.

Umweltfreundliche Landwirtschaft kann durch finanzielle Anreize, aber auch durch verbesserte Rahmenbedingungen unterstützt werden, z. B. durch das Angebot einer Aus- und Weiterbildung in Umweltbelangen oder die Förderung von Pilotprojekten und Musterbetrieben. Wichtig ist auch die Erschließung neuer Einnahmequellen für die Landwirtschaft. Als Beispiel seien hier die dezentrale Energieproduktion auf der Basis von Biomasse (Biogas, Holzhackschnitzel usw.), Abfallentsorgung (Kompostierung) oder Tourismus genannt.

Rund die Hälfte unseres Staatsgebietes ist landwirtschaftliche Nutzfläche, ein weiteres Drittel ist Forstfläche, von der wiederum ein Teil in Bauernhänden ist. Generationen von Bauern und Bäuerinnen haben zur Schaffung und Gestaltung unserer Landschaft beigetragen und sie allmählich zu einer Kulturlandschaft geformt. Deshalb kann das Anlegen von Naturschutzgebieten, das Ausweisen von Quellenschutz zonen usw. nur in gemeinsamer Diskussion und Zusammenarbeit mit den landwirtschaftlichen Betrieben Erfolg haben.

Die landschaftsgestaltende und umweltschützende Arbeit der Landwirtschaft muß auch gesellschaftlich höher bewertet und gerecht entlohnt werden. Landwirtschaft ist Vielfalt: eine Standardlösung gibt es nicht; nur eine Vielzahl von Ansätzen und Fördermaßnahmen, die umweltfreundlich und zugleich ökonomisch sinnvoll sind, werden es ermöglichen, in Luxemburg eine umweltfreundliche, bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten.

Sanfter Tourismus

Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftssektor unseres Landes und könnte zweifelsohne eine noch wichtigere Rolle spielen, vorausgesetzt, die Rahmenbedingungen werden so gestaltet, daß sie einen sanften, das heißt ökologischen und zukunftsverträglichen Fremdenverkehr fördern. Es gilt vor allem, integrierte Konzepte zur Tourismusentwicklung in die Wege zu leiten, welche auf den Schutz und die sanfte Nutzung des natürlichen und historischen Erbes unserer Regionen prioritären Wert legen. Wenn wir nicht wollen, dass die traditionelle Kundschaft definitiv wegbricht und neue Märkte verschlafen werden, muss endlich mehr Professionalität auf allen Ebenen zum Einsatz kommen. Das geht von der einheitlichen Vermarktung Luxemburgs über die gezielte Anwerbung neuer Gäste bis hin zur Betreuung der Touristen im Land. Der Aufbau der aktuellen Strukturen ist deshalb grundsätzlich in Frage zu stellen. Ziel einer neuen Organisationsform ist die Integration der lokalen, ehrenamtlichen Initiativen in professionelle, regionale und nationale Strukturen. Innerhalb der Vorgaben eines nationalen Konzeptes können die jeweiligen Regionen ihre Vorstellungen gemeinsam ausarbeiten, welche nach festgelegten Kriterien über die Gelder der Fünfjahrespläne finanziell unterstützt werden. Besonders für den ländlichen Raum könnte somit ein zukunftssträchtiger Wirtschafts-



zweig sichergestellt und - durch die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe - die wirtschaftliche Struktur verbessert werden.

Auch auf internationaler Ebene setzen DÉI GRÉNG sich ein für einen verträglicheren Tourismus, der der rücksichtslosen Nutzung von Küsten- und Naturschutzgebieten entgegensteuert. Wir fordern entschiedene Maßnahmen gegen den Prostitutionstourismus und besonders gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern. Internationale Abkommen und strafrechtliche Zusammenarbeit sollen hier schnellstmöglich Abhilfe leisten.

Oberstes Prinzip unserer Abfallpolitik ist die Vermeidung. Produkte müssen deshalb langlebig, wiederverwertbar und reparaturfreundlich sein. Die Hersteller müssen die volle Verantwortung für ihre Produkte tragen und auch die Rücknahme von gebrauchten Geräten gewährleisten, im Sinne einer Kreislaufwirtschaft. Der Müll, der nicht vermieden werden kann, muß, soweit es geht, unter umweltfreundlichen Kriterien verwertet werden. DÉI GRÉNG lehnen Verbrennung als energetisches Recycling ab. Nur Müll, der nicht vermieden und stofflich verwertet werden kann, muss umweltfreundlich entsorgt werden.

Abfall vermeiden anstatt verwalten

Damit diese Prinzipien endlich auch in Luxemburg zum Tragen kommen, gilt es prioritär die im Abfallgesetz von 1994 vorgeschriebenen nationalen und sektoriellen Abfallwirtschaftspläne mit allen Betroffenen auszuarbeiten und danach umzusetzen. Diese Pläne sollen für jede Abfallart quantitative und qualitative Ziele festlegen, die Wege und Mittel zur Erreichung dieser Vorgaben festschreiben und die jeweiligen Verantwortlichen benennen.

Staat und Gemeinden sollen eine Vorreiterrolle übernehmen und in ihrem Handlungsreich abfallarme, langlebige und reparaturfähige Produkte einsetzen.

Der *Conseil de Coordination National* soll im Haus- und Gewerbemüllbereich die Rolle eines Koordinierungsorgans übernehmen und sich Gedanken machen über zukünftige nationale Strukturen und anwendbare Techniken, welche die aktuelle Verbrennung ersetzen sollen.

Um die Bürger und Bürgerinnen zu einem umweltbewußteren Umgang mit Produkten und Müll zu motivieren, sind kostendeckende Abfall-Steuer-Konzepte flächendeckend anzuwenden, mit gestaffelten Gebühren (nach Gewicht oder Menge), so wie sie bereits in mehreren Pilot-Gemeinden mit recht guten Resultaten praktiziert werden.

Im Bereich Verpackungen soll die bestehende EU-Direktive maximal ausgeschöpft werden, um den Anteil an wiederverwendbaren Verpackungen so weit wie möglich zu erhöhen. Außerdem soll Luxemburg sich auf europäischer Ebene einsetzen, um eine Verbesserung der genannten Verordnung zu erreichen.

DÉI GRÉNG lehnen weiterhin den Bau einer nationalen Industriemülldeponie in Haebicht bei Mamer kategorisch ab. Prioritär im Industriemüllbereich ist die maximale Ausschöp-

fung des Vermeidungspotentials mit Hilfe der im Gesetz vorgesehenen betrieblichen Abfallwirtschaftspläne. Für den unvermeidbaren Restmüll bevorzugen wir ein System der regionalen Monodeponien. Unter strenger Kontrolle der Umweltverwaltung sollen Industrieabfälle in der Regel dort endgelagert werden, wo sie anfallen, nämlich in den Industriezonen beim Produzenten. Für bestimmte noch verwertbare Industrieabfälle, deren Behandlung in Luxemburg nur unter schwer zu rechtfertigendem Aufwand betrieben werden könnte, versperren wir uns nicht einer Lösung in der Großregion. Exporte zwecks Endlagerung in Richtung Mittel- und Osteuropa oder Entwicklungsländer lehnen wir jedoch strikt ab.

Um ihren vielfältigen Aufgaben gerecht werden zu können, muss die Abfallabteilung der Umweltverwaltung dringend personell aufgestockt werden.

Natur braucht Schutz

Besonders auf dem Gebiet des Natur- und Landschaftsschutzes hat die CSV-LSAP-Regierung kläglich versagt. Nicht nur die Zerschneidung des *Gréngewalds* geht auf ihr Konto, sondern auch die Tatsache, dass Luxemburg bei der Umsetzung der wichtigen Habitat- und Vogelschutzdirektiven zum Schlusslicht in Europa geworden ist. Der geringe politische Stellenwert, den der Schutz von Flora und Fauna in Luxemburg besitzt, hat dazu geführt, dass die biologische und landschaftliche Vielfalt unseres Landes heute bedroht ist, wie die Auditoren in ihrem Abschlussbericht «Management der natürlichen Umwelt» feststellen. Dabei fehlen weder die gesetzlichen Grundlagen noch die nötigen Finanzmittel. Aber erstere werden nicht umgesetzt und letztere falsch eingesetzt.

DÉI GRÉNG unterstützen größtenteils die im Audit festgehaltenen Verbesserungsvorschläge. So ist als erster Schritt die Ausarbeitung eines «Leitbildes natürliche Umwelt» und dessen Integration in den Nationalen Plan für eine nachhaltige Entwicklung geboten. Danach sind nicht nur die richtigen Instrumente zur Erreichung der festgehaltenen Ziele zu entwickeln, sondern auch dafür Sorge zu tragen, dass die öffentlichen Finanzmittel korrekt eingesetzt werden.

Da viele Missstände auf strukturelle Probleme zurückzuführen sind, fordern wir eine Lösung des Naturschutzdienstes aus der Forstverwaltung und die Schaffung einer eigenen Abteilung innerhalb der Umweltverwaltung. In der Praxis stellen wir uns auf regionaler Ebene multidisziplinäre Teams vor, welche in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden, den Förstern und Försterinnen, den Umweltschutzorganisationen und den Eigentümern und Eigentümerinnen den Naturschutz aus der defensiven Ecke herausführen und endlich der Bevölkerung die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer diversifizierten Natur und Landschaft klar machen. Dies scheint uns der einzige Weg zu sein, um nicht nur die vorgesehenen europäischen und nationalen Schutzgebiete endlich auszuweisen, sondern auch nach und nach, vor allem über die konkrete Umsetzung der Grünpläne, zu Naturschutz auf der ganzen Fläche zu gelangen.

Mit einem Drittel der Landesfläche stellt der Wald einen wichtigen Umweltfaktor und ein großes Wirtschaftspotential dar.

Den Wald durch naturnahe Bewirtschaftung schützen

Aber die Verschlechterung der Luftqualität hat dem Wald in den letzten Jahrzehnten arg zugesetzt. Sein Gesundheitszustand hat sich auch in den vergangenen Jahren nicht verbessert. Noch immer sind viele Bäume krank, weil die Schadstoffemissionen von Industrie, Verkehr und Haushalten kaum abgenommen haben. Die Verminderung dieser Luftschadstoffe ist die erste Voraussetzung für die Eingrenzung des Waldsterbens.

Daneben kann aber auch eine naturnahe Bewirtschaftung dazu beitragen, den Wald besser vor negativen Umwelteinflüssen zu schützen. Diese, nicht nur auf maximale Erträge ausgerichtete Wirtschaftsweise, ist prioritär in allen öffentlichen Wäldern umzusetzen. Daneben sollen Alt- und Totholzinseln geschaffen und für jede der typischen Luxemburger Waldgesellschaften, Reservate einer gewissen Größe ausgewiesen werden. Wir sind nicht gegen eine Tourismuserschließung unseres Waldes, falls sie auf vorsichtige und schonende Weise geschieht.

Das Effektiv der Förster und Försterinnen soll auf die gesetzlich verankerte Zahl von 85 Beamten und Beamtinnen aufgestockt, und ihre Ausbildung dem europäischen Niveau angepasst werden. Den Privatwaldbesitzern und -besitzerinnen soll ein effizienter Beratungsdienst angeboten werden.

Luxemburg ist ein vergleichsweise großer Holzproduzent. Leider wird ein Großteil davon zu Billigpreisen ins Ausland exportiert, im Gegenzug dazu müssen wir die meisten fertigen Holzprodukte importieren, weil unser Land (fast) kein holzverarbeitendes Gewerbe besitzt. Hier ist der Staat gefordert, durch geeignete Anreize dafür zu sorgen, daß wir einen weitaus größeren Teil unseres wertvollen Holzes selbst weiterverarbeiten und verwerten. Der Aufbau einer Holzbörse wäre ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung.

Der Bau von Holzhackschnitzelanlagen kann zu einer umweltgerechten Nutzung des Schwachholzanteils und zur Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen im ländlichen Raum führen.

Luxemburg trägt durch seinen hohen Holz- und Papierverbrauch Mitschuld an der weltweiten Zerstörung der letzten Urwälder. Durch eine strikte Produktkennzeichnung, die verstärkte Verwertung von einheimischen Hölzern und Recyclingpapier kann unser Land dazu beitragen, den Raubbau in anderen Erdteilen einzuschränken.

Der Landverbrauch ist in Luxemburg nach wie vor sehr hoch. Durch Straßenbau, Ausweisen von Industriezonen, sowie unkontrollierte Zersiedelung der Landschaft werden Jahr für Jahr Hunderte von Hektar Boden versiegelt. Unsinnige Bau- und Verkehrsplanungen sollen durch ein Abgabensystem, berechnet nach der versiegelten Fläche, eingedämmt werden. Um die Spekulation innerhalb der Bauperimeter einzudämmen und eine rationellere Nutzung der Flächen bei Siedlungserweiterungen herbeizuführen, ist

Sparsam mit dem Boden umgehen

eine tiefgreifende Reform der Grundsteuer notwendig. Generell sollen die Böden vor Erosion, Übernutzung und schädlichen Einbringungen durch ein Bodenschutzgesetz geschützt werden.

Die industrielle Entwicklung und die daraus resultierenden massiven Immissionen sowie die Ausbringung von Klärschlämmen haben zu einer bedrohlichen Verseuchung von brauchbarem Ackerland mit hochgiftigen Dioxinen und Schwermetallen geführt. DÉI GRÉNG fordern die Aufstellung eines Belastungskatasters der einheimischen Böden sowie, im Rahmen der Landesplanung, einen Schutzplan für wenig belastete Ackerböden.

Wasserqualität verbessern

Seit ein paar Jahren nimmt der Anteil an stark verschmutzten Gewässern wieder zu. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass in den größeren Kläranlagen die dritte Reinigungsstufe fehlt. Daneben sind verschiedene Gegenden (Mosel, Stausee) noch immer ohne biologische Kläranlage. Dieser Nachholbedarf muss so schnell wie möglich aufgearbeitet werden. DÉI GRÉNG treten für die Einführung einer einheitlichen Abwasserabgabe für Haushalte und Industrie ein, welche die jetzigen kommunalen Taxen ersetzen soll, und so ausgelegt ist, dass die Gemeinden motiviert sind, sich an einer modernen Abwasserreinigung zu beteiligen.

Im Trinkwasserbereich sind endlich die im Wasserschutzgesetz von 1993 vorgesehenen Quellschutzzonen auszuweisen. Anstatt das mit Nitraten belastete Wasser mit weniger belastetem zu vermischen, um so die EU-Grenzwerte für Trinkwasser einzuhalten, soll in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft, so wie das in verschiedenen Pilotprojekten mit Erfolg gezeigt wurde, die Belastung des Wassers reduziert werden. Wassersyndikate, wie z.B. der SEBES, der für 2/3 der Luxemburger Trinkwasserversorgung verantwortlich ist, sollten aufgefordert werden präventiven Wasserschutz zu betreiben.

Zur Eindämmung von Überschwemmungen sehen wir die Renaturierung der Wasserläufe und die Wiederherstellung ihrer natürlichen Überschwemmungsgebiete als vorrangige Maßnahmen an.

Luft zum Atmen

Auch wenn es in der Vergangenheit Verbesserungen im Bereich verschiedener Luftschadstoffe (z.B. Schwefeldioxide) gegeben hat, so ist das noch kein Grund Entwarnung zu geben, besonders weil die Belastung mit den höchstgefährlichen, weil lungengängigen, Feinstäuben (kleiner als 10 Mikrometer), in luxemburgischen Städten viel zu hoch bleibt. Der seit langem angekündigte Luftreinhalteplan muss endlich Wirklichkeit werden.

Was die Verursacher anbelangt, stellt man fest, daß der Straßenverkehr immer maßgeblicher zur Luftverschmutzung beiträgt. Alle bisherigen Studien haben bewiesen, daß auch die hohen Konzentrationen an gesundheitsgefährlichem Bodenozon hauptsächlich vom Straßenverkehr verursacht werden. Die gleichen Studien belegen, daß Fahrverbote,



verglichen mit anderen Maßnahmen wie (freiwilligen) Tempolimits, am stärksten zu einer bedeutenden Emissionsminderung beitragen können. Eine ILRES-Umfrage von DÉI GRÉNG hat ergeben, daß 73% der Leute der Meinung sind, daß die Regierung nicht genug unternommen hat, um die Ozonwerte herabzusetzen. Wir schlagen deshalb vor, autofreie Sonntage einzuführen, falls die Ozonwerte eine festgesetzte Höchstgrenze überschreiten. Das Fahrverbot soll zwischen 5 Uhr morgens und 22 Uhr abends gelten. Werktätige und Rettungsdienste sollen selbstverständlich von diesem Fahrverbot ausgenommen sein; der öffentliche Personennahverkehr soll wie an Werktagen funktionieren und zwar gratis.

Viele Menschen empfinden den zunehmenden Lärm als eine schwere Belastung und als eine dementsprechende Minderung der Lebensqualität. Zurecht fühlen sie sich gestört und belästigt durch den erhöhten Verkehrslärm, mancherorts und zu gewissen Zeiten durch Gewerbe- und Baulärm oder durch Lärm aus dem Wohn- und Freizeitbereich.

Ruhe schaffen

Nur durch eine integrierte Vorgehensweise wird es möglich sein, diese Lärmquellen zu eliminieren oder wenigstens teilweise einzudämmen. DÉI GRÉNG treten ein für schärfere Auflagen bei Genehmigungsverfahren und strengere Kontrollen von Betrieben und Anlagen, für ein präventives Vorgehen beim Bau von Siedlungen und bei der Verkehrsplanung, für verkehrs- und lärmberuhigende Maßnahmen in den Ortschaften sowie für ein entschiedenes Vorgehen gegen rücksichtslosen Nachtlärm und lärmzeugende Freizeitaktivitäten (Schießstände, Motorsport, usw).

DÉI GRÉNG treten dafür ein, Tieren ein eigenständiges Recht als Lebewesen einzuräumen. In diesem Sinne wollen wir, dass national und europaweit die Voraussetzungen für eine deutliche Reduzierung von Tierversuchen geschaffen werden.

Tiere achten

Nur dann kann eine Abwägung zwischen Tierschutz und dem Grundrecht auf Forschungsfreiheit auf einer für uns akzeptablen Basis erfolgen. Alle Möglichkeiten zur Reduzierung von Tierversuchen sind konsequent auszuschöpfen.

Wir lehnen Genmanipulation, das Klonen von Tieren und die Nutzung von genmanipulierten Tieren als "Ersatzteillager" aus gesundheitlichen und ethischen Gründen ab.

Wir fordern eine artgemäße Tierhaltung in allen Bereichen. Zucht, Handel und Haltung von Tieren sind weitestgehend auf domestizierte Tierarten zu begrenzen. Artgerechte und bodengebundene Tierhaltung ist aus ökologischen und ethischen Gründen untrennbarer Bestandteil einer umweltfreundlichen Landwirtschaft.

Auch beim Tiertransport müssen dringend einschneidende Maßnahmen getroffen werden. Die aktuellen europäischen Regelungen ermöglichen – teilweise fördern sie sogar – Transportmethoden, welche pure Tierquälerei sind.



DÉI GRÉNG sind nicht für ein generelles Jagdverbot. Mißstände und Auswüchse im Jagdwesen sind aber zu unterbinden. Eine Reform des Jagdgesetzes von 1885 ist dringend angebracht.

International ist Artenschutz oberstes Leitmotiv grüner Tierschutzpolitik.

IV. Gesellschaftspolitik

Sollen sich die Bürger und Bürgerinnen dem Staat anpassen oder der Staat den Bürgern und Bürgerinnen? So gestellt, scheint die Antwort auf diese Frage einfach. Natürlich soll sich der Staat den Bedürfnissen der Bürger und Bürgerinnen anpassen und nicht umgekehrt. Doch trifft diese Antwort, die eine reale und legitime Anspruchshaltung der Bürger und Bürgerinnen spiegelt, auch auf unsere Realität zu? Wir meinen: Nein. Diese Diskrepanz zwischen Erwartungshaltung und Realität existiert auf drei verschiedenen, aber sich ergänzenden Ebenen: jener, wo Bürger und Bürgerinnen an der aktiven, inhaltlichen Ausgestaltung ihres Staates beteiligt sein sollen, jener, wo Bürger und Bürgerinnen Dienste vom Staat in Empfang nehmen sollen und jener, wo der Staat die Rolle einzelner Bürger- und Bürgerinnengruppen und damit auch ihre Beziehungen zueinander regelt.

Das politische System in Luxemburg ist das der parlamentarischen Demokratie. DÉI GRÉNG beanstanden seit ihrer Gründung im Jahre 1983, dass in Luxemburg die parlamentarische Demokratie sich zu einer formalen, oft sterilen Demokratie entwickelt hat. Wir stellen das Parteiensystem und den von ihm stark geprägten Staat nicht fundamental in Frage, denn Parteien leisten einen wichtigen Beitrag zur Meinungsbildung breiter Bevölkerungsschichten und zur Stabilisierung unserer demokratischen Grundwerte.

**Bürgerrechte, Demokratie
und öffentliche Sicherheit**

Die aktive Ausgestaltung



Wir stellen aber das Parteiensystem dort in Frage, wo es andere Formen von individuellen oder kollektiven Meinungsäußerungen versucht auszuschließen. Parteien sind nicht die einzige Form der kollektiven Meinungsbildung. Sehr breite Bevölkerungsschichten sind in Vereinigungen, mit oder ohne legalem Statut, organisiert: Umweltvereinigungen, Vereinigungen mit sozial- oder gesellschaftspolitischen Zielsetzungen u.a. Diese Menschen suchen auch Antworten auf die Fragen unserer Gesellschaft. Die von CSV und LSAP geführten Regierungen haben diesen Vereinigungen bei wichtigen Fragen kein Gehör geschenkt. Traurigstes Kapitel und dramatischer Höhepunkt dieser Geschichte ist ohne Zweifel die Missachtung, mit der all jene Menschen, die sich für den Erhalt des *Gréngewald* eingesetzt haben, von der Regierung und von Bautenminister Goebbels gestraft wurden.

Genauso abwegig scheint uns der von der Regierung wiederholt betretene Pfad einer Instrumentalisierung dieser Vereinigungen. DÉI GRÉNG sind der Meinung, dass der Staat den „mündigen Bürger“ fördern soll. Nicht nur durch Berücksichtigung bei Entscheidungsprozessen, sondern auch durch die aktive Förderung schon im Schulalter. Politische Bildung ist nicht (nur) Privatsache. Sie muss gefördert werden. Auch und gerade vom Staat. Auch wenn es mal nicht passt!

Viel Gehör bei der Regierung finden zwar die Patronatsvereinigungen und die Gewerkschaften. Doch auch bei der Tripartite ist eine Instrumentalisierung durch die Regierung unverkennbar. Die Legitimation der Tripartite sollte also immer dann hinterfragt werden, wenn von direkt betroffener Seite versucht wird, die Befugnisse des Parlaments und anderer Beteiligten am Gesetzgebungsprozess zu beschneiden.

Bürger und Bürgerinnen als Dienstleistungsempfänger und -empfängerinnen

Eine Zentralisierung der staatlichen Stellen ist weder modern, noch ökologisch sinnvoll, noch sozial gerecht, da nicht alle Menschen über die gleiche Mobilität verfügen. Das Schlagwort der Dezentralisierung muss endlich mit Inhalt gefüllt werden. Wir fordern eine konkrete Umsetzung der Dezentralisierung. Diese Dezentralisierung ist auch Bestandteil einer modernen Landesplanung. Dezentralisierung in die Region oder in die Gemeinde reicht alleine aber nicht aus. DÉI GRÉNG schlagen eine Vereinfachung und Uniformisierung der Verwaltung vor. Nach dem Modell des *guichet unique* für kommunale Sozialleistungen kann auch auf staatlicher Ebene eine wesentliche Verbesserung für die Bürger und Bürgerinnen vorgenommen werden. Auch diese Maßnahmen sind Bestandteil einer verstärkten Transparenz beim Staat. Wir wollen den gläsernen Staat - nicht die gläsernen Bürger und Bürgerinnen!

Welche Bürger und Bürgerinnen braucht das Land?

DÉI GRÉNG haben sich seit ihrer Gründung konsequent für die Bürgerrechte eingesetzt. Unser Gesellschaftsbild umfasst alle Bürger- und Bürgerinnengruppen. Unsere Prinzipien sind Gleichberechtigung, Solidarität, Erweiterung der demokratischen Partizipation und Schutz der Bürgerrechte. Wir sind für ein gleichberechtigtes Neben- und Miteinander aller Bürger- und Bürgerinnengruppen. Der Staat irrt, wenn er über Regeln und Verbote



ein anderes Zusammenleben vorschreibt. Die unterschiedlichen Rechtslagen auf Grund derer Luxemburger und Luxemburgerinnen, EU-Ausländer und EU-Ausländerinnen sowie Nicht-EU-Ausländer und Nicht-EU-Ausländerinnen im Immigrationsland Luxemburg zusammenleben, haben unser Staatsgefüge nicht unstabil gemacht. Allerdings konnte die Gesellschaft auf diese Weise auch nicht zu einem Ganzen zusammenwachsen.

Welche Bürger und Bürgerinnen braucht das Land? Alle, sagen DÉI GRÉNG.

Das Eintreten für Bürgerrechte ist eine Wurzel grüner Politik. Dem Abbau bürgerrechtlicher Standards und dem Staatsverdrub wollen wir mit einer Demokratieoffensive begegnen. Die direkte Einflußnahme auf politische Entscheidungen, gerade zwischen Wahlen, zum Beispiel durch Volksentscheid, sowie ein Recht auf Akteneinsicht stärken das Vertrauen in die Demokratie.

Die aktive Teilnahme an politischen Entscheidungen und die Transparenz staatlichen Handelns sind wichtiger denn je.

Für Ausbau und Entwicklung der Demokratie ist unverzichtbar, daß jeder Mensch frei und ungehindert seine Meinung öffentlich äußern und verbreiten, demonstrieren und protestieren kann. Demokratie braucht ein Klima der Toleranz und die Achtung der Bürgerrechte aller. Allerdings haben Meinungskundgabe und Demonstrationsfreiheit da ihre Grenze, wo Menschen das Existenzrecht oder die Menschenwürde abgesprochen werden.

Mehr Demokratie und demokratische Kontrolle fordern wir gerade auch für die Europäische Union (siehe Außen- und Sicherheitspolitik).

Durch die uneingeschränkte Möglichkeit des *Panachierens* hat sich über die letzten Jahrzehnte – Tendenz steigend – ein extrem personenbezogenes System aufgebaut. Individuelle Popularität verdrängt zusehends die politische Kompetenz und die politischen Inhalte. Diese Entpolitisierung der Wahlen ist bedenklich für die weitere Entwicklung unserer demokratischen Gesellschaft. Zudem profitieren Männer weit mehr als Frauen von diesem System der «Notabilitäten».

DÉI GRÉNG wollen diesen Trend umkehren und fordern eine tiefgehende Debatte über unser Wahlsystem.

Wir wollen eine Stärkung der politischen, inhaltlichen Auseinandersetzung und Strukturen schaffen, die das Austragen des politischen Disputs innerhalb der Gesellschaft fördern. Wir wollen ein modernes Wahlsystem, das Kompetenz, Engagement und Verantwortungsbewusstsein wieder stärker in die (kommunalen und nationalen) Parlamente befördert. Wir wollen ein Wahlsystem, das Frauen zur Hälfte der Mandate in den Parlamenten verhilft. Diese Veränderungen bedürfen einer breiten Debatte und eines neuen gesellschaftlichen Konsens'.

Bürgerrechte und Demokratie ausbauen

Für eine Reform des Wahlggesetzes

Ein Instrument um diesen neuen Ansprüchen gerecht zu werden, ist ein neues Wahlgesetz mit eingeschränkter Möglichkeit des Panachierens, zumindest teilweise «blockierten» Listen (verbindliche Festlegung der Reihenfolge der Kandidaturen durch die Parteien) und der obligatorischen Quotierung der Wahllisten im Reißverschlussystem.

Dieses neue Wahlsystem bedingt eine Debatte über die Rolle und den Stellenwert der politischen Parteien. Parteien tragen wesentlich zum Meinungsbildungsprozess einer Gesellschaft bei. Demokratie hat ihren Preis. Das Parteiensystem auch. Die bestehende Finanzierung der parlamentarischen Fraktionen reicht nicht aus. Politik stärken heißt auch die Gesellschaft stärken. Dabei sollten besonders auch die bestehenden Vereinigungen (Umwelt, Dritte Welt, Sozialbereich) berücksichtigt werden. Dies ist weit mehr als nur eine Rückerstattung von Wahlkampfkosten durch die öffentliche Hand.

Eine transparente und bürgernahe Verwaltung

Die notwendige Modernisierung des Staates ist nicht denkbar ohne engagiert handelnde Verwaltung. Dies umso mehr, als die Zahl der in Luxemburg lebenden Menschen jedes Jahr zwischen 3.000 und 5.000 Einheiten wächst. Die nötigen quantitativen Anpassungen erfordern einen kräftigen Schuss dezentrales Denken und Handeln. Benötigt werden aber auch qualitative Verbesserungen wie die konsequente Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien wie *internet* oder *e-mail*. Das Leitbild der Verwaltung muß sich insgesamt an der Dienstleistung für Bürger- und Bürgerinneninteressen orientieren. Der Abbau einer umständlichen Bürokratie reduziert die finanziellen Belastungen der öffentlichen Haushalte. Wir wollen Anreize zum Sparen bieten und Mittelverschwendung verhindern. Möglich wird dies durch Standards der Effizienz, dezentrale Organisation und vorausschauende Darstellung der Kosten sowie durch Zeit- und Qualitätsmanagement.

Verwaltungsreform zur Verbesserung der Qualität des öffentlichen Dienstes

DÉI GRÉNG wollen den Ausbau der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst und eine Verbesserung der beruflichen Weiterbildungsmöglichkeiten der Beamten und Beamtinnen sowie der Arbeiterinnen und Arbeiter. In diesem Kontext wollen wir die Schaffung eines Bildungsurlaubs für die Bediensteten. Wir treten ein für die Förderung der beruflichen Weiterbildung der öffentlichen Bediensteten durch Anrechnung der Weiterbildungsanstrengungen in der Laufbahn des Beamten, der Beamtin sowie des Arbeiters oder der Arbeiterin. Wichtig ist auch der Abbau staatlicher Bürokratie durch Vereinfachung der administrativen Wege und größere Transparenz in den Verwaltungsabläufen. Es gilt eine effiziente Kommunikationspolitik im öffentlichen Dienst aufzubauen. In diesem Sinne muss die gesamte öffentliche Verwaltung auf qualitative Weise mit neuen Technologien ausgestattet werden.



Die vom Parlament eingesetzte Spezialkommission zur Untersuchung von Unregelmäßigkeiten vor allem, aber nicht nur, im Gesundheitsministerium, hat so manches ans Licht befördert: desorganisierte Ministerien und Verwaltungen, Machtmissbrauch hoher Regierungsbeamten, Missachtung der *numerus-clausus*-Prozedur, Vetternwirtschaft, Abwicklung staatlicher Finanztransfers über befreundete Vereinigungen (*asbl*) vorbei an der demokratischen Kontrolle von Parlament und Kontenkammer.

DÉI GRÉNG haben sich von Anfang an für eine schonungslose Aufklärung aller Mißstände eingesetzt und wesentlich dazu beigetragen, dass die politisch Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen wurden.

Wir haben die Schlussfolgerungen des Spezialausschusses mitgetragen, in denen eine Reihe von Maßnahmen als dringend notwendig empfohlen wurden:

- eine Reform der staatlichen Buchhaltung sowie der Kontenkammer;
- eine Klärung betreffend Artikel 99 der Verfassung und der Erteilung staatlicher Aufträge;
- eine Neubewertung des *numerus clausus*;
- eine Regelung der Zusammenarbeit mit Studienbüros;
- eine Infragestellung der Ämterhäufung bei hohen Staatsbeamten und -beamtinnen;
- ein Finanzierungsgesetz zum Spitalplan;
- eine Grundsatzdebatte über den gesamten konventionierten Sektor;
- eine grundlegende Verwaltungsreform mit einer klaren Definierung der Aufgabengebiete der einzelnen Beamtinnen und Beamten.

Leider haben die Mehrheitsparteien durchgesetzt, dass der Spezialausschuss aufgelöst wurde. Damit wurde verhindert, dass die Umsetzung dieser Forderungen überwacht wird, mit dem Resultat, dass die Regierung bis heute den oben erwähnten Schlussfolgerungen nur punktuell Rechnung getragen hat. DÉI GRÉNG werden aber weiterhin die konkrete Verwirklichung aller Massnahmen einklagen, weil sie eine wichtige Grundlage für mehr Transparenz im Staat sind.

Spätestens seit der rezenten Aufdeckung von Unregel(recht)mäßigkeiten in den verschiedenen Ministerien wurde deutlich, dass eine strikte Trennung der politischen von den normalen Tagesgeschäften in der öffentlichen Verwaltung notwendig ist. Die direkte, offensichtliche Vermischung von Parteiinteressen mit den administrativen Aufgaben von verschiedenen hohen Verwaltungsbeamten und -beamtinnen sind nicht vereinbar mit einem transparenten, auf Neutralität verpflichteten Staat. Hinzu kommt noch, dass besagte Beamte und Beamtinnen oft ihre hohen Stellen im Staatsapparat mit anderen Posten in den verschiedensten Verwaltungsräten kumulieren.

Der «dysfunktionierende» Staat

Politisierung der Verwaltung

DÉI GRÉNG schlagen deshalb eine Veränderung auf zwei Ebenen vor, damit die Verwaltung transparenter und neutraler funktioniert. Dies ist im Interesse der aus demokratischen Wahlen hervorgegangenen politischen Mehrheiten, da somit die legitimen politischen Vorhaben der jeweiligen Regierungen effizienter umgesetzt werden können. Hohe Beamte oder Beamtinnen der Verwaltung dürfen nicht durch Ämterkumul und politische Bevormundung zu polyvalenten Politbeamten und -beamtinnen der Parteien werden. Wir fordern ein Verbot des Ämterkumuls für hohe Beamte und Beamtinnen und eine Einhaltung der im Beamtenstatut strikt vorgeschriebenen politischen Neutralität in der Ausübung ihrer beruflichen Funktion.

Eine Regierung braucht natürlich auch direkte, politische Berater und Beraterinnen. Wir schlagen daher vor, dass jeder Minister und jede Ministerin über ein politisches Kabinett von 2 bis 3 Personen pro Ministerium verfügt. Diese sollen für eine begrenzte Zeit eingestellt werden (in der Regel für die Mandatsdauer ihrer Minister und Ministerinnen). Sie haben keine Ordnungsbefugnisse in der Verwaltung.

Reform der Chamber

Wir brauchen eine moderne und transparente *Chamber*. In diesem Sinne darf sich die Renovierung nicht auf das Parlamentsgebäude beschränken. DÉI GRÉNG sind der Meinung, dass das Abgeordnetenhaus sich selbst die nötigen Mittel geben muss um ihre wichtige Aufgaben im Interesse der Bürger und Bürgerinnen zu erfüllen. Sie muss aber auch wieder den direkten und verständlichen Dialog zum Bürger und zur Bürgerin finden und ihre Entscheidungen und Strukturen möglichst transparent gestalten

Service de renseignements

Unter dem Vorwand der Landesverteidigung wurde seinerzeit hierzulande ein *Service de renseignements* aufgebaut mit u.a. dem Ziel, kritische Menschen und Organisationen zu überwachen. Durch das berüchtigte *Ooflauschtergesetz* von 1982 wurden die Kompetenzen dieses Dienstes noch erweitert. Somit sind der täglichen Überwachung der Bürgerinnen und Bürger durch eine Dienststelle, die dem Staatsminister allein untersteht, keine erkennbaren Grenzen gesetzt. Dies umso mehr als richterliche oder parlamentarische Kontrolle ausgeschaltet ist.

Wir sind auch gegen das Abhörsgesetz, weil es in wesentlichen Punkten gegen die Luxemburger Verfassung (Garantie des Briefgeheimnisses, Prinzip der Unverletzlichkeit der Wohnung ...) und die europäische Menschenrechtskonvention (Rekursrecht vor einer nationalen Gerichtsinstanz ...) verstößt.

Wir sind der Meinung, dass das *Ooflauschtergesetz* zum Überwachungsstaat führen kann, und deshalb mitsamt dem demokratisch nicht legitimierten Spitzeldienst abgeschafft werden muss.

Freie Religionsausübung und Weltanschauung sind Grundrechte und müssen es auch bleiben. Bei der Frage des Verhältnisses zwischen Staat und Kirchen geht es also nicht um die Berechtigung und die Inhalte des religiösen Glaubens, sondern um rechtsstaatliche Prinzipien. DÉI GRÉNG sind der Meinung, dass die religiöse Praxis Privatsache ist und keineswegs von einem anzustrebenden laizistischen Staat organisiert und finanziert werden sollte. Anstatt den *status quo* zu zementieren, wie es die Regierungskoalition mit den laufenden Konventionen getan hat, tut Entflechtung zwischen Staat und Kirchen not.

Als Übergangsphase zu einem laizistischen Staat schlagen DÉI GRÉNG 3 Maßnahmen vor:

- als Vorbedingung für jede Neudefinition des Verhältnisses zwischen Staat und Kirchen fordern DÉI GRÉNG die absolute Transparenz in der Frage der kirchlichen Besitzverhältnisse und der bisherigen staatlichen und kommunalen Finanzaufwendungen. Unabhängige Finanzprüfer und -prüferinnen sollen beauftragt werden, ein umfassendes und detailliertes Audit zu erstellen;
- der laizistische Staat wird nicht von heute auf morgen verwirklicht werden können und gewiss nicht durch eine abrupte Trennung. Prioritär muss das Problem der finanziellen Subventionen des Staates an die Kirchen gelöst werden. Unter der Voraussetzung, dass das Konkordat von 1801 (!) und die Konvention von 1998 vom Luxemburger Staat aufgekündigt werden, schlagen DÉI GRÉNG deshalb vor, sich vorübergehend in der Frage der Kirchensteuer an bestehenden ausländischen Modellen (z.B. dem italienischen, spanischen oder deutschen) zu orientieren, die alle den Vorteil haben, dass der/die Einzelne frei entscheiden kann, was mit seinem/ihrem Steueranteil geschehen soll;
- DÉI GRÉNG halten die vorgenommene Reform des Primärschulgesetzes von 1912, welche die Abschaffung der Dispens und die Institutionalisierung eines sogenannten Laienmoralurses neben dem Religionsunterricht beinhaltet, für politisch falsch. Für den Primär- und Sekundarunterricht verlangen wir die sofortige integrale Wiedereinführung der 3. Möglichkeit, das heißt der Dispens.

Kurzfristig sehen DÉI GRÉNG als Ersatz für den Religionsunterricht die Verallgemeinerung des Sozialkundeunterrichts, welcher – weder religiös noch ideologisch gefärbt - die jungen Menschen darauf vorbereitet, emanzipierte Bürgerinnen und Bürger zu werden.

Die Ängste der Menschen, Opfer einer Straftat werden zu können, nehmen DÉI GRÉNG ernst. Die Furcht vor Kriminalität führt insbesondere bei Frauen, älteren Menschen und Kindern zu Mobilitätseinschränkungen. Das darf nicht sein, denn Sicherheit und Angstfreiheit sind menschliche Grundbedürfnisse.

Jedoch setzen DÉI GRÉNG weniger auf Repressionsstrategien, die nur Symptome bekämpfen, aber die Probleme nicht lösen können, als auf präventive Sicherheitsarbeit, welche sich mit den Ursachen der (wachsenden ?) Kriminalität beschäftigt: Verarmung

Schritte zu einem laizistischen Staat: Zum Verhältnis von Kirchen und Staat

Öffentliche Sicherheit durch Prävention

und Verschuldung ganzer Bevölkerungsteile, mangelnde Perspektiven für Jugendliche, Ellbogenmentalität, Entsolidarisierung, Entvölkerung der Stadtzentren u.a.

Im Rahmen einer bürgernahen Sicherheitspolitik zum Schutze der Schwachen kann eine verstärkte Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum durchaus hilfreich sein.

Ernsthafte Vorbeugung kann aber nur auf Konzepten fußen, welche die unterschiedlichen Aufgaben von Sozialarbeit, Polizeiarbeit und Bürgerverantwortung im Konsens regeln.

DÉI GRÉNG treten ein für sozialpädagogisch orientierte Sicherheitspartnerschaften, in denen auf präzise bestimmten Ebenen, Bürger und Bürgerinnen, Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen und Polizei sinnvoll zusammenarbeiten können, um präventiv die Handlungsspielräume möglicher Deliktgruppen einzuengen.

Fusion von Gendarmerie und Polizei

DÉI GRÉNG begrüßen das Prinzip der vorgesehenen Fusion und einer umfassenden Regionalisierung der Sicherheitskräfte, die noch vor den Parlamentswahlen verabschiedet werden sollen. Unabhängig von einzelnen Kritikpunkten an dem vorliegenden Gesetz wollen DÉI GRÉNG aber von Beginn an darauf aufmerksam machen, dass diese Reform nur dann von Erfolg gekrönt sein kann, wenn dem neuen Korps erweiterte Rekrutierungs- und verbesserte Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten eröffnet werden. Nur durch solche konkreten Maßnahmen kann in den Augen von DÉI GRÉNG das *Image* der Polizei verbessert und eine moderne Polizei geschaffen werden, die sowohl präventiv als auch repressiv wirksam werden kann.

Im Zusammenhang mit der zunehmenden Internationalisierung der Kriminalität sehen DÉI GRÉNG durchaus die Notwendigkeit verstärkter polizeilicher Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinaus. DÉI GRÉNG haben aber, wie die Fraktion der Grünen im Europaparlament, eine Reihe von schwerwiegenden Vorbehalten gegenüber der neuen EUROPOL-Konvention, vor allem auf dem Gebiet der ungenügenden demokratischen Kontrollmöglichkeiten sowie auf dem Gebiet des Datenschutzes und der Transparenz. Hier sind auf jeden Fall Nachbesserungen geboten, damit Überwachung von Kriminalität nicht in politisch-polizeiliche Überwachung mündet.

Strafvollzug

Mehr als 400 Inhaftierte gab es 1996 in den Anstalten von Schrassig und Givenich, davon etwa die Hälfte wegen Drogendelikten. Die Überbelegung der Zellen und die Vermischung von Schwerverbrechern mit Häftlingen, die zu kurzen Gefängnisstrafen verurteilt wurden (unter ihnen auch viele Minderjährige mit ganz spezifischen Bedürfnissen) sind mitverantwortlich für den schlechten Zustand des Luxemburger Strafvollzugs.

Um bestehenden Mißständen entgegenzuwirken, müsste eine Trennung des Hochsicherheitstraktes von den normalen Haftanstalten durchgeführt werden zu Gunsten kleinerer Haftenheiten mit spezifischen Aufgaben (z.B. ein Frauenhaus mit Rooming-In oder spezielle Jugendhäuser).



DÉI GRÉNG fordern eine Aufstockung des Personals, qualitative Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Inhaftierten, insbesondere für schulpflichtige Jugendliche und Frauen sowie Therapiestellen für drogenabhängige Inhaftierte.

DÉI GRÉNG fordern auch die Schaffung einer offenen Strafvollzugsanstalt für Frauen nach dem Modell der Givenicher Anstalt.

Damit der Start ins neue Leben gelingen kann, müssen Inhaftierte angemessen bezahlt werden für die während ihrer Haftzeit geleisteten Arbeit. Dazu gehört auch eine enge Betreuung durch den SCAS (*Service central d'assistance sociale*) während der Resozialisierungsphase. Die personelle Unterbesetzung des SCAS lässt dies zur Zeit nicht zu. Dringend benötigt werden auch Häuser und andere Unterkünfte für Haftentlassene. Desgleichen müssen im parastaatlichen Bereich Arbeitsplätze verfügbar sein für den neuen, zeitlich begrenzten Start ins Berufsleben von entlassenen Häftlingen.

Der Beschluss eines neuerlichen Ausbaus der Schrassiger Haftanstalt hat keine prinzipielle Veränderung des Umgangs mit Straffälligen gebracht. Materiellen Verbesserungen auf Ebene der Infrastruktur steht die Tatsache gegenüber, daß mit dieser Erweiterung die ohnehin schon überdimensionierte Haftanstalt noch mehr zu einem Massenbetrieb wird, in dem eine personalisierte Betreuung der Gefangenen immer schwieriger wird. DÉI GRÉNG werfen die Frage auf, ob zwei Anstalten mit humanen Dimensionen nicht einer vergrößerten Anstalt vorzuziehen sind.

Der demokratische Konsens einer Gesellschaft zeigt sich daran, wie sie mit Minderheiten umgeht. Zu einem Miteinander ohne Angst gehört, daß Asylsuchenden, Flüchtlingen und Migrantinnen ein sicherer rechtlicher Status garantiert wird. Wir brauchen ein Flüchtlingsrecht, das Flüchtlinge effektiv schützt und das Recht auf Asyl sichert, ein humanes Niederlassungs- und Einwanderungsrecht und ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht.

Miteinander in Solidarität und Gleichberechtigung

DÉI GRÉNG haben die europäische Charta der politischen Parteien für ein Europa ohne Rassismus unterschrieben. Unsere Unterschrift bestätigt unser anti-rassistisches Engagement und sie ist gleichzeitig auch eine Verpflichtung für die Zukunft. Unsere Politik wird an diesem Anspruch gemessen werden.

Integration durch Mitbestimmung

Luxemburg ist seit Jahren ein Einwanderungsland mit einem positiven Migrationsaldo in Höhe von einigen tausend Menschen. Trotz dieser unbestreitbaren Tatsache betreibt Luxemburg keine eigenständige Integrationspolitik. Die von den aufeinander folgenden Regierungen in den letzten Jahrzehnten betriebene Immigrationspolitik stand stets im Widerspruch zu einer vollen, gesellschaftlichen und politischen Integration. Den nicht luxemburgischen Bürgern und Bürgerinnen wurden stets die gleichen Pflichten auferlegt

wie den luxemburgischen Staatsangehörigen; ihnen wurden jedoch nicht dieselben Rechte zuerkannt. Der europäische Integrationsprozess hat die Lage der hier ansässigen EU-Ausländer und -Ausländerinnen zwar spürbar entspannt, faktisch bleibt ihre Lage aber sehr oft wenig zufriedenstellend. Zudem bleiben die Staatsangehörigen aus Drittländern weiterhin von diesen Verbesserungen ausgeschlossen.

DÉI GRÉNG setzen sich für eine Integrationspolitik ein, die auf einer gegenseitigen, dynamischen und voluntaristischen Anerkennung gründet. Eine Politik, die auf das Verbleiben in Luxemburg ausgerichtet ist und nicht auf die Rückkehr in das Herkunftsland. Gleiche Pflichten – gleiche Rechte. Dies muss für alle Einwohner und Einwohnerinnen des Großherzogtums gelten, ob sie aus einem Mitgliedstaat der EU stammen oder aus einem Drittland. Dieser leitende Gedanke darf nicht nur seinen Niederschlag in den Gesetzen finden. Die Gesetze müssen auch den Test der Realität bestehen.

Politische Beteiligung

DÉI GRÉNG sind für die Ausdehnung des aktiven und passiven Wahlrechts auf kommunaler Ebene auf Nicht-EU-Bürger und -Bürgerinnen, dies ab den nächsten Kommunalwahlen im Jahre 2005. Wir möchten die Fristen zur Erhaltung des aktiven und passiven Wahlrechts auf 3, bzw. 5 Jahre herabsetzen. Wir setzen uns ein für die Abschaffung des nicht-luxemburgischen Gemeinderatsmitgliedern auferlegten Verbots, eine Verantwortung in den Schöffenräten übernehmen zu dürfen. Die Eintragung in die Wählerlisten muss ohne bürokratische Hürden abgewickelt werden dürfen.

Da wir der Auffassung sind, dass die Rechte der Person an den Wohnsitz gebunden sein sollten, nicht aber von der jeweiligen Staatsbürgerschaft abhängen dürfen, denken wir, dass die Debatte über die Ausdehnung des nationalen Wahlrechts, unter bestimmten Bedingungen (z.B. Wohnfrist, ...) auf die hier wohnhafte, nicht luxemburgische Bevölkerung sofort eingeleitet werden soll. Diese wichtige Frage erlaubt es das Zusammengehörigkeitsgefühl und das Gefühl eines gemeinsamen Schicksals noch stärker unter allen im Großherzogtum ansässigen Personen zu zementieren.

Die luxemburgische Staatsbürgerschaft

Die gegenwärtig erforderliche 10-jährige Aufenthaltsdauer zum Erhalt der luxemburgischen Staatsbürgerschaft sehen wir als zu lang an. Eine dynamische Integrationspolitik muss auch den Willen des Aufnahmelandes deutlich machen sich den ansässigen Ausländern zu öffnen. Deshalb verlangen wir eine Senkung der Aufenthaltsdauer auf 5 Jahre und gleichzeitig eine merkliche Erleichterung der Einbürgerungsprozedur insbesondere durch Verzicht auf das Votum durch die Abgeordnetenkammer. Wir plädieren für eine nur 3-jährige Aufenthaltsdauer im Falle von Flüchtlingen im Sinne der Genfer Konvention und im Falle von Staatenlosen, da diese keine Zugehörigkeit zu einem anderen Land mehr haben oder keine Beziehungen zu ihrem Herkunftsland herstellen können.

Wir sind auch für die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft, wie sie die diesbezügliche Konvention des Europarates vorsieht, die seit einem Jahr zur Unterzeichnung offen liegt. Die erforderliche Aufenthaltsdauer sollte auf 5 Jahre festgelegt werden. Die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglicht den Betroffenen ihre Verbundenheit mit Luxemburg zum Ausdruck zu bringen ohne die Bindungen zum Herkunftsland aufgeben zu müssen. Das Konzept der doppelten Staatsbürgerschaft löst jedoch nicht alle Probleme. In der Tat erkennen zahlreiche Länder die doppelte Staatsbürgerschaft nicht an. Deshalb würde die Anerkennung von politischen Rechten ausschließlich über den Weg der doppelten Staatsbürgerschaft vielen nicht-luxemburgischen Einwohnern und Einwohnerinnen die Ausübung ihrer politischen Rechte unmöglich machen. Die Ausübung der politischen Rechte muss auch außerhalb der doppelten Staatsbürgerschaft möglich sein.

Die doppelte Staatsbürgerschaft

Im Rahmen der Debatte über die doppelte Staatsbürgerschaft, sind wir der Meinung, dass die von nicht-luxemburgischen, im Großherzogtum ansässigen Eltern geborenen Kinder automatisch die doppelte Staatsbürgerschaft besitzen sollten oder das Recht auf die luxemburgische Nationalität erlangen sollten.

Luxemburger ab der Geburt

(siehe Kapitel V. Bildungspolitik)

Schule von heute für Vollbeschäftigung von morgen

DÉI GRÉNG sind der Meinung, dass die Integration der hier ansässigen Ausländer und Ausländerinnen auch durch die (bessere) Beherrschung der drei offiziellen Sprachen - luxemburgisch, deutsch, französisch - erleichtert wird. Der Staat sollte das Erlernen dieser Sprachen unterstützen. Das Erlernen der Sprachen ist jedoch besonders schwierig für arbeitende Menschen. Die Einführung eines staatlich finanzierten Bildungsurlaubs zu Gunsten der Menschen, die ihre Kenntnisse der drei offiziellen Sprachen vertiefen wollen, scheint uns unumgänglich.

Für Sprachkurse

Das Großherzogtum ist ein Einwanderungsland und ein multikulturelles Land. DÉI GRÉNG sind der Meinung, dass die hier lebenden Nicht-Luxemburger und -Luxemburgerinnen mehr zu bieten haben als nur ihre wirtschaftliche Kompetenz. Der Beitrag anderer Kulturen ist eine kulturelle Bereicherung unserer gesamten Gesellschaft. Der "kulturelle Mehrwert" der hier ansässigen Ausländer und Ausländerinnen muss anerkannt werden. Wir wollen eine Debatte über eine adäquate Kulturpolitik. Die Einheit unserer Gesellschaft soll sich in ihrer Vielfalt widerspiegeln.

Einheitlich und multikulturell

Nicht-EU-Bürger und -Bürgerinnen: der Unsicherheit ein Ende bereiten

Die hier wohnhaften Nicht-EU-Bürger und -Bürgerinnen werden gesellschaftlich kaum berücksichtigt. Oft bleiben sie vom Genuss gewisser Rechte, die für EU-Zugehörige gelten, ausgeschlossen (z.B. Zugang zu den Universitäten, Recht auf Invalidenrente, ...) und müssen sich mit einer beinahe ständigen Unsicherheit zufrieden geben. Ihre endgültige Niederlassung in Luxemburg wird durch eine schlecht koordinierte Verwaltungsprozedur noch erschwert. Wir fordern verstärkte Transparenz in diesem Bereich sowie eine wesentliche Verbesserung der Rechtssicherheit. Aus diesem Grunde setzen wir uns für das *permis unique* ein, das die zwei derzeit erforderlichen Genehmigungen (Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung) ersetzen soll. Das *permis unique* müsste ein verbrieftes Recht auf die Familienzusammenführung gewähren, d.h. die Zusammenführung mit dem Ehepartner oder der Ehepartnerin, mit Kindern die nicht älter als 21 Jahre sind oder der Familie zur Last fallen (Studenten, Behinderte) sowie mit den zur Last fallenden aufsteigenden Verwandten (Mutter, Vater, usw.).

Genauere Zahlen liegen nicht vor, es steht aber fest, dass mehrere tausend Personen zum Teil im Widerspruch zu den Einwanderungsgesetzen in Luxemburg leben. Diese Personen gehen einer Arbeit nach, zahlen Sozialversicherungsbeiträge, führen ihre Steuern ab, sind jedoch nicht im Besitz der beiden gesetzlichen Genehmigungen oder wenigstens einer davon. Diese Menschen leisten einen wichtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beitrag. Wir finden, dass diese Situation nicht haltbar ist. Wir fordern deshalb eine schnelle und massive Regularisierung der Situation dieser Menschen. Diese muss auf objektiven und durchsichtigen Kriterien beruhen, damit jede Willkür ausgeschaltet bleibt. Eine Berufungsprozedur mit Ausführungsaufschub im Falle negativer Bescheide bei Regularisierungsanträgen muss vorgesehen werden.

Wir setzen uns ebenfalls für die Abschaffung der verschiedenen Bankgarantien ein, die, wo sie nicht als Schikane empfunden werden, in der Praxis dem verfolgten Ziel zuwiderlaufen.

Der Zugang zum öffentlichen Dienst

DÉI GRÉNG erwarten, dass das Großherzogtum endlich seine Verschleppungstaktik in Sachen Öffnung des öffentlichen Dienstes gegenüber den EU-Ausländern und -Ausländerinnen aufgibt. Das Urteil des europäischen Gerichtshofs vom 2. Juli 1996 muss schnell und integral in die Praxis umgesetzt werden. Dieses Urteil gelangte zu folgendem Schluss: das Großherzogtum wird verurteilt «*pour avoir manqué à ses obligations communautaires par son refus d'ouvrir sa fonction publique aux ressortissants des autres Etats membres de l'Union européenne*». In diesem Zusammenhang, jedoch ebenfalls weit allgemeiner, befürworten wir die Beibehaltung und den Gebrauch der luxemburgischen Sprache als Integrationsinstrument. Wir meinen, dass der Staat seine Bemühungen, das Erlernen der luxemburgischen Sprache bei Erwachsenen zu fördern, verstärken muss: zu Gunsten jener, die den Zugang zum öffentlichen Dienst anstreben, im Interesse der nicht-luxemburgischen Mitglieder der Gemeinderäte, usw.



Wir wünschen auch eine Öffnung gegenüber den Nicht-Luxemburgern und -Luxemburgerinnen in der Organisation der Verwaltung. Die an den Schaltern erbrachten Dienste müssen den sprachlichen Gegebenheiten des Landes Rechnung tragen. Das Personal muss auch andere Sprachen beherrschen als die drei offiziellen.

Seit Jahren wird die Genfer Konvention in Luxemburg sehr restriktiv angewandt: der Satz der angenommenen Anträge beträgt 5%. Annähernd 80% der abgelehnten Asylsuchenden können jedoch nicht in ihr Herkunftsland ausgewiesen werden, wegen der in diesen Ländern herrschenden Kriegszustände, wegen allgemeiner Gewaltanwendung oder wegen schwerwiegender Verstöße gegen die Menschenrechte, dies aufgrund und in Übereinstimmung mit Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Die Aufenthaltsbedingungen, die unser Land Asylsuchenden «anbietet», sind unannehmbar, da es dieselben in einer andauernden prekären, oft scheinbar ausweglosen Lage belässt und somit zusätzliche Probleme schafft. Wir fordern die Schaffung eines die Genfer Konvention ergänzenden luxemburgischen Statuts um, beispielsweise, den Schutz von Kriegs- und Gewaltflüchtigen zu regeln. Dieses Statut wird den Betroffenen dieselben sozialen Rechte zugestehen wie die der Genfer Konvention.

Oft müssen die Asylsuchenden zusehen, wie sich ihr Antrag über Monate und Jahre hinzieht. Während dieser Zeit dürfen sie keiner Beschäftigung nachgehen und sind somit voll von den Sozialämtern abhängig. DÉI GRÉNG schlagen, vor diesen Menschen, nach einem sechsmonatigen Aufenthalt, Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewähren. Desweiteren müsste man diesen Menschen Fachunterricht oder Beschäftigungsmöglichkeiten anbieten.

In Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden treten wir ebenfalls für dezentrale Aufnahmestellen für Asylsuchende ein. Darüber hinaus, sollten diese Menschen, die in vielen Fällen traumatische Erfahrungen gemacht haben, eine sozio-psycho-educative Betreuung genießen können. All diese Maßnahmen sollen die sozialen und menschlichen Lebensbedingungen verbessern.

Frauen machen zwar einen geringeren Teil der Asylsuchenden aus als Männer, dagegen befinden sie sich aber häufig in schwierigeren Situationen. Meist verfügen Frauen auch über eine schlechtere Ausbildung bzw. Sprachkenntnisse, was ihre Integrationsmöglichkeiten erschwert. Häufig sind sie nicht allein auf der Flucht, sondern haben ihre Kinder bei sich: dadurch ist es oft für sie weit schwieriger, im Zufluchtsland eine Unterkunft zu finden. Ein unzureichendes Schul- und Kinderbetreuungsangebot schränkt die Bewegungsfreiheit von Flüchtlingsfrauen ein. Das Statut verheirateter Frauen ist in puncto Aufenthalt, Arbeit und soziale Sicherheit an das ihres Mannes gebunden. Daher sind spezifische Beratungsangebote notwendig für Frauen, die im Rahmen von Familienzusammenführungen nach Luxemburg kommen.

Für ein zusätzliches Statut in der Asylpolitik

Asylsuchende Frauen

Vor allem aber werden die Beweggründe, aus denen heraus Frauen die Flucht aus ihrem Heimatland antreten, häufig nicht anerkannt. Unter den Kriterien für die Anerkennung von Flüchtlingen ist sexistische Gewalt nicht zu finden. Vergewaltigung sowie andere Formen der physischen und psychischen Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen sind deshalb als schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen und damit als Fluchtgründe anzuerkennen. Angepaßte Ausbildungsprogramme besonders für Frauen mit Kindern sind wichtige Maßnahmen, um den Aufenthalt im Zufluchtsland menschlicher zu gestalten.

Ein Ministerium für Integrationsfragen

In der Regierungsverantwortung sollen sich die Wirklichkeit des Landes sowie die Entwicklung der Gesellschaft widerspiegeln. Deshalb treten wir seit langem für die Schaffung einer politischen Dienststelle für Integrationsfragen ein. Da nicht-luxemburgische Einwohner und Einwohnerinnen spezifische Probleme haben, die zahlreiche Aspekte ihres Lebens betreffen (gegenwärtig teilen sich Justiz- Familien- und Arbeitsministerium die meisten Kompetenzen), wird das Ministerium für Integrationsfragen eine horizontale Kompetenz erhalten.

Die beratenden Strukturen neu bewerten

Auf der kommunalen ebenso wie auf der nationalen Ebene leiden die beratenden Strukturen für nicht-luxemburgische Ansässige unter denselben Mängeln und verlangen annähernd dieselben Lösungen. Die beratenden Kommissionen für Ausländer und Ausländerinnen (*Commission Consultative pour Etrangers* - CCE) und der Nationale Rat für Ausländer und Ausländerinnen (*Conseil National pour Etrangers* - CNE) sind, im allgemeinen, nur ungenügend in die kommunale und nationale Auseinandersetzung eingebunden. Selbstverständlich können die beratenden Strukturen ihr ganzes Potential nicht ausschöpfen wenn der politische Willen der kommunalen oder nationalen Verantwortlichen fehlt. Trotzdem wären folgende Reformen dazu angetan die Lage der CCE und des CNE zu verbessern:

- die Vertretung der nicht-luxemburgischen Mitglieder in diesen Gremien erhöhen;
- die Arbeit der beratenden Strukturen in größerem Masse an die politische Aktualität anbinden (z.B. über den Weg einer obligatorischen Befragung in bestimmten Bereichen);
- die externe Kommunikation der beratenden Gremien stark verbessern;
- die elektorale Basis dieser Strukturen erweitern.

Die freie Partnerschaft

Genauso wie die Heterosexuellen leben die homosexuelle Menschen oft als Paar. Unsere Gesetzgebung erkennt jedoch diese unverheirateten Paare nicht an, so dass die Betroffenen sich sehr oft in einer rein menschlich schwierigen Lage wiederfinden.



DÉI GRÉNG sind für die Einrichtung eines legalen Statutes für hetero- und homosexuelle Paare, die in freier Partnerschaft leben. Dieses Statut würde die freie Partnerschaft, sowohl die hetero- wie die homosexuelle, mit verheirateten Paaren in folgenden Bereichen gleichstellen:

- beim Erbschaftsrecht;
- beim Adoptionsrecht;
- beim Recht auf medizinische Information.

Internationalen Studien zufolge sind wenigstens 5% der Bevölkerung homosexuell. Diese Gruppe ist schwer zu erfassen, weil diese Menschen oftmals ihre sexuelle Neigung verheimlichen (müssen). Sie werden durch die gesellschaftliche und politische Haltung, sofern sie offen zu ihrer Homosexualität stehen, an den Rand der Gesellschaft gedrückt, diskriminiert oder tätlich angegriffen.

Homosexualität

Schwule und Lesben haben begonnen für ihre Rechte zu kämpfen. Sie klagen ihre normalen Bürgerrechte ein.

Die Aktionen der Homosexuellen haben, in verschiedenen Ländern, zu einer Änderung der öffentlichen Meinung geführt, z.B. in Schweden, Dänemark und Norwegen, wo homosexuelle Paare die gleichen Rechte besitzen wie heterosexuelle Paare. In Luxemburg gibt es immer noch eine diskriminierende Gesetzgebung.

Ziel einer grünen Politik für Homosexualität ist die Umsetzung der Bürgerrechte und die Anerkennung homosexueller Paare, d.h. dass homosexuelle Paare über die gleichen Rechte verfügen wie die heterosexuellen Paare. Um diese Rechte zu schützen, soll der Posten einer Ombudsperson geschaffen werden. DÉI GRÉNG fordern die Einrichtung einer staatlichen Dienststelle für gleichgeschlechtliche Lebensformen. Aufgabe dieser Lesben- und Schwulenvertretung ist es, in der alltäglichen Politik und der laufenden Arbeit der Ministerien und Verwaltungen die spezifischen Belange von Lesben und Schwulen einzubringen. Außerdem müssen durch groß angelegte Aufklärungskampagnen, öffentliche Diskussionen sowie Aufklärung im Rahmen der Sexualerziehung in den Schulen und in der Ausbildung der Ordnungskräfte Vorurteile abgebaut werden.

Die Bedürfnisse der Kinder in der heutigen Gesellschaft werden nicht genügend berücksichtigt. Ziel einer grünen Kinder- und Jugendpolitik muß die harmonische Entwicklung des Kindes sein, die es ihm erlaubt sich als Erwachsene(r) selbstbewußt und verantwortungsbewußt zu verwirklichen im Einklang mit seinem Umfeld und seiner Umwelt. Dies ist aber nur zu erreichen in einem Umfeld, das physische und psychische Sicherheit vermittelt.

Kinder

Eine allein auf die Familie beschränkte Erziehung wird den heutigen gesellschaftlichen Bedürfnissen nicht mehr gerecht, und die Verantwortung öffentlicher Erziehungseinrichtungen (Kindertagesstätten, Schulen usw.) wächst. Deshalb ist es dringend notwendig, das Erziehungsangebot und das Angebot von Plätzen in Kindertagesstätten zu erweitern. Die *éducation précoce* wie sie von der Regierung initiiert wurde, wird den Bedürfnissen der Kinder und derer Eltern nicht gerecht. Richtiger wäre eine geschickte Verbindung einer frühkindlichen Erziehung mit bestehenden oder zu schaffenden Strukturen, wie die Kindertagesstätten, mit einem globalen Konzept, welches sich an den Erfahrungen schon bestehender edukativer Strukturen orientieren sollte. Ein den realen Bedürfnissen angepaßter Ausbau von Strukturen für Kinder stellt für DÉI GRÉNG eine Priorität dar.

DÉI GRÉNG sind auch der Meinung, dass, auf breiter Ebene, der Wissensstand unserer Gesellschaft über das Kind und seine psychischen Bedürfnisse erheblich verbessert werden muss. Die psychischen Bedürfnisse schätzen wir als genauso wichtig wie die materiellen und gesundheitlichen Bedürfnisse des Kindes ein.

Wir wollen, daß gesetzlich eindeutig klargelegt wird, daß Kinder gewaltlos zu erziehen sind. In diesem Sinne ist die Schaffung des Postens einer Ombudsperson ein erster wichtiger Schritt, um die Rechte der Kinder zu schützen. Wir fordern auch eine konsequente Umsetzung der New Yorker Kinderrechtskonvention (insbesondere der ökologischen Kinderrechte).

Jugendpolitik

Das Leben eines Jugendlichen in Luxemburg ist durch eine Erziehung geprägt, die selten Eigeninitiative, Verantwortung, Toleranz und Demokratie, sprich Bildung und Vertretung seiner eigenen Meinung, gefördert hat. Deshalb sind sich viele Jugendliche ihrer Möglichkeiten und Rechte, die allerdings durch die Wahlaltersgrenze begrenzt sind, nicht bewußt. Aus diesen Gründen werden sie weitgehend von gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, haben keine dringend benötigten Freiräume zur Verfügung und einen schweren Übergang von der Schule ins Berufsleben.

Das Ziel grüner Jugendpolitik ist eine tolerante und demokratische Gesellschaft und die beginnt bei der Erziehung. Wir fordern deshalb grundlegende Veränderungen in der Schulpolitik, die weg vom vorherrschenden Frontalunterricht und in Richtung Mitbestimmung und Eigeninitiative zielen. Die Einführung eines aktualitätsbezogenen, gesellschaftspolitischen Faches und einer generellen Öffnung der Schule für Gesellschaft und Politik ist unabdingbar, auch um einen leichteren Übergang ins Berufsleben zu gewährleisten. Im allgemeinen werden viele Schüler und Schülerinnen nur unzureichend auf diese Etappe in formalen Ausbildungsstrukturen vorbereitet oder scheiden sowieso ohne ausreichende Qualifikation aus der Schule aus. Neben verbesserter Berufsberatung und schulischer Orientierung sowie einer ohnehin unerläßlichen grundlegenden Reform unseres Schulsystems könnte ein verstärkter Rückgriff auf die sog. nicht formale Ausbildung (Freiwilligendienste, Jugendinitiativen, usw.) ein geeignetes Mittel sein, dieses Pro-

blem zu bekämpfen und die Beschäftigungsfähigkeit vieler Jugendlicher zu steigern. Freiwilligendienste bei gemeinnützigen Trägern, auch im Ausland, sowie Jugendinitiativen, also gemeinnützige Projekte, die von Jugendlichen geplant und durchgeführt werden, fördern auf einer Basis des *learning by doing*, also ohne großen Druck, die Eigeninitiative, die soziale Kompetenz und andere Schlüsselqualifikationen von Jugendlichen. Hierin besteht ein großes Potential der nicht formalen Ausbildung, die die erlittenen Frustrationen der formalen Ausbildung in Schule und Lehre zum Teil kompensieren kann.

Für die luxemburgischen Schulen fordern wir weiterhin reelle Partizipationsmöglichkeiten für die Schüler und Schülerinnen. Wir wollen auch eine Reform hin zu einer fortschrittlichen Sexualaufklärung.

Mitbestimmung und Eigeninitiative sollen auch außerhalb der Schule durch Jugendkommunalpläne, Jugendgemeinderäte, Schüler- und Lehrlingsvertretungen, die mit realen Mitspracherechten ausgestattet sind, gefördert werden. Eine verstärkte Partizipation erfordert jedoch auch einen verbesserten Zugang zu Informationen und Verständnis für gesellschaftliche Zusammenhänge. Deshalb schlagen DÉI GRÉNG neben den bestehenden jugendgerechten Initiativen (Infobus, nationales Jugendinformationszentrum, Jugendhäuser usw.) die Schaffung dezentraler Jugendinformationszentren vor. DÉI GRÉNG fordern außerdem eine Herabsetzung des aktiven Wahlrechtsalters auf 16 Jahre und des passiven auf 18 Jahre.

DÉI GRÉNG wollen das Angebot an Jugendtreffs und Jugendhäusern als entwicklungspsychologisch wichtige Räume für zwanglose Freizeitgestaltung ausweiten. DÉI GRÉNG wehren sich strikt gegen die omniprésente Intoleranz gegenüber jugendlichen Freiräumen. Der Einsatz eines Sozialarbeiters, einer Sozialarbeiterin oder gar eines Polizisten, einer Polizistin ist nicht immer nötig, wenn sich Jugendliche regelmäßig in der Öffentlichkeit treffen. Wir schlagen deshalb vor, daß in Stadtteilen und Dörfern, wo Jugendtreffs erforderlich sind, doch die finanzielle Situation der Gemeinde es nicht erlaubt, anstatt eines Jugendhauses mit vollbeschäftigtem Sozialarbeiter oder vollbeschäftigter Sozialarbeiterin einfach den Jugendlichen einen Raum zur Verfügung gestellt wird, welchen sie in Eigenverantwortung führen. Die Besucher und Besucherinnen des Jugendtreffs sollten die Möglichkeit zum periodischen Kontakt zu Sozial- oder Jugendarbeitern und -arbeiterinnen angeboten bekommen, um mit ihnen über Aktivitäten und Probleme zu diskutieren und so auch einen verbesserten Informationszugang erhalten. In diesem Zusammenhang sprechen sich DÉI GRÉNG allgemein für eine verbesserte Ausbildungsstruktur für Jugendarbeiter und -arbeiterinnen sowie für die Einführung geschlechtsspezifischer Komponenten in der Jugendarbeit (z.B. spezielle Angebote für Mädchen) aus.

Jugendinfrastrukturen müssen ganz allgemein ausgebaut werden. Insbesondere fordern wir eine zügige Realisierung des Projekts *Rockhal* auf ARBED Esch/Belval. Unerlässlich ist auch ein Ausbau des öffentlichen Transports, um die erwachsenenunabhängige Mobilität der Jugendlichen zu fördern.

Die unglaubliche, repressive Drogenpolitik ohne Bezug zur Realität muß auf dem Weg zu einer toleranten, demokratischen Gesellschaft unbedingt einer grundlegenden Änderung unterzogen werden. DÉI GRÉNG verlangen deshalb eine Legalisierung von Cannabis und eine realistische Aufklärung (siehe auch Textpasage über Drogenpolitik).

Im heutigen Europa ist die internationale Mobilität von Jugendlichen - besonders im Falle Luxemburgs - überaus wichtig. Deshalb darf die Möglichkeit für Auslandsstudien auch im Falle einer Universität Luxemburg nicht eingeschränkt werden. Das Recht auf staatliche Zuschüsse muß bestehen bleiben und zwar unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern, um die Entscheidungsfreiheit der Jugendlichen in Bezug auf ihr Studium nicht einzuschränken.

Alterspolitik
Grüne Alterspolitik
heißt alte Menschen
ernst nehmen

Durch das langsame Kippen der Alterspyramide kommt es zu einem immer größeren Anteil alter Menschen in unserer Gesellschaft. Altsein bedeutet in unserer schnelllebigen Gesellschaft oft auch Ausschluß aus dem gesellschaftlichen Leben. Die Isolierung älterer Menschen wird zusätzlich durch die Änderung der Gesellschaftsstrukturen verstärkt (Einzelhaushalte, Alleinerziehende). Hinzu kommt, dass viele Rentner, insbesondere Frauen, durch ungenügende finanzielle Absicherung (siehe Rentenpolitik) in eine Verarmung geführt werden.

Für DÉI GRÉNG gilt, alte Menschen als selbständige und eigenverantwortliche Mitmenschen zu akzeptieren und sie durch neue Konzepte in das gesellschaftliche Leben einzubinden. Die Wahrung der Selbstständigkeit und der Selbstbestimmung alter Menschen muß erstes Prinzip einer grünen Alterspolitik sein. Deshalb müssen in allen Gemeinden altengerechte Wohnungen angeboten werden, welche im Rahmen einer sozialen Wohnungspolitik das Zusammenleben verschiedener Generationen fördern. Dienstleistungen wie *repas sur roue*, Heimpflege und gemeinsamer Mittagstisch in Wohnvierteln müssen ausgebaut werden. Auch das Angebot von Einkaufsbussen oder Transporten zu kulturellen Veranstaltungen können der sozialen Vereinsamung alter Mitmenschen entgegenwirken. Altershilfeorganisationen und Gemeinden müssen über genügend finanzielle Mittel verfügen um die Dienstleistungen zu gewährleisten.

Ein selbstbestimmtes Leben führen heißt auch, dass alte Menschen sich frei entscheiden können, ob und wann sie in einem Alten- oder Pflegeheim wohnen wollen. Deshalb ist es unbedingt notwendig, genügend Plätze zu schaffen, möglichst dezentral, um der Entwurzelung alter Menschen entgegenzuwirken. Im Sinne der Selbstbestimmung treten wir ein für die Schaffung von Mitbestimmungsstrukturen für alte Menschen und deren Familien in Alten- und Pflegeheimen.

Ältere Menschen fühlen sich oft von den technischen Entwicklungen unserer modernen Gesellschaft überrollt. Darin liegt jedoch keine Fatalität. Auch älteren Menschen kann der Anschluss an die Informationsgesellschaft gelingen. Dieser Herausforderung muss sich auch der Staat widmen über gezielte Hilfsprogramme oder Angebote vor Ort in den



staatlichen Alten- und Pflegeheimen. Die Beherrschung der modernen Technologien ist auch dem Erhalt und der Nutzung der Lebenserfahrung älterer Menschen dienlich und dies zugunsten unserer Gesellschaft.

In der vergangenen Legislaturperiode haben sich DÉI GRÉNG, aufgrund zahlreicher Initiativen in der Öffentlichkeit und im Parlament, als wichtigste Oppositionskraft gegen die herrschende Kulturpolitik profiliert. Es konnten zwar einige Erfolge erzielt werden, im großen und ganzen bleiben die politisch Verantwortlichen bei ihrer elitären und undemokratischen Auffassung von Kulturpolitik. Dabei begünstigen sie mächtige Lobbys, wie im Fall des Pei-Museums, gegenüber den Kulturinitiativen von unten.

Kulturpolitik

Als vorrangige Ziele grüner Kulturpolitik sind zu nennen:

- die Förderung der aktiven Partizipation eines möglichst hohen Anteils der Bevölkerung am kulturellen Leben;
 - die Förderung des soziokulturellen Vereinslebens und der kulturellen Arbeit der Kommunen;
 - die Förderung des professionellen Kulturschaffens, dies auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Bereichen;
 - die Nutzung des multikulturellen Kontextes unseres Landes für eine offensive interkulturelle Politik;
 - die Ausgewogenheit zwischen öffentlicher, privater und bürgerbewegter Kulturpolitik;
 - die Stärkung des Faktors Kultur in den Bereichen Bildung und Weiterbildung;
 - die gezielte Förderung der kulturschaffender Frauen.
-

Im Spannungsfeld zwischen einer auf mehrere Jahre angelegten Planung und einer flexiblen Antwort auf private Nachfragen muss die öffentliche Kulturförderpolitik eine gewisse Flexibilität aufweisen, die allerdings nicht auf Kosten ihres demokratischen Gesellschaftsauftrags gehen darf.

Kulturförderung

Statt einer Förderpolitik mit der Gießkanne oder aufgrund von Vorzugsbehandlungen soll Kulturpolitik einerseits zwar breitgefächert sein, andererseits aber aufgrund präziser und durchsichtiger Kriterien funktionieren. Zu diesem Zweck schlagen DÉI GRÉNG ein Rahmengesetz über Kulturförderung vor, das auf transparente Weise die öffentlichen Fördermaßnahmen für Kulturschaffende sowie für private Institutionen und Vereine definiert.

Kulturschaffende Die Kulturschaffenden - Individuen wie auch Vereine im soziokulturellen Bereich - müssen sowohl von einer ausreichenden sozialen Absicherung als auch von einer optimalen Förderpolitik profitieren, die ein autonomes Kulturschaffen garantiert.

Zur sozialen Sicherung ist zu sagen, dass die Gesetzgebung zum einen den unabhängigen Kulturschaffenden ein Mindesteinkommen und zum anderen den übrigen Kategorien von Kulturschaffenden eine ausreichende soziale Absicherung garantieren muss.

Soziale Absicherung und Kulturförderung sind unterschiedliche Aspekte einer Problematik. Die Kulturförderung betrifft alle Bereiche des kulturellen Lebens. Eine soziokulturelle Agentur, die zwar dem Ministerium untersteht, jedoch mit den privaten und bürgerbewegten Initiativen zusammenarbeitet, würde nach den Vorstellungen der Grünen sämtliche Fördermaßnahmen, wie sie das Rahmengesetz vorsieht, koordinieren.

Kulturinstitute DÉI GRÉNG treten für eine Modernisierung der staatlichen Kulturinstitute ein, ohne dabei in die Richtung einer übertriebenen Privatisierung zu gehen. Grundsätzlich gilt, dass die juristische Form des *établissement public* uns als die geeignetste für die bestehenden Institutionen erscheint. Für neue Institute könnten je nach spezifischer Sachlage gemischte Modelle ins Auge gefasst werden.

Zitieren wir einige der neuen Kulturinstitutionen, die den Grünen besonders am Herzen liegen:

- regionale Kulturzentren wie etwa das Escher *Schluechthaus*;
- das Kulturzentrum Neumünster in Luxemburg;
- das künftige Kulturzentrum auf Esch-Belval;
- die Umwandlung des CFL-Areals (*rotondes* und Werkstatt) in Bonneweg in ein soziokulturelles Zentrum;
- die thematischen Museen (Migrationszentrum Düdelingen, Geschichtsmuseen,...);
- die speziell auf die Jugend ausgerichteten kulturellen Freiräume;
- und nicht zuletzt die vielfältigen Einrichtungen für Kulturschaffen, Kulturanimation und Dokumentation der neuen sozialen Bewegungen.



Grundsätzlich gilt, dass Infrastrukturen im Kulturbereich - z.B. Probesäle, Werkstätten, usw. - nach den Bedürfnissen der Kulturschaffenden und des Publikums ausgerichtet sein müssen und nicht nach großenwahnsinnigen Prestigegelüsten.

Daher sollte vor jeglicher baulichen Maßnahme erst einmal eine tiefgreifende Analyse der Bedürfnisse, der zu erwartenden Folgekosten und der geeigneten Betriebsmodelle mit den Betroffenen und in der Öffentlichkeit diskutiert werden. In jedem Fall soll die optimale Funktionsfähigkeit Vorrang vor baulichen Aspekten haben. Vorrang ist gleichfalls kleinen und mittleren Strukturen gegenüber Großprojekten einzuräumen.

Kulturinstitute

Kulturpolitik soll nicht weiter Tummelplatz mächtiger Lobbys sein, die in den Vorzimmern der Macht für ihre Partikularinteressen agieren. Kulturpolitik im Sinne der Grünen basiert auf bestmöglichem Einsatz von Transparenz, demokratischer Kontroverse und Verantwortung. DÉI GRÉNG schlagen deshalb die Schaffung eines *conseil supérieur de la culture* vor, der demokratisch legitimiert ist und die Politik des Ministeriums begleitet.

Kultur und Demokratie



V. Bildungspolitik

Schule von heute für Vollbeschäftigung von morgen

Erinnern wir an die wichtigsten der zahlreichen Kritiken an unserem Schulsystem:

- der schulische Misserfolg hat unzumutbare Ausmaße erreicht;
- die Selektierung über die Sprachen verhindert den schulischen Erfolg vieler Schüler und Schülerinnen;
- passive Unterrichtsmethoden sind weiterhin die Regel;
- die Programme sind rigide und überlastet;
- das Schulklima ist eher als ungesund zu bezeichnen;
- der Mangel an dezenten Infrastrukturen erreicht skandalöse Ausmaße;
- geeignete Mitbestimmungsstrukturen sind weiterhin nicht in Kraft;
- der Anteil an nicht qualifiziertem Personal ist erheblich;
- die massive Auswanderung in grenznahe Schulen nimmt nicht ab;
- die neu entstehenden Arbeitsplätze werden in ungenügendem Maße von in Luxemburg wohnhaften Arbeitssuchenden besetzt.

**Das Scheitern
der herrschenden
Bildungspolitik**

Die Erziehungspolitik der Grünen gründet auf verschiedenen Zielsetzungen:

- pädagogische Ziele: die Förderung der Persönlichkeit und der individuellen Fähigkeiten und sozialen Kompetenzen von Mädchen und Jungen im musischen, handwerklichen und kognitiven Bereich;
- bildungspolitische Ziele: eine solide theoretische und praktische Ausbildung, die in jedem Fall durch ein Abschlussdiplom zertifiziert ist, das die Gewichtung auf Schlüsselqualifikationen legt, die in weiten Bereichen anwendbar sind;
- bürgerrechtliche Ziele: diese stellen die Grundlage einer aktiven Beteiligung an einer sich demokratisch entwickelnden Gesellschaft dar;
- integrative Ausrichtung: die Schule soll jeden Schüler und jede Schülerin integrieren können - dies unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht, Nationalität oder Defiziten - und ihnen die bestmöglichen Erfolgchancen bieten;
- emanzipatorische Ziele: gleichwertige Erfolgchancen für Mädchen und Jungen und eine Erziehung zur gleichberechtigten Verantwortung in Beruf und Privatsphäre;
- gesellschaftliche Ziele: die Schule als gesellschaftlicher Faktor hat eine aktive Rolle in der öffentlichen Meinungsbildung zu spielen.

Für eine Schule des Lernerfolgs

Bei den grünen Vorschlägen für eine erfolgsorientierte Schule stehen in erster Linie die grundsätzlichen Voraussetzungen, danach die Inhalte und Methoden und letztendlich die Schulstrukturen zur Debatte.

Das Erlernen von Sprachen

DÉI GRÉNG sind der Ansicht, dass die Problemkreise Spracherziehung, Integration der ausländischen Kinder und soziale Förderung der Schüler aus allen Bevölkerungsschichten die größte Herausforderung der Luxemburger Schule darstellen und nur zusammen gelöst werden können. Der Sprachfaktor darf kein Ausgrenzungsinstrument sein, weder für einheimische noch für ausländische Kinder. Er soll an erster Stelle in seiner Rolle als Kommunikationsmittel betrachtet werden, und in zweiter Linie erst als berufliches Arbeitsinstrument.

Einzig und allein eine Verzahnung von Fördermaßnahmen im Interesse aller Schüler und Schülerinnen und eine differenzierte Gewichtung der Kriterien und der Diplome wird die luxemburgische Schule von einer Schule des Misserfolgs in eine Schule des Erfolgs umwandeln.

In diesem Kontext unterstützen DÉI GRÉNG eine gemeinsame Alphabetisierung in der Grundschule. Deutsch und Französisch sollen in einem handlungsorientierten Unterricht gelehrt werden, der den jeweiligen Bedürfnissen der Kinder angepasst ist. Im Fremd-



sprachenunterricht soll für alle Schüler und Schülerinnen der Akzent auf der kommunikativen Kompetenz liegen, die schriftlichen Nüancen sollen erst in den darauffolgenden Stufen vertieft werden.

Da eine Altersgrenze von 12 Jahren zu früh für die definitive Aufgliederung in unterschiedliche Ausbildungswege ist, treten DÉI GRÉNG für die Fortführung der Gesamtschulform der Grundschule in einem gemeinsamen Unterricht im unteren Zyklus des post-primären Unterrichts ein. Eine interne Differenzierung soll bestmögliche Übergänge ermöglichen.

Die Einrichtung frankophoner Klassenzweige wird in den Bereichen akzeptiert, in denen sie unumgänglich sind, besonders in sehr spezifischen Berufsausbildungsweigen. Dies allerdings nur unter der Bedingung, dass ein Mindestmaß an gemeinsamen Unterrichtsstunden für einheimische und ausländische Schüler und Schülerinnen eine integrative Erziehung gewährleistet.

Bevor die luxemburgische Schule zum wiederholten Mal ihre Strukturen ändert, sollte sie von den Inhalten her umgestaltet werden.

Die Umgestaltung der Inhalte

Eine erste Infragestellung bezieht sich auf den hohen Abstraktionsgrad der Inhalte und des Diskurses. Demgegenüber sollte öfters auf induktive, experimentelle und sogar spielerische Methoden zurückgegriffen werden. Dies gilt im besonderen Maße für die Grundschule und den unteren Zyklus des postprimären Unterrichts.

Dann steht das übertrieben aufgeblähte Volumen an Unterrichtsstoff zur Debatte. Ein exemplarischer Unterricht, der auf *learning by doing* aufbaut, die Aufwertung von Vorträgen und von thematischen Recherchen und nicht zuletzt pluri- und interdisziplinäre Projekte wären besser dazu angetan, den Schülern und Schülerinnen die Allgemeinbildung schmackhaft zu machen als ein oberflächliches Überfliegen.

Die aktiven Kompetenzen müssen gegenüber einer Anhäufung von vergänglichem Wissen gefördert werden.

Die Leichtigkeit, die Luxemburger Schüler und Schülerinnen im schriftlichen Umgang mit der deutschen oder französischen Sprache, eventuell auch im Englischen, haben oder haben müssten, sollte sich gleichfalls im mündlichen Sprachgebrauch niederschlagen. Statt allerlei Formalismen überzubewerten, bestünde die Stärke der Schulbildung gerade darin die Schüler zu befähigen nachzudenken, Thesen und Konzepte zu erstellen, zu schreiben und vorzutragen und sie in kontroversen Auseinandersetzungen zu verteidigen. Statt die jungen Leute an einen Kanon starrer Fächer und an vorgekauften Lernstoff zu gewöhnen, ist es wichtig sie zu befähigen, Fächer selbst auszuwählen, sich eine eigene Zeitsouveränität zuzulegen, ihre Kompetenzen und ihre Schwachpunkte einschätzen zu können. Wichtig ist schließlich, dass die Schüler und Schülerinnen befähigt werden,

sich in eine Gruppendynamik einzufügen, in der die Aufgaben gerecht verteilt sind und sie Verantwortung übernehmen.

Das «Niveau» der luxemburgischen Schule würde einen beachtlichen Qualitätssprung erreichen, wenn nur ein Bruchteil dieser Kompetenzen vermittelt werden könnte.

Innovation im Bereich der Methoden

Eine Vielfalt an Unterrichtsmethoden und pädagogischen Projekten muss die vorherrschende Praxis des Frontalunterrichts ersetzen.

Eine globale Herangehensweise an die Wissensgebiete muss die Segmentierung in voneinander unabhängige Fächer ersetzen, hin zu ökologischem Lernen von Wissen und Kompetenzen.

Indem die Lehrenden dauerhafte Kompetenzen und ein aktives Lernen in den Vordergrund stellen, vermitteln sie ihren Schülern und Schülerinnen das notwendige methodische Rüstzeug, um Unterlagen effizient zu recherchieren und sie selektiv zu nutzen, gleichsam zur Lösung beruflicher wie gesellschaftlicher Fragestellungen.

Die neuen elektronischen und audiovisuellen Hilfsmittel stellen eine zusätzliche pädagogische Bereicherung dar, sollten aber in vernünftigem Maße eingesetzt werden. Der differenzierte und ausgewogene Gebrauch von Frontalunterricht, von elektronischen Hilfsmitteln und von unterstützter Gruppenarbeit führt zu einer didaktischen Vielfalt, die letztendlich variationsreicher für die Lehrenden und interessanter für die Lernenden ist.

Schließlich müssen der Individualisierung des Lehrens durch eine interdisziplinäre Grundhaltung und durch die Verallgemeinerung des *teamwork* auf allen Ebenen Grenzen gesetzt werden.

Eine differenzierte Lernbeurteilung

DÉI GRÉNG vertreten ein differenziertes und angepassteres Beurteilungssystem, ein System, das sich in den skandinavischen Ländern seit Jahrzehnten bewährt hat. In der Grundschule streben wir die schrittweise Einführung einer Beurteilung über ein deskriptives Zeugnis an. In der Unterstufe des post-primären Unterrichts befürworten wir einen parallelen Einsatz von Noten und deskriptiver Beurteilung, für die Oberstufe ein reines Notensystem mit einem beschreibenden Zeugniszusatz bei Schülern und Schülerinnen, die in einzelnen Fächern Defizite aufweisen.

Was die Zertifizierung angeht, plädieren DÉI GRÉNG für den folgenden Grundsatz: Alle Schüler und Schülerinnen, die die Schule nach Ende der Schulpflicht verlassen, haben ein verbrieftes Recht auf ein Diplom, welches auf objektive Weise ihre Fähigkeiten und ihre Schwächen in den schulischen Fächern darstellt. Außerdem kann auch dann ein Abschlussdiplom erworben werden, wenn dieses Diplom eine ungenügende Note in einem oder mehreren Fächern beinhaltet, vorausgesetzt, dass diese Fächer nicht die Schlüsselfächer der jeweiligen Ausbildungsrichtung sind.

Im Hinblick auf eine optimale Ausbildung der angehenden Lehrer und Lehrerinnen muß das ISERP in eine regelrechte pädagogische Hochschule umgewandelt werden, die gleichfalls das IEES umfasst.

Für die pädagogische Ausbildung im Rahmen der Referendarzeit im post-primären Unterricht (*stage pédagogique*) kann nur ein regelrechtes Weiterbildungsinstitut die geeignete Institution sein. Dort sollen, neben einem wissenschaftlichen Stamm von Fachleuten, Lehrende aus der luxemburgischen Praxis und von außen kommende Fachleute, die für spezifische Projekte oder Veranstaltungen eingestellt werden, operieren, damit eine sowohl in wissenschaftlicher als auch in praktischer Hinsicht effiziente Referendarzeit angeboten werden kann.

Das Angebot dieses Instituts richtet sich außerdem an alle pädagogischen Multiplikatoren: Lehrende aus allen Schulbereichen, in der Schule arbeitendes Erzieherpersonal, psychologisches Beratungspersonal und Eltern.

Über die Aspekte des Fachunterrichts hinaus sollten sich die Lehrenden in ihrer Unterrichtsarbeit auch an erzieherischen Aufgaben beteiligen, dies unter zwei Bedingungen: zuerst müssen Grund- und Weiterbildung im Bereich der psycho-sozialen Kompetenzen die Lehrenden befähigen, diesen Teil ihrer Aufgaben zu bewältigen. Danach muss eine klare Grenze zwischen den Aufgaben des Lehrkörpers und der Verantwortung anderer Intervenierenden - psychologisch oder erzieherisch tätiges Personal - gezogen werden. Dazu ist eine enge Zusammenarbeit aller Intervenierenden innerhalb der Schule notwendig.

Was die Eingliederung der Weiterbildung in das Berufsbild der Lehrer und Lehrerinnen betrifft, sind DÉI GRÉNG der Auffassung, dass Weiterbildung so weitreichend wie möglich angeboten werden soll, dass sie keinen Verlust von Lehrstunden verursacht und dass sie den praktischen Bedürfnissen des Schulalltags entspricht. Im Interesse einer kontinuierlichen Verbesserung der Unterrichtsqualität muss Weiterbildung obligatorisch sein. Der Pflichtanteil der Weiterbildung begreift ein Minimum an Kursen, wobei die Themen auf den spezifischen Nutzen für den Lehralltag abgestimmt werden können.

Eine spezielle Fortbildung muss Lehrbeauftragten angeboten werden, die über einen zweiten Bildungsweg die Qualifizierung für das Lehramt nachholen wollen. Dieses Angebot muss die berufliche und familiäre Situation der Lehrbeauftragten berücksichtigen.

Für DÉI GRÉNG liegt es auf der Hand, dass die öffentliche Schule, als eine Schule, die für jeden unter gleichen Bedingungen zugänglich ist, die Regelschule in unserem Land sein muss. Das schließt nicht aus, dass die öffentliche Schule kontinuierlich neu evaluiert und in Frage gestellt wird.

Die Ausbildung und die Arbeit der Lehrenden

Die schulische Organisation

Die Ganztagschule Die Ganztagschule muss verallgemeinert werden, um den neuen Gegebenheiten des Familien- und Berufslebens Rechnung zu tragen. Ein globales Konzept von schulischen und außerschulischen Aktivitäten muss der Ganztagschule zugrunde liegen. Damit wird die Schule zu einer Art kleinem Campus auf dem verschiedene Arten von Stützkursen, sportlichen und kulturellen Aktivitäten und Freizeitprogramme ablaufen.

Die Gesamtschule DÉI GRÉNG sind der Meinung, dass ein Durchschnittsalter von 12 Jahren zu früh angesetzt ist, um die Schüler und Schülerinnen in drei getrennte Ausbildungsgänge zu orientieren, wo Übergänge in Wirklichkeit eher die Ausnahme bilden. Es ist jedoch nicht wesentlich, im Vorfeld über bestimmte Konzepte wie «Gesamtschule» oder *tronc commun* zu streiten. Wichtiger ist es, vorab einen Konsens über die Notwendigkeit einer optimalen Durchlässigkeit bis zur fünften, bzw. neunten Klasse zu finden.

Das einzige Modell, das die Nachteile einer solchen gemeinsamen Unterstufe überwinden kann, ist die Binnendifferenzierung im Rahmen einer Gesamtschulstruktur, die quasi die Grundschule in der Unterstufe des postprimären Unterrichts verlängert. Eine solche Binnendifferenzierung schließt die Möglichkeit von getrennten Stütz- und Förderkursen keineswegs aus.

Die Sonderschulen Die Schul- und Fördereinrichtungen der *éducation différenciée* sind in den Zuständigkeitsbereich des Bildungsministeriums zurückzuführen. Behinderte Schüler und Schülerinnen müssen in den Genuss eines gut strukturierten Curriculums kommen, das auch Abschlüsse bietet.

Die Privatschulen DÉI GRÉNG treten zwar grundsätzlich für die öffentliche Schule ein, widersetzen sich jedoch keineswegs einer gezielten Unterstützung - durch den Staat oder die Kommunen - von Alternativschulen, die außerhalb des Rahmens der öffentlichen Schule funktionieren. Allerdings nur unter der Bedingung, dass diese Schulen nicht in der Trägerschaft oder unter dem Deckmantel einer religiösen Weltanschauung oder einer menschenrechtsverachtenden Ideologie funktionieren, dass sich ihr Angebot an alle Gesellschaftsschichten wendet und ihr Ziel nicht die Bildung einer Elite ist.

Die schulische Autonomie In dem Maße, wie sie pädagogische und materielle Innovationen beschleunigt oder Ressourcen, z.B. Energie, spart, ohne dabei in eine Verwaltung knapper Ressourcen auszuarten, hat die Finanzautonomie von Schulen ihre Berechtigung. DÉI GRÉNG lehnen jedes Sponsoring von verschiedenen Schulen durch die Wirtschaft ab.

Was die Autonomie von Grundschulen angeht, so befürworten DÉI GRÉNG nicht unbedingt regelrechte Direktionen, sondern legen den betroffenen Partnern nahe, über die



Einrichtung von koordinierenden pädagogischen Gremien nachzudenken, die in den jeweiligen Schulen zu wählen wären.

Die Verwaltung im postprimären Bereich müsste zweigleisig angelegt sein. Zum einen gäbe es eine administrative Leitung, die eine entsprechende Ausbildung voraussetzt. Das Mandat wäre zeitlich begrenzt, dies auf Grund einer öffentlichen Ausschreibung und der Überprüfung durch die schulischen Mitbestimmungsorgane. Die für die pädagogische Leitung zuständige Person sollte über eine spezifische pädagogische Ausbildung verfügen sowie Lehrerfahrung in einer entsprechenden Schule aufweisen. Sie würde von den zu schaffenden Mitbestimmungsgremien gewählt werden.

Der wichtigste Aspekt einer solchen Struktur betrifft die pädagogische Autonomie im Rahmen der öffentlichen Schule. So kann man den Schulen einen großen Spielraum zuerkennen, z. B. bei der Verwirklichung von fächerübergreifenden Projekten, ihnen Freiheit bei der Auswahl der Schulbücher oder bei der Einrichtung bestimmter Ausbildungszweige lassen.

Schließlich müssen die Beteiligungsmodelle zwischen den schulischen Partnern, eventuell durch ein Rahmengesetz, auf eine solide und demokratische Basis gesetzt werden. Das beste Mittel zur Aufwertung der Mitbestimmung liegt in der Ausweitung der Kompetenzen der Erziehungsräte und der Personal-, der Schüler- und der Elternvertretungen.

Um eine sinnvolle Landesplanung, die Eindämmung von Verkehrsaufkommen und dezentrale Strukturen zu fördern, treten DÉI GRÉNG für eine abgestufte *carte scolaire* ein. An allen Sekundarschulen des Landes soll der untere Zyklus des Gymnasiums und des *enseignement technique* angeboten werden. Der Besuch der jeweiligen Schule ist für alle Schüler und Schülerinnen des Einzugsgebiets im unteren Zyklus Pflicht. Soweit wie möglich, soll an all diesen Schulen das Gymnasium dann bis zum Abitur angeboten werden, allerdings mit freier Wahl der Schule. Schliesslich sollen die spezialisierten Ausbildungsgänge des *technique* innerhalb einer schulischen Landesplanung pro Region komplementär angeboten werden.

Die geographische Aufteilung

Das Erziehungsministerium muss den künftigen Herausforderungen gewachsen sein. Zu den ersten Maßnahmen gehören ein externes Audit, eine Definierung der Berufsbilder, Weiterbildung eingeschlossen, für die Beamten, Beamtinnen und Angestellten, ein transparentes Organigramm und ein lesbarer Jahresetat. Die Mitbestimmungsorgane sind im Sinne von Demokratie und Effizienz zu reformieren.

Die Organisation und das Budget des MENFP

DÉI GRÉNG plädieren für eine absolute Priorität von Ausgaben im Erziehungsbereich vor allen anderen Sektoren. Dies betrifft sowohl den Nachholbedarf im Bereich schulischer Infrastrukturen als auch die jährliche Dotierung von Schulen und anderen Einrichtungen mit ausreichenden personellen und materiellen Mitteln.



Die Einstellung von hochqualifiziertem Personal bleibt die wichtigste Voraussetzung für jeglichen Innovationsschub im Bildungsbereich.

Die schulischen und außerschulischen Infrastrukturen

Als Bürger und Bürgerinnen des reichsten Landes der Erde haben Lehrende und Lernende in Luxemburg einen legitimen Anspruch auf angemessene, funktionstüchtige und lebenswerte Bildungseinrichtungen. Diese sollen überschaubare Dimensionen haben. Die geographische Streuung soll nach landesplanerischen Gesichtspunkten erfolgen.

Schulgebäude sollen nach dem neuesten Stand sozialer Bedürfnisse und ökologischer Gesundheitskriterien gebaut werden. Die striktesten Normen für Sicherheit und gesunde Baumaterialien müssen respektiert werden. Eine vorausschauende und flexible Bauplanung soll die spätere Durchführung von pädagogischen Reformen ermöglichen, die wie z.B. die Binnendifferenzierung vielseitig einsetzbare Strukturen erfordern.

Die Schulplanung muss darauf ausgerichtet sein, in Zukunft Engpässe an Schulraum zu vermeiden.

Die Weiterbildung

Die drei Bestandteile der Weiterbildung sind gleichwertig und müssen gleichzeitig gesetzlich geregelt werden.

Der kollektive Zugang

Dieser Aspekt der Weiterbildung zugunsten von Unternehmen muss klarer hinsichtlich der Zielsetzungen definiert werden, bevor dazu die notwendigen öffentlichen Mittel bereitgestellt werden. Zuvor müssen eine Vielzahl von Details geregelt werden, u.a. was die Betriebsräte, das Arbeitsvertrags- und Kollektivvertragswesen betrifft.

Der individuelle Zugang

Jedes Individuum muss ein Recht auf ein bestimmtes Maß an Weiterbildung genießen, unabhängig von den Interessen des Arbeitgebers. Ein breiter Fächer von gesetzlichen Erleichterungen muss es erlauben, dieses Recht in flexiblen, ansprechenden und nutzbringenden Weiterbildungsformeln zu konkretisieren.

Die allgemeine Weiterbildung

DÉI GRÉNG setzen sich für die Schaffung kohärenter Strukturen zur staatsbürgerlichen Weiterbildung ein, z. B. nach dem Modell der «Volkshochschulen», die alle im sozio-kulturellen Bereich tätigen Träger mit einbeziehen.



Neben der Verstärkung der bestehenden Strukturen - wie ISERP, IST, IEES, ... - setzen sich DÉI GRÉNG für eine Luxemburger Universität mit folgenden Schwerpunkten ein:

Der Hochschul-Bereich

- vollständige Zyklen in neuen Fächern, die einer ökonomischen und kulturellen Neuorientierung des Landes entsprechen;
- vollständige Zyklen im Rahmen einer Universität der Großregion, ergänzend zum Angebot anderer Hochschulen;
- post-universitäre Studien mit europäischer Ausrichtung in Branchen, in denen der multikulturelle Charakter des Großherzogtums optimal ausgeschöpft würde. Vergleichende Studien- und Forschungsakademien sind vorstellbar in Bereichen wie dem des Rechts, der Wirtschaft, den Finanzen, der europäischen Geschichte (Migration), den Kommunikations- und den Sozialwissenschaften. Da Luxemburg ein Schnittpunkt für Studierende aus frankophonen, germanophonen, anglophonen Hochschulkulturen ist, könnten in verschiedensten Bereichen vergleichende wissenschaftliche Institute eingerichtet werden, ganz im Sinne der europäischen Integration.



VI. Frauenpolitik für eine emanzipatorische Gesellschaft

Trotz formaler Gleichstellung sind Frauen in der Arbeits- und Wirtschaftswelt weiterhin unterrepräsentiert, Chancengleichheit ist oft noch ein Fremdwort. 1996 waren 37% der Berufstätigen in Luxemburg Frauen. 56% der neugeschaffenen Arbeitsstellen wurden von Männern in Anspruch genommen, 44% von Frauen. 43,3% der registrierten Arbeitslosen sind Frauen, die arbeitssuchenden Frauen, die nicht beim Arbeitsamt registriert sind, nicht einbegriffen. In den oberen Etagen und Führungspositionen finden wir in Luxemburg hauptsächlich Männer. Frauen verdienen im Schnitt, quer durch alle Berufe und Laufbahnen, immer noch ein Drittel weniger als ihre männlichen Kollegen.

Diese Situation ist darauf zurückzuführen, dass noch immer viele Frauen sich zwischen Beruf und Familie entscheiden müssen. Immer noch sind es ausschließlich Frauen, die Beruf und Familie als Doppelbelastung hinnehmen müssen. Die Arbeitswelt ist eine Männerwelt und der Zugang wird den Frauen weiterhin schwer gemacht.

Das Ziel von DÉI GRÉNG bleibt es, eine Gesellschaft zu schaffen, in der Frauen und Männer in allen Bereichen des privaten und öffentlichen Lebens gleichgestellt sind. DÉI GRÉNG verlangen daher von Staat und Wirtschaft, die Arbeitswelt so zu verändern, daß beide Geschlechter Beruf und Familie miteinander vereinbaren können.

Maßnahmen zur Gleichberechtigung der Geschlechter in der Arbeitswelt

DÉI GRÉNG fordern daher:

- eine paritätische Verteilung der Arbeits- und Ausbildungsplätze. DÉI GRÉNG treten ein für eine aktive Frauenförderung, die nur durch gesetzlich festgelegte Quoten erreicht werden kann. Das bedeutet, dass Frauen, solange sie auf dem Arbeitsmarkt unterrepräsentiert sind, bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt werden, bis sie 50 % erreicht haben. Dasselbe gilt auch für die Aus- und Weiterbildung;
- gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit;
- eine Anpassung der Arbeitszeit an die Alltagsbedürfnisse von Frauen, Männern und Kindern. In diesem Sinne streben wir mittel- bis langfristig die 30-Stundenwoche an, wobei klar ist, dass diese nur bis zu einer bestimmten Gehaltshöhe mit vollem Lohnausgleich umzusetzen ist;
- eine Förderung von qualitativ besseren und dem Alltag angepassten Arbeitszeitmodellen;
- eine Ausweitung und Verbesserung der Maßnahmen, die Frauen und Männern nach einer Unterbrechung den Wiedereinstieg in das Erwerbsleben erleichtern;
- eine ausreichende und den Ansprüchen von berufstätigen Vätern und Müttern entsprechende öffentliche Kinderbetreuung;
- gesetzliche Rahmenbedingungen, die Opferschutz und Sanktionen im Fall einer Diskriminierung auf dem Arbeitsplatz gewährleisten;
- gesetzlich festgelegte Transparenz der Einstellungspolitik und der Organigramme im öffentlichen und privaten Sektor;
- die Möglichkeit für Vereine, Verbände, Organisationen und Frauenbeauftragte, deren Ziel die Durchsetzung der Gleichberechtigung und die Verhinderung der Benachteiligung ist, als Klägerinnen vor Gericht zugelassen zu werden.

Wege zu neuen Arbeitszeitverhältnissen - Wege zu einer Umverteilung der Lohn- und Reproduktionsarbeit zwischen Frauen und Männern

Die von DÉI GRÉNG geforderte einschneidende Arbeitszeitverkürzung würde in vielen Fällen Teilzeitarbeit überflüssig machen. Teilzeitarbeit ist ein Zugeständnis an die Frauen, die es diesen wohl erlaubt, berufstätig zu sein, ihnen gleichzeitig aber die ganze Haus- und Familienarbeit (reproduktive Arbeit) aufbürdet. Somit verfestigt Teilzeitarbeit die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Nur in Ausnahmefällen dient sie dazu, die Männer zu ermutigen, ihre klassische Vollzeitarbeit anders zu definieren und dadurch ihren Teil der Verantwortung für Familie, Erziehung und andere reproduktive Arbeit zu übernehmen.

Eine allgemeine Arbeitszeitreduzierung erlaubt Männern und Frauen ihr Leben zwischen Beruf und Familie, sprich zwischen produktiver und reproduktiver Arbeit neu zu gestalten.



Neue Arbeitszeitverhältnisse sind gekennzeichnet durch eine allgemeine Reduzierung der produktiven Arbeitszeit zugunsten der reproduktiven Arbeitszeit. Nur so ist eine solidarische und gleichberechtigte Lösung für Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt, wie auch im sozialen und gesellschaftlichen Umfeld möglich. Diese Arbeitszeitmodelle sind so flexibel, daß sie allen eine bessere Lebensqualität ermöglichen. Diese sozialverträgliche Flexibilisierung wird nicht nur die Arbeitslosigkeit bekämpfen, die Produktivität erhöhen, die Möglichkeit einer gerechteren Aufteilung der Arbeitsplätze zwischen den Geschlechtern garantieren, sondern wird vor allem ein erster Schritt auf dem Weg zu einer gerechteren Aufteilungsmöglichkeit der notwendigen reproduktiven Arbeit sein.

DÉI GRÉNG fordern neue Arbeitszeitmodelle, die sich durch eine allgemeine Arbeitszeitreduzierung für Männer und Frauen auszeichnen. Diese werden die Chancen der Frauen auf mehr Einfluss- und Entscheidungsmöglichkeiten in allen Bereichen erhöhen. Gleichzeitig ermöglichen sie beiden Geschlechtern eine eigenständige materielle Existenzsicherung durch Erwerbseinkommen. Dies wird hauptsächlich den alleinerziehenden Müttern und jenen Frauen zugute kommen, die wegen doppelter Belastung in Teilzeitarbeit und/oder in prekären und schlechtbezahlten Arbeitsverhältnissen arbeiten.

Frauen dürfen bei sozialen Leistungen nicht als Anhängsel von Ehemännern behandelt werden. Die Abschaffung des Ehegattensplittings, das die Ehe subventioniert, nicht aber das Leben mit Kindern oder Pflegebedürftigen, ist längst überfällig. Armut hat noch immer ein weibliches Gesicht – Altersarmut, Armut von Alleinerziehenden, von Familien mit mehreren Kindern. Durch die Einführung des grünen Grundsicherungsmodells wollen wir einerseits eine individuelle, soziale Absicherung garantieren, andererseits aber führen wir damit endlich die Möglichkeit ein, selbst über die wenigen Mittel zu bestimmen und zu verfügen.

Aus der Sicht von Frauen waren die Leistungen des Rentensystems schon immer fragwürdig, da die Frauen mit ihren Lebensläufen an der männlichen Norm scheiterten. Wir wollen, dass sich die Rente an der Alltagsrealität von Frauen misst. Damit Lebensläufe von Frauen in größerem Maße in Betracht gezogen werden und um allen Frauen eigene Rentenansprüche aufbauen zu können, fordern DÉI GRÉNG eine weitergehende Bewertung von Bildungs- und Weiterbildungszeiten sowie Pflege- und Kindererziehungszeiten. DÉI GRÉNG stehen für eine obligatorische, eigenständige Sozialversicherung aller erwachsenen Einwohner und Einwohnerinnen Luxemburgs, auch jener, die kein eigenes Erwerbseinkommen haben. Neue Arbeitszeitmodelle und ausreichende öffentliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten werden es langfristig allen Frauen ermöglichen, berufstätig und somit finanziell unabhängig zu sein. Auf diese Weise wäre gewährleistet, dass langfristig alle Menschen über eine vollständige Versicherungslaufbahn verfügen und Härtefälle, wie sie sich heute aufgrund von Scheidungssituationen ergeben, würden in der Zukunft nicht mehr vorkommen.

Frauenpolitischer Umbau des Sozialstaats

Was das Steuersplitting angeht, so plädieren DÉI GRÉNG für eine getrennte Veranlagung von Eheleuten. Die aktuelle Steuergesetzgebung zeichnet ein total verzerrtes Bild des Einkommens der steuerpflichtigen Person (in der Regel der Mann) und ihres Ehepartners oder ihrer Ehepartnerin (in der Regel die Frau), welche pauschal veranlagt wird und weit höhere Steuern zahlen muss. Die von DÉI GRÉNG angestrebte Autonomie aller Menschen soll durch die Individualisierung des Steuerrechts dokumentiert werden: Frauen haben genau wie Männer ein persönliches Einkommen, das nicht gegen zu zahlende, persönliche oder gemeinsame Steuern aufzurechnen ist. Finanzielle staatliche Beihilfen zur Erziehung von Kindern hingegen sollen insgesamt über spezielle Transfers abgegolten werden, wie etwa das Kindergeld, nicht jedoch zu einer Bevorzugung von verheirateten Erziehungsberechtigten gegenüber nicht verheirateten Erziehungsberechtigten führen.

Die Hälfte der Macht

Wir leben in einer quotierten Welt: In Politik und Arbeitsleben werden Menschen systematisch bevorzugt – aufgrund ihres Geschlechts. So ist es nicht bloß eine Tatsache, daß in Luxemburg Frauen im Parlament nur 20 Prozent und in den Gemeinderäten nur 10 % der Gewählten ausmachen. Die Statistiken zeigen auch, daß Kandidatinnen proportional weniger gewählt werden als Kandidaten.

DÉI GRÉNG wollen, daß Frauen den ihnen zustehenden Platz im öffentlichen Leben einnehmen können, und das nicht erst am Sankt-Nimmerleinstag. Frauen sollen sich selbst für Frauenrechte einsetzen können, sie sollen darüber hinaus aber auch gleichberechtigt am gesamten politischen Entscheidungsprozess teilnehmen können. Deshalb haben wir nicht nur in unseren eigenen Parteistatuten die paritätische Besetzung aller parteiinternen Gremien verankert, sondern versuchen auch, die gleichberechtigte Teilnahme von Kandidatinnen und Kandidaten auf unseren Wahllisten zu erzielen.

Mehr Frauen auf Wahllisten steht nicht zwangsläufig für mehr Frauen in den Parlamenten. Unser Wahlsystem erschwert eine gezielte Förderung von Frauen in der (kommunalen und nationalen) Politik. Durch die uneingeschränkte Möglichkeit des *Panaschierens* hat sich über die letzten Jahrzehnte – Tendenz steigend – ein extrem personenbezogenes System aufgebaut. Individuelle Popularität verdrängt zusehends die politische Kompetenz und die politischen Inhalte. Diese Entpolitisierung der Wahlen ist bedenklich für die weitere Entwicklung unserer demokratischen Gesellschaft. Von diesem System der «Notabilitäten» profitieren Männer weit mehr als Frauen.

DÉI GRÉNG wollen diesen Trend umkehren und fordern eine tiefgehende Debatte über unser Wahlsystem.

Wir wollen eine Stärkung der politischen, inhaltlichen Auseinandersetzung. Wir wollen ein Wahlsystem, das Frauen zur Hälfte der Mandate in den Parlamenten verhilft. Ein Instrument, um diesen neuen Ansprüchen gerecht zu werden, ist ein neues Wahlgesetz mit eingeschränkter Möglichkeit des *Panaschierens*, zumindest teilweise «blockierten»



Listen (verbindliche Festlegung der Reihenfolge der Kandidaturen durch die Parteien) und der obligatorischen Quotierung der Wahllisten im Reißverschlussystem.

Unabhängig von der Einführung eines neuen Wahlsystems ist die Listenquotierung ein effizienter Schritt, um die paritätische Teilhabe der Frauen an der Ausführung der Macht voranzutreiben. Darüberhinaus fordern DÉI GRÉNG jedoch die Einführung der Parität, also die paritätische Aufteilung der Sitze, in allen öffentlichen Beratungsorganen, den Berufskammern, dem Staatsrat und den interministeriellen Komitees. Eine paritätische Aufteilung der Sitze macht die Listenquotierung nicht überflüssig, im Gegenteil, nur auf diese Weise kann ein genügend großer *Pool* an Kandidatinnen als unerlässliche Basis für die Verwirklichung der Parität in diesen Gremien geschaffen werden.

Sicher geht die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern nicht von der Schule aus, aber bis jetzt hat die Schule kaum Versuche unternommen, um diese Ungleichheit zu beseitigen. Auch die Einführung der Koedukation hat nichts an diesem Tatbestand geändert, im Gegenteil: Die Unterrichtspläne und -ziele für Jungen wurden einfach auf die Mädchen übertragen. Weibliche Beiträge zu Geschichte und Kultur werden ausgeklammert, auf Frauen bezogene Inhalte gelten als einseitig, was umgekehrt nicht der Fall ist. Immer noch werden Mädchen und Jungen auf geschlechtsstereotype Erwartungen festgelegt. Die Schule hat sich bis jetzt noch kaum darum bemüht, der den Mädchen anerzogenen Technikdistanz mit geeigneten Mitteln zu begegnen. Eine einseitige Familienorientierung behindert Mädchen bei einer breiteren beruflichen Orientierung, denn auf Lebensentwürfe nach der Ausbildung wird in der Schule nicht eingegangen, Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden nicht aufgeworfen.

Chancengleichheit in der Schule

DÉI GRÉNG fordern, daß die Schule ihren Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter leistet. Eine Reihe von Maßnahmen drängen sich somit auf.

Wichtigste Voraussetzung ist die Bewußtmachung des oben angeführten Tatbestandes bei den Lehrern und Lehrerinnen. Das Prinzip «Erziehung zur Gleichstellung von Frauen und Männern» muß also in die Lehrer- und Lehrerinnenausbildung integriert werden, bzw. in Fortbildungsveranstaltungen thematisiert werden.

Alle Schul- und Lehrbücher müssen von einer Spezialkommission überprüft werden, um zu gewährleisten, daß weder Inhalt noch Sprachgebrauch sexistisch sind, daß die Autorinnen ausreichend repräsentiert sind und daß die Mädchen als selbstbewußte Hauptfiguren dargestellt werden.

Um der Technikdistanz der Mädchen entgegenzuwirken und ihr Berufsspektrum zu erweitern, müssen bereits in der Vorschule handwerkliche und technische Tätigkeiten auf dem Stundenplan stehen.

Im postprimären Unterricht sollen in naturwissenschaftlichen und technischen Fächern Unterrichtsformen erprobt werden, die den Bedürfnissen der Mädchen angepaßt sind.

Um langfristig der einseitigen Aufteilung von Haushalts- und Familienaufgaben entgegenzuwirken, sollen Jungen und Mädchen gleichermaßen mit hauswirtschaftlichen Tätigkeiten vertraut gemacht werden, und dies bereits ab der Vorschule. Gleichzeitig soll der partnerschaftliche Aspekt von Haus- und Familienarbeit während der ganzen Schulzeit deutlich gemacht werden.

Die Berufsberatung muß geschlechtssensibel erfolgen; die mit Orientierung und Beratung befaßten Personen müssen so ausgebildet sein, daß sie in der Lage sind, den unterschiedlichen Ausgangssituationen, Herangehensweisen und Denkweisen von Mädchen und Jungen Rechnung zu tragen.

Mädchenförderung ist nur möglich, wenn gleichzeitig Jungenarbeit gemacht wird, d.h., Jungen muß die Möglichkeit gegeben werden, sich über die enge männliche Geschlechterrolle hinaus zu entwickeln. Dafür brauchen sie männliche Identifikationsfiguren, die keine Angst haben, ihre Gefühle zu zeigen und ihre Grenzen zu akzeptieren, und bei denen Stärke nicht identisch ist mit der Abwertung des sog. Weiblichen.

Weibliche Selbstbestimmung

Frauen müssen selbst über ihr Leben und ihren Körper bestimmen können. Die Entscheidung darüber, ob und wann eine Frau ein Kind haben will, liegt allein in ihrer Verantwortung.

Der Schwangerschaftsabbruch muss, über die bestehende Indikationslösung hinaus, insgesamt entkriminalisiert werden. Die gesetzlichen Bestimmungen müssen diesbezüglich geändert werden.

Gewalt gegen Frauen ächten

Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter und ist weltweit anzutreffen. Die häufigsten Formen sind sexualisierte Gewalttätigkeiten in und außerhalb der Ehe, sexueller "Missbrauch" und sexuelle Ausbeutung, Frauen- und Mädchenhandel, Zwangsprostitution und die Verstümmelung der weiblichen Geschlechtsorgane. Neben Präventivmaßnahmen und einem umfassenden Opfer- und Zeugenschutz müssen diese Delikte effektiver verfolgt und angemessener bestraft werden.

Jede zweite Vergewaltigung und Körperverletzung wird im familiären und sozialen Nahbereich begangen. Gewalt gegen Frauen wird häufig noch als Privatangelegenheit betrachtet, der Schutz vor Gewalt ist jedoch eine staatliche Aufgabe.

Als Präventivmaßnahmen fordern DÉI GRÉNG die Aufnahme der Gewaltproblematik in die Schulpläne der Sekundarstufe, insbesondere um den von Gewalt und Missbrauch bedrohten Mädchen (und Jungen) das Gefühl der Mitschuld und die Unsicherheit über das Ausmaß der Gewalt zu nehmen und sie zu ermutigen, sich zur Wehr zu setzen. Zugleich soll, um sexueller Gewalt vorzubeugen, eine patriarchatskritische Jungenarbeit geleistet werden, die auf ein männliches Selbstverständnis hinarbeitet, das sich nicht über



Dominanz und Gewalt definiert. Junge Mädchen sollen regelmäßig über bestehende Anlaufstellen informiert werden, damit sie im Zweifelsfall auf die Hilfe dieser Stellen zurückgreifen können.

DÉI GRÉNG fordern einen flächendeckend organisierten Ausbau der Versorgung mit Frauen- und Mädchenhäusern sowie bessere Möglichkeiten für eine psychosoziale Nachbehandlung.

In Luxemburg werden viele ausländische Frauen zur Prostitution gezwungen. Sie werden in ihrem Heimatland durch scheinbar seriöse Künstleragenturen, Vermittler für Hausangestellte, durch Heiratsversprechen oder auch offen zur Prostitution angeworben. Das geltende Ausländerrecht, das den Nicht-EU-Frauen keine Arbeitserlaubnis zugesteht, begünstigt die Geschäfte der Menschenhändler, indem es die Tätigkeit der Frauen kriminalisiert. Es verhindert eine effektive Strafverfolgung, weil Tatzeuginnen nach ihrem Aufgriff sofort abgeschoben werden. Deshalb muss die Hälfte aller Verfahren gegen die wenigen Menschenhändler, die überhaupt gefasst werden, aus Mangel an Beweisen eingestellt werden.

Frauen- und Mädchenhandel bekämpfen

Der Frauen- und Mädchenhandel und die Zwangsprostitution sind nur einzudämmen durch eine verbesserte internationale Zusammenarbeit bei der Verfolgung der Täter. Dies ist nur aussichtsreich, wenn im Rahmen von Opfer- und Zeugenschutzprogrammen ausländische Frauen, die in Luxemburg zur Prostitution gezwungen wurden, ein Bleiberecht für die Dauer des Strafverfahrens erhalten und ihnen danach beruflich eine Ausstiegchance ermöglicht wird.

Prostitution ist in Luxemburg zwar nicht verboten, doch wird den Prostituierten jegliche rechtliche und soziale Absicherung verwehrt. Sie haben weder Anspruch auf Renten- und gesetzliche Krankenversicherung, noch auf arbeitsrechtlichen Schutz oder menschenwürdige Arbeitsbedingungen.

Diskriminierung von Prostituierten beenden

Wir wollen die Diskriminierung der Prostituierten beenden, d.h. Prostitution muss als berufliche Tätigkeit anerkannt werden.

Seit ihrer Gründung haben DÉI GRÉNG sich für die Schaffung eines Frauenministeriums eingesetzt. Nur eine spezifische, personell und finanziell manövrierfähige öffentliche Verwaltung kann für eine Verbesserung der Situation von Frauen auf Gesetzesebene sorgen, durch gezielte Kampagnen auf Mißstände aufmerksam machen und in Zusammenarbeit mit den Frauenorganisationen Frauenpolitik voranbringen. Seit 1995 existiert nun ein Frauenministerium in Luxemburg und hat bereits eine Reihe solcher Arbeiten in Angriff genommen. Trotzdem sind DÉI GRÉNG der Meinung, daß eine Erweiterung seines Spiel-

Frauenministerium - es gibt viel zu tun

raums dringend notwendig wäre. So ist eine substantielle Aufstockung auf Ebene von Haushaltsmitteln und personeller Besetzung unumgänglich, wenn die zahlreichen anstehenden Projekte verwirklicht werden sollen. Dies gilt auch für die Gelder, welche über das Ministerium den Frauenorganisationen zufließen, welche vor Ort aktiv sind. Die aktuelle *numerus-clausus*- und Sparpolitik der Regierung bremst und behindert auch die Frauenbewegung in ihrer wichtigen Arbeit.

Wesentlich erscheint uns aber auch, daß verschiedene rechtliche Reformen schneller vorangetrieben werden. So wäre zum Beispiel eine schnelle Verabschiedung des vorliegenden Gesetzesprojekts zur sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz wichtig. Dringend notwendig wäre nach Meinung von DÉI GRÉNG auch ein Rahmengesetz zu einer frauenorientierten Kommunalpolitik, das die systematische Einführung von entlohnten, qualifizierten Gleichstellungsbeauftragten in den Gemeinden beinhalten würde. Eine reelle Quotierung im Arbeitsbereich wäre unserer Meinung nach effizienter als die erhöhte Subventionierung von Betrieben im Falle der Eingliederung von weiblichen Arbeitslosen, die das Frauenministerium über den Weg des *Plan national pour l'emploi* umsetzen möchte.



VII. Außen- und Sicherheitspolitik

DÉI GRÉNG sagen grundsätzlich Ja zu Europa: Wir wollen eine Europäische Union, in der Demokratie politisches Leitprinzip ist und zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit einen stabilen sozial-, wirtschafts- und umweltpolitischen Rahmen schafft. Ökologische und soziale Reformen auf nationaler und europäischer Ebene müssen sich auf hohem Niveau ergänzen, damit sich eine harmonisierte Sozial- und Wirtschaftspolitik entwickeln kann.

**Für ein gemeinsames
Haus Europa**

Die EU muß mit Möglichkeiten ausgestattet werden, Sanktionen gegen jene Mitgliedsstaaten zu ergreifen, die aus Öko- und Sozialdumping Wettbewerbsvorteile ziehen wollen. Ein harmonisierter Rahmen für eine gemeinsame Ökosteuer ist daher unerlässlich.

Europa sollte mehr als eine Währungsunion sein. In Mittel- und Osteuropa wollen wir dazu beitragen die demokratischen Entwicklungen gegen nationalistische Tendenzen zu stärken und wirtschaftliche und soziale Reformen unterstützen. Wir treten dafür ein, daß möglichst viele mittel- und osteuropäische Länder in die EU integriert werden können. Wir wollen die demokratische Vertiefung und zugleich die Erweiterung der EU nach Osten und Süden zur vollen Integration. Allen beitragswilligen Staaten muß Europa eine Perspektive eröffnen, sofern sie die politischen, wirtschaftlichen und demokratischen Bedingungen erfüllen. Diese Perspektive kann sich für die Türkei eröffnen, wenn wesentliche innenpolitische Veränderungen, vor allem auf Ebene der Verwirklichung von Demokratie, Menschen- und Minderheitenrechte (Kurdenfrage), stattgefunden haben.

Für die Durchsetzung der Menschenrechte

Ein wesentliches Postulat grüner Außenpolitik ist es den Menschenrechten zu einer globalen Durchsetzung zu verhelfen. In der Ära der Globalisierung kommt der Menschenrechtspolitik eine noch größere Bedeutung zu. Im Spannungsfeld zwischen Menschenrechten und wirtschaftlichen Interessen wollen wir verhindern, dass die Menschenrechte eine untergeordnete Rolle spielen. Unser Eintreten für die Menschenrechte soll auch wesentlich dazu beitragen, die Ursachen für nationale und internationale Konflikte zu beseitigen. Wir wollen, dass Regimes, die die Menschenrechte verletzen, die Unterstützung entzogen wird. Soziale und gewerkschaftliche Bewegungen gilt es zu unterstützen.

Wir wollen ein Verbot der Militär- und Ausstattungshilfe an Staaten, die an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind.

Wir halten an den folgenden Grundsätzen der Außenpolitik fest: Vertiefung und Erweiterung der europäischen Integration, Verpflichtung auf Menschenrechte, Frieden und Gewaltverzicht, Absage an Renationalisierung und Sonderwege in der europäischen Außenpolitik.

Luxemburg darf und muß auf dieser Grundlage eigene Vorschläge zur Zivilisierung der Außenpolitik machen. Gerade ein kleines Land, ohne militärische Macht oder politische Hegemonialansprüche, verfügt oftmals über gewachsenen Spielraum. Den gilt es zu nutzen.

Für Solidarität in der Nord-Süd-Politik

DÉI GRÉNG verstehen Entwicklungspolitik als globale Strukturpolitik mit dem Ziel, den Bevölkerungen des Südens die Mittel einer eigenständigen wirtschaftlichen Entwicklung, die den Prinzipien der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit gerecht wird, zur Verfügung zu stellen. Die Bestrebung Luxemburgs, bis zum Jahre 2000 rund 0,7 Prozent des eigenen Bruttosozialprodukts für internationale Strukturpolitik aufzuwenden, ist sicherlich begrüßenswert, darf uns aber nicht vergessen lassen, daß dieses Versprechen eigentlich schon 1980 hätte eingelöst sein müssen. Wir setzen uns dafür ein, daß die Schulden unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten erlassen werden. Wir wollen Armut bekämpfen, menschenwürdige Lebensbedingungen schaffen und uns im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür einsetzen, den Zugang armer Bevölkerungsschichten zu produktiven Ressourcen (Bildung, Gesundheit, Land, Technologien und Kapital) zu verbessern.

Um eine Vergabe der Mittel gemäß den Kriterien ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit zu gewährleisten, müssen die entsprechenden staatlichen Stellen, aber auch die mit diesen Aufgaben betrauten privaten Organisationen personell besser ausgestattet werden. Wir fordern eine noch verstärkte Zusammenarbeit der Regierung mit den ONGD (*organisations non-gouvernementales de développement*), ohne dabei zu vergessen, daß die bilateralen und multilateralen Verpflichtungen unseres Landes ebenfalls weitgehend ausgebaut werden müssen. Die luxemburgische Entwicklungspolitik bedarf einer ständigen, kritischen Überprüfung, die durch eine Art unabhängiges Observatorium erfolgen sollte.



Protektionistische Handelsbarrieren gegenüber Entwicklungsländern müssen abgebaut werden und verbindliche Umwelt- und Sozialstandards müssen im internationalen Handel verankert werden. Nachhaltige Produkte aus den ärmsten Ländern mit einem Gütesiegel (TransFair) sollen verstärkt gefördert werden. Auch gilt es, nach dem Scheitern des «Multilateralen Abkommens über Investitionen (MAI)» zu verhindern, daß dessen Absicht, Kapitalinteressen über politische Rechte und Grundrechte zu stellen, nicht auf anderem Wege, zum Beispiel über die Welthandelsorganisation oder durch entsprechende bilaterale Abkommen, verwirklicht wird.

Die Förderung von Demokratie und Menschenrechten sowie der internationale Klimaschutz, die ökologische Zukunftssicherung, wie der Schutz des Tropenwaldes, Bekämpfung der Wüstenausbreitung und Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft sind Schwerpunkte unserer Nord-Süd-Politik.

Wir setzen uns für eine umfassende Reform der Vereinten Nationen ein. Wir wollen sie politisch und finanziell stärken, damit sie zu einer handlungsfähigen Instanz werden. Wir stehen zu einer Reform des Weltsicherheitsrates mit einer ausgeglichenen Sitz- und Stimmverteilung zwischen unterschiedlichen Weltregionen und zur schrittweisen Abschaffung des Vetorechts.

DÉI GRÉNG fordern, dass die USA ihre Schulden gegenüber der UNO begleichen; die Schulden der armen Länder sollen unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten erlassen werden. Der reformierte UNO-Sicherheitsrat muss seine Rolle als Entscheidungsstelle wahrnehmen und durchsetzen. Einseitige Militärinterventionen müssen untersagt werden und die Verletzung der Beschlüsse des UNO-Sicherheitsrates unterliegen der Kompetenz eines zu schaffenden Weltgerichtshofes. Sanktionen, politischer und persönlicher Natur, fallen unter seine Kompetenz.

Ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem jenseits der damaligen Militärbündnisse, Warschauer Pakt und NATO, wäre die richtige Antwort auf das Ende des Kalten Krieges gewesen. Diese Entwicklung ist jedoch nicht eingetreten. Luxemburg soll mit seinen bescheidenen Mitteln dazu beitragen die Entwicklung hin zu einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem, beruhend auf einer gestärkten und erneuerten OSZE, zu begleiten. DÉI GRÉNG wollen entmilitarisieren durch eine Einbindung der bestehenden Militärpotentiale. Weltweite Entmilitarisierung bleibt Grundvoraussetzung für eine zivilisierte Außenpolitik, eine Politik die Frieden auch ohne Waffen schaffen kann. Ein einseitiger, kurzfristiger, Austritt Luxemburgs aus der NATO ist deshalb abzulehnen, solange die NATO bestehendes Völkerrecht akzeptiert und nicht zu einem Erfüllungsgehilfen einseitiger US-amerikanischer Weltpolitikspolitik verkommt. DÉI GRÉNG lehnen kategorisch die von gewissen USA-Kreisen in die Diskussion gebrachte Ausdehnung des NATO-Einsatzgebietes auf andere Teile der Welt (*out-of-area*-Einsätze) ab.

Für eine starke UNO zur Lösung globaler Probleme

Für eine Politik des Friedens - eine zivilisierte Außenpolitik

Da die NATO als westliches Militärbündnis des «Kalten Krieges» historisch überflüssig geworden ist, werden auch die Luxemburger GRÉNG sich verstärkt für einen Abbau ihrer Potentiale und Strukturen einsetzen.

Dagegen kommt der Stärkung der OSZE eine besondere Bedeutung zu. Wir wollen, dass die OSZE zu einem neuen gesamteuropäischen Sicherheitssystem ausgebaut wird. Ihre Grundakte gibt der OSZE die Rolle der „einzigen gesamteuropäischen Sicherheitsorganisation“. Wir wollen, dass die OSZE die ihr zugeordnete Rolle auch faktisch übernimmt. Wir setzen uns für eine Entwicklung hin zu einer gesamteuropäischen Friedensordnung ein, die die Chancen der OSZE als neuzugestaltenden Sicherheitsrahmen nutzt. Die OSZE soll die Zuständigkeit für künftige friedenserhaltende Einsätze in Europa haben.

Für weitere Abrüstung

Wir wollen die NATO konventionell und atomar abrüsten. Luxemburg soll sich für eine atomwaffenfreie Zone in Europa einsetzen.

Wir verlangen, dass die atomare Erstschlagsdoktrin der NATO durch friedensstiftende Gemeinschaftsprogramme ersetzt wird.

Wir wollen dazu beitragen, daß Rüstungsexporte soweit wie möglich unterbunden werden. Wir wollen ein Verbot von Landminen. International muß darauf hingewirkt werden, daß die Produktion dieser besonders grausamen Waffen eingestellt wird.



Eis Leit am Osten

- | | |
|--------------------------|---|
| Henri Kox | 37 Jahre, Remich, Professor-Ingenieur |
| Irène Schmitt | 49 Jahre, Gonderange, Erzieherin |
| Raymond Frank | 44 Jahre, Wasserbillig, CFL-Beamte, Gemeinderat in Mertert/Wasserbillig |
| Julie Faber | 43 Jahre, Gostingen, Erzieherin |
| Raymond Aendekerk | 38 Jahre, Betzdorf, Agrar-Ingenieur |
| Jean-Jacques Kohn | 30 Jahre, Echternach, Feinmechaniker |
| Théo Tibesart | 34 Jahre, Michelshof, stagiaire Administration des Services Techniques de l'Agriculture |

Eis Leit am Norden

- Camille Gira** 40 Jahre, Beckerich, Fluglotse, Abgeordneter, Bürgermeister von Beckerich
Marthy Thull 43 Jahre, Ettelbrück, Sprecherin von DÉI GRÉNG
Marc Schmit 52 Jahre, Redange/Attert, Arzt, Bürgermeister von Redange/Attert
Chris Schoellen 38 Jahre, Warken, infirmière-psychiatrique
- Pierre Bormann** 44 Jahre, Insenborn, Versicherungsangestellter, Bürgermeister von Neunhausen
Gisèle Gillen 45 Jahre, Eppeldorf, Professorin
Marcelle Posing 44 Jahre, Ettelbrück, Privatbeamtin
Mike Richartz 28 Jahre, Wiltz, Student
Frank Thillen 34 Jahre, Diekirch, Professor



Eis Leit am Zentrum

- Renée Wagener** 36 Jahre, Luxembourg, Journalistin, Abgeordnete
François Bausch 42 Jahre, Luxembourg, CFL-Beamte, Abgeordneter, Gemeinderat in Luxembourg
Karin Manderscheid 41 Jahre, Hesperange, Staatsbeamtin bei der Sécurité Sociale
Jean Geisbusch 47 Jahre, Luxembourg, Professor, Gemeinderat in Luxembourg
Marielle Hilgert 45 Jahre, Luxembourg, Lehrerin
Carlo De Toffoli 45 Jahre, Bridel, Professor, Sprecher von DÉI GRÉNG
Viviane Loschetter 40 Jahre, Luxembourg, dipl. Erzieherin
Jean-Paul Faber 56 Jahre, Strassen, Professor, Gemeinderat in Strassen
- Claude Adam** 41 Jahre, Mersch, Lehrer
Fabiana Bartolozzi 38 Jahre, Luxembourg, Erzieherin
Charel Bemtgen 40 Jahre, Mersch, Technischer Direktor, Gemeinderat in Mersch
Henri Breier 56 Jahre, Luxembourg, Lehrer
Léa Graf 46 Jahre, Luxembourg, Angestellte im Gréngespoun
Marc Grond 43 Jahre, Clemency, Erzieher
Lucien Holper 49 Jahre, Luxembourg, Gemeindebeamte
Claudine Kaber 45 Jahre, Luxembourg, réceptionniste médicale im Centre Hospitalier Luxembourg
Tom Köller 28 Jahre, Luxembourg, Angestellter der Agence Jeunesse pour l'Europe
Nicole Mataigne-Schlim 44 Jahre, Luxembourg, Lehrerin
Edmée Raison 45 Jahre, Holzem, Lehrerin
Anne Tomassini 39 Jahre, Strassen, Professorin
Guy Vinandy 41 Jahre, Luxembourg, Arzt

Eis Leit am Süden

- Dagmar Reuter-Angelsberg** 44 Jahre, Sanem, gelernte puéricultrice-infirmière, Schöffin in der Gemeinde Sanem
- Jean Huss** 51 Jahre, Tétange, Professor, Abgeordneter
- Gina Conter** 39 Jahre, Differdingen, Parlamentarische Sekretärin von DÉI GRÉNG
- Robert Garcia** 43 Jahre, Dudelange, Journalist, Abgeordneter
- Sylvie Gerten-Muller** 50 Jahre, Bascharage, Angestellte in einer Reiseagentur, Gemeinderätin in Bascharage
- Robert Rings** 41 Jahre, Sanem, Lehrer, Schöffe in der Gemeinde Sanem
- Colette Kutten** 47 Jahre, Dudelange, Professorin
- Felix Braz** 32 Jahre, Esch/Alzette, Parlamentarischer Sekretär von DÉI GRÉNG, Gemeinderat in Esch/Alzette
- Lucien Blau** 45 Jahre, Dudelange, Professor, Gemeinderat in Dudelange
- Gitta Cleri, ép. Link** 42 Jahre, Olm, Staatsbeamtin, z.Z. im Sekretariat der CGFP
- Nick Clesen** 42 Jahre, Bettembourg, Sekretär beim OGB-L, Gemeinderat in Bettembourg
- Sandro Cornaro** 35 Jahre, Esch/Alzette, infirmier-anesthésiste, Gemeinderat in Esch/Alzette
- Mex Federmeier** 41 Jahre, Mamer, CFL-Beamte, Gemeinderat in Mamer
- Remy Goergen** 66 Jahre, Dudelange, Chemiker bei der ARBED i. R., Gemeinderat in Dudelange
- Nadine Holbach** 34 Jahre, Schifflange, Erzieherin
- Doris Köller** 70 Jahre, Dudelange, Büroangestellte i.R.
- Jeannot Logelin** 51 Jahre, Differdange, Arzt, Gemeinderat in Differdange
- Annette Paulus** 64 Jahre, Esch/Alzette, Chemikerin bei der ARBED i.R.
- Jean-Nico Pierre** 39 Jahre, Bettembourg, assistant social
- François Schwachtgen** 49 Jahre, Differdange, Lehrer
- Mathilde Thinnes** 42 Jahre, Mondercange, Verkäuferin
- Elisabeth Trausch** 34 Jahre, Esch/Alzette, assistante technique-médicale de radiologie
- Claude Turmes** 38 Jahre, Pétange, Professor



Eis Leit fir Europa

François Bausch	42 Jahre, Luxembourg, CFL-Beamte, Abgeordneter, Gemeinderat in Luxemburg
Marielle Hilgert	45 Jahre, Luxembourg, Lehrerin
Robert Garcia	43 Jahre, Dudelange, Journalist, Abgeordneter
Karin Manderscheid	41 Jahre, Hesperange, Staatsbeamtin bei der Sécurité Sociale
Camille Gira	40 Jahre, Beckerich, Fluglotse, Abgeordneter, Bürgermeister von Beckerich
Dagmar Reuter-Angelsberg	44 Jahre, Sanem, gelernte puéricultrice-infirmière, Schöffin in der Gemeinde Sanem
Jean Huss	51 Jahre, Tétange, Professor, Abgeordneter
Marthy Thull	43 Jahre, Ettelbrück, Sprecherin von DÉI GRÉNG
Pablo Sanchez	42 Jahre, Frisange, administrateur de sociétés
Adri van Westerop	41 Jahre, Betzdorf, Umweltberaterin beim Oekofonds
Claude Turmes	38 Jahre, Pétange, Professor
Renée Wagener	36 Jahre, Luxembourg, Journalistin, Abgeordnete

FIR ALL FROEN ZU EISEM WALPROGRAMM
NEI LEIT - NEI LÉISUNGEN, NĒMMEN ENG NUMMER:

EIS GRATIS-HOTLINE

0800-3001